

6. Parteitag, 2. Tagung und Bundesvertreterinnen- und Bundesvertreterversammlung der Partei DIE LINKE

Bonn, 22. bis 24. Februar 2019

# Antragsheft 1

**DIE LINKE.**



# Inhaltsverzeichnis

Einladung des Bundesgeschäftsführers .....	Seite 5
Einladung zum Frauenplenum .....	Seite 7
Organisatorische Hinweise .....	Seite 9
Social Media .....	Seite 15
Wahlordnung .....	Seite 17

## Materialien für die 2. Tagung des 6. Parteitages

Einberufungsbeschluss .....	Seite 25
Regularien .....	Seite 27
Erklärung zu den elektronischen Wahlen .....	Seite 29
Geschäftsordnung .....	Seite 31
Gremien .....	Seite 35
Anträge .....	Seite 37
Anträge zu den Regularien des Parteitages .....	Seite 39
R.1. Tagesordnung .....	Seite 39
R.2. Zeitplan .....	Seite 40
R.3. Tagungspräsidium .....	Seite 41
Anträge zur Satzung .....	Seite 42
Anträge von grundsätzlicher Bedeutung (§ 17 (5) Satzung) .....	Seite 43

## Materialien für die Vertreterinnen- und Vertreterversammlung

Einberufungsbeschluss .....	Seite 95
Kriterien und Zeitplan zur Aufstellung der Vorschlagsliste .....	Seite 97
Listenvorschlag .....	Seite 101
Anträge .....	Seite 103
Anträge zu den Regularien der Vertreter_innenversammlung ...	Seite 105
RV.1. Geschäftsordnung .....	Seite 105
RV.2. Tagesordnung .....	Seite 107
RV.3. Zeitplan .....	Seite 108
RV.4. Gremien .....	Seite 109
RV.5. Stärke der Europaliste .....	Seite 111

### *Impressum/Kontakt:*

Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstr. 28  
10178 Berlin

Redaktionsschluss: 10. Dezember 2018



Liebe Genossinnen und Genossen,  
sehr verehrte Gäste,

herzlich willkommen zu unserem Bundesparteitag vom 22. bis 24. Februar 2019 in Bonn!

Die Adresse des Parteitages lautet:

World Conference Center Bonn (WCCB), Platz der Vereinten Nationen 2, 53113 Bonn.

Im Mittelpunkt dieses Parteitages wird die allgemeine Aussprache zur gesellschaftlichen Situation und die Diskussion und Beschlussfassung unseres **Europawahlprogramms** stehen. Die Vertreterinnen- und Vertreterversammlung wird unsere **Europaliste** wählen. Darüber hinaus wird der Parteitag die Mitglieder der Bundesschiedskommission (BsSchK) und der Bundesfinanzrevisionskommission (BFRK) wählen.

Das vorliegende Heft enthält den Leitantrag des Parteivorstands, den Listenvorschlag und Vorschläge für die Regularien des Parteitages und der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung, u. a. Tagesordnung, Zeitplan, Geschäftsordnung und Gremienvorschläge.

Außerdem findet sich auch ein eingegangener Antrag zur Änderung der Satzung in diesem Heft. Für Änderungen der Satzung sind nach Bundessatzung (§31 (4)) besondere Mehrheiten notwendig: »Eine satzungsändernde Mehrheit ist gegeben, wenn mindestens zwei Drittel der abgegebenen gültigen Stimmen Ja-Stimmen sind und wenn mehr als die Hälfte der Abstimmungsberechtigten mit Ja stimmt.«

Ich bitte daher herzlich um Anwesenheit über die gesamte Tagungsdauer auf dem Parteitag.

Der Parteitag wird am **Freitag, 22. Februar um 15 Uhr** beginnen. Der Parteivorstand schlägt dem Parteitag vor, um **18 Uhr ein Frauenplenum** (im Plenarsaal) durchzuführen, wie es die Bundessatzung ermöglicht. Der Parteitag setzt dann seine Arbeit um 20.30 Uhr fort. Der Parteitag endet am **23. Februar um 16.40 Uhr**. Im Anschluss beginnt die Vertreterinnen- und Vertreterversammlung zur Wahl der Europaliste. Das geplante Ende am **24. Februar ist 16 Uhr**.

Parteitag und Vertreter\_innenversammlung wurden vom Parteivorstand mit Beschluss vom 11. November 2018 (DS 2018/178) einberufen. Dabei wurden auch die Tagesordnungen festgestellt.

Antragsschluss für die 2. Tagung des 6. Parteitages ist am 10. Januar 2019. Antragsschluss für Änderungsanträge zu eingereichten Anträgen ist am 5. Februar 2019. Die Anträge sind an die Antragskommission des Parteitages zu richten. Sie sollen über das Online-Formular:

[www.die-linke.de/antraege](http://www.die-linke.de/antraege)

eingereicht werden. In Ausnahmefällen können Anträge auch an folgende Adresse geschickt werden:

Die Antragskommission ist wie folgt erreichbar:

DIE LINKE – Bundesgeschäftsstelle  
Antragskommission des Parteitages  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
Fax: 030 24009-310  
E-Mail: [antragskommission@die-linke.de](mailto:antragskommission@die-linke.de)

Alle bis zum 7. Januar 2019 eingehenden Kandidaturen für die Europaliste und alle bis zum 10. Januar 2019 eingehenden Anträge werden im Antragsheft 2 veröffentlicht, das am 16. Januar 2019 erscheinen wird. Alle Änderungsanträge, die bis zum Antragsschluss für Änderungsanträge, 5. Februar 2019, eingehen, weitere Kandidaturen für die Europaliste, die Kandidaturen für die BsSchK und BFRK und evtl. noch weitere Berichte werden im Antragsheft 3 veröffentlicht, das am 14. Februar 2019 erscheinen und erst auf dem Parteitag an die Delegierten und Teilnehmenden ausgegeben wird.

Alle Informationen zum Parteitag werden auch im Internet hier veröffentlicht:

<https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteitag/bonner-parteitag-2019/>

Das Organisationsbüro arbeitet schon seit geraumer Zeit an der Vorbereitung und sorgt dafür, dass wir in Bonn gute Arbeitsbedingungen vorfinden werden. Wenn ihr oder Sie Fragen zum Parteitag habt oder haben, dann wendet euch, wenden Sie sich bitte an die Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE:

DIE LINKE. Bundesgeschäftsstelle  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
Telefon: 030 24009-557 oder -343  
E-Mail: [parteitag@die-linke.de](mailto:parteitag@die-linke.de)

Selbstverständlich freuen wir uns zum Parteitag auch wieder über zahlreiche Besucherinnen und Besucher sowie über das Interesse der Vertreterinnen und Vertreter der Medien, von denen wir uns eine faire Berichterstattung wünschen.

Ich wünsche euch und Ihnen eine schöne Zeit bis zum Parteitag, eine gute Anreise und uns allen einen erfolgreichen Parteitag!

Solidarische Grüße



Jörg Schindler  
Bundesgeschäftsführer

## **Frauenplenum** der 2. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE

Liebe Genossinnen,

der Parteivorstand beruft mit Beschluss vom 11. November 2018 die 2. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE für den 22. bis 23. Februar 2019 nach Bonn ein. Tagungsort ist:

World Conference Center Bonn (WCCB), Platz der Vereinten Nationen 2, 53113 Bonn.

Der Parteitag beginnt am 22. Februar 2019 um 15 Uhr und endet am 23. Februar 2019 mit dem Beginn der unmittelbar anschließenden Vertreter/innenversammlung zur Wahl der Europaliste.

Auf Grundlage des Beschlusses des Parteivorstandes vom 11. November 2018 zur Einberufung der 2. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE, lade ich euch recht herzlich zum Frauenplenum der Partei DIE LINKE ein.

Das Frauenplenum findet am

**Freitag, 22. Februar 2019 von 18 bis 20 Uhr**

als fester Bestandteil des Parteitages statt.

Vorschlag des Parteivorstandes für die Tagesordnung:

1. Eröffnung des Frauenplenums
2. Aussprache und Antragsbehandlung zu den Themen des Parteitages

Solidarische Grüße



Jörg Schindler  
Bundesgeschäftsführer



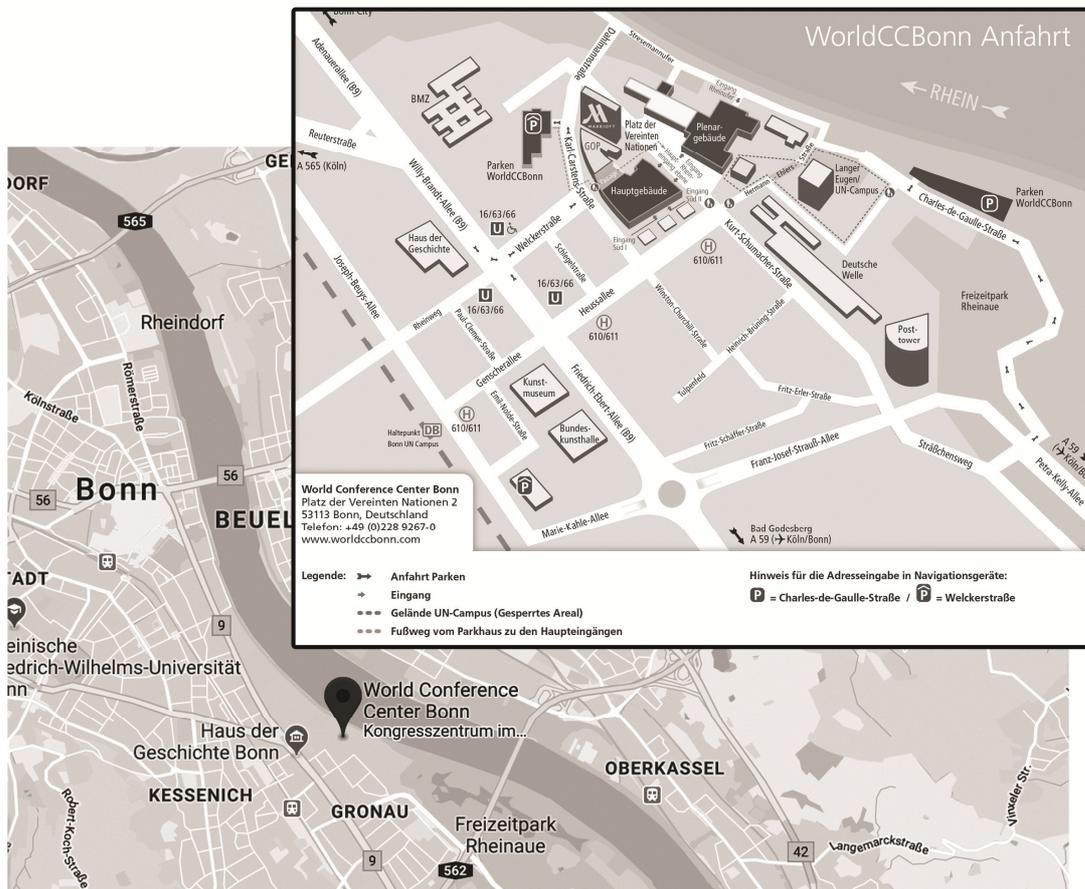
# Organisation des Parteitages und der Vertreter\_innenversammlung

Das Organisationsbüro des Parteitages und der Vertreter\_innenversammlung ist wie folgt zu erreichen:

DIE LINKE  
Bundesgeschäftsstelle  
Lars Peters  
Tel.: 030 24009-557  
Fax: 030 24009-310  
E-Mail: lars.peters@die-linke.de

**ab Mittwoch 20. Februar 2019, 10 Uhr:**

World Conference Center Bonn (WCCB)  
Raum Wien 1, Eingangsebene  
Platz der Vereinten Nationen 2, 53113 Bonn  
www.worldccbonn.com  
Tel. 0228 9267-1800



## Anmeldung

Die Anmeldung und Akkreditierung zur 2. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE und zur Vertreterinnen- und Vertreterversammlung zur Wahl der Europaliste 2019 erfolgen im Eingangsbereich des World Conference Center Bonn (WCCB).

Die Anmeldung für die Delegierten des **Parteitags** ist geöffnet am

Freitag, 22. Februar, ab 12 Uhr und  
Samstag, 23. Februar, ab 8 Uhr.

Die Anmeldung und Akkreditierung für die **Vertreterinnen- und Vertreterversammlung** ist geöffnet:

Samstag, 23. Februar, ab 8 Uhr und  
Sonntag, 24. Februar, ab 8 Uhr.

An der Anmeldung werden die Stimmkarten für die Delegierten und Vertreter\_innen, Sichtungsausweise sowie gegebenenfalls weitere Unterlagen ausgegeben.

## Anreise

### *Öffentliche Verkehrsmittel*

Wer am Bonner Hauptbahnhof ankommt, fährt mit der Stadtbahn (63/16/66) bis Haltestelle »Heussallee/Museumsmeile«. Dort folgt ein ausgeschilderter Fußweg von ca. 450 Meter. Alternativ fährt vom Hauptbahnhof auch der Bus 610/611. Ausstieg ist an der Haltestelle »Deutsche Welle«, welche ca. 100 Meter vom WCCB entfernt ist. Einige Regionalbahnen fahren auch bis »Bonn UN Campus«. Der Fußweg bis zum WCCB beträgt etwa 750 Meter (über Genscherallee und Heussallee).

### *Auto*

Der gesamte Bereich um das Gelände ist parkraumbewirtschaftet. Ihr werdet nicht drum herumkommen das Parkhaus des WCCB in der Karl-Carstens-Straße nutzen zu müssen. (siehe Parken). Zieladresse für euer Navi ist »Welckestraße«.

*A3 aus Leverkusen / Frankfurt:* A 59 Richtung Bonn bis Autobahnkreuz Bonn Ost -> A 562 Richtung Bad Godesberg / Rheinaue

*A 555 aus Köln:* A 555 Richtung Bonn bis AK Bonn Nord -> A 565 Richtung Bad Godesberg /Koblenz (Abfahrt: Bonn-Poppelsdorf Richtung B9)

*A 61 aus Köln / Koblenz:* AK Meckenheim A 565 Richtung Bonn (Abfahrt Bonn-Poppelsdorf Richtung B9 auf die Reuterstraße)

### *GreenMobility*

Das Portal ermöglicht es, alle Anreisemöglichkeiten mit z.B. dem Auto oder per Bahn zum World Conference Center Bonn zu vergleichen: <https://www.greenmobility.de/bonn/worldccbonn/anreise>.

## Anträge

Anträge sind an die Antragskommission des Parteitages zu richten. Die Einreichung der Anträge und Änderungsanträge soll über das **Internetformular** erfolgen: [www.die-linke.de/antraege](http://www.die-linke.de/antraege).

Antragsschluss für Anträge ist am

**Donnerstag, 10. Januar 2019, 24 Uhr,**

Antragsschluss für Änderungsanträge ist am

**Dienstag, 5. Februar 2019, 24 Uhr.**

Laut Geschäftsordnung ist außerdem zu beachten:

Geschäftsordnung (14b und 16c):

*» [Anträge und Änderungsanträge], die von Landesverbänden, Kreisverbänden, Ortsverbänden gemäß § 13 Abs. 8 der Bundessatzung, dem Frauenplenum des Parteitag, bundesweiten Zusammenschlüssen, von der linksjugend ['solid], vom Studierendenverband DIE LINKE.SDS, von Organen der Partei oder Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden oder für die **zum Zeitpunkt der Antragstellung** von mindestens 25 Delegierten die Unterschriften vorliegen, sind vom Parteitag zu behandeln.«*

Kontakt zur Antragskommission:

DIE LINKE – Bundesgeschäftsstelle  
Antragskommission des Parteitages  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin

Telefon: 030 24009-351

Telefax: 030 24009-310

E-Mail: [antragskommission@die-linke.de](mailto:antragskommission@die-linke.de)

Die Antragskommission arbeitet vor Ort im Raum »Nairobi 4« in der Eingangsebene des WCCB.

Dringlichkeits- und Initiativanträge mit den laut Geschäftsordnung zum Zeitpunkt ihrer Einreichung benötigten 50 Unterschriften von Delegierten (einschließlich Delegierten-Nummern) können am Arbeitstisch des Tagungspräsidiums vorne neben der Bühne abgegeben werden.

## Ausschlussklausel

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen. Fallen euch solche Idioten auf, dann sagt am Infopunkt oder im Organisationsbüro Bescheid. Unsere Security kümmert sich dann darum.

## Barrierefreiheit

Die Barrierefreiheit ist im gesamten Tagungsobjekt gewährleistet. Es werden Gebärdensprachdolmetscher\_innen eingesetzt. Im Raum »Wien 2« in der Eingangsebene gibt es einen Nachteilsausgleichsraum.

Besondere Anforderungen von Menschen mit Behinderungen und deren Assistentinnen und Assistenten sind dem Organisationsbüro im Vorfeld mitzuteilen.

Genossinnen und Genossen, die auf Grund ihrer Behinderung einen blauen Parkausweis haben und somit einen Behindertenparkplatz benötigen, bitten wir dies dem Organisationsbüro des Parteitages und der Vertreter\_innenversammlung im Vorfeld mitzuteilen.

Die BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik gibt ein Informationsblatt zur Barrierefreiheit und den Angeboten für Menschen mit Behinderung auf dem Parteitag und der Vertreter\_innenversammlung heraus. Dieses erhaltet ihr am Stand der BAG und bei der Anmeldung.

## Besucher\_innen

Für Besucher\_innen stehen auf der Empore (2. OG) des Plenarsaals »New York« ausreichend Plätze zur Verfügung. Aus feuerpolizeilichen Gründen und wegen der Sicherheitsbestimmungen des WCCB ist

der direkte Zutritt zum Plenarsaal nur den Delegierten/Vertreter\_innen, Teilnehmer\_innen mit beratender Stimme, Pressevertreter\_innen und dem Orga-Team gestattet.

## Delegationstreffen

Sollten Delegationstreffen (Landesverbände, Zusammenschlüsse) geplant sein, müssen diese im Vorfeld beim Organisationsbüro **bis zum 7. Januar 2019** angemeldet werden. Spätere Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

## Einkaufen

Die nächsten Einkaufsmöglichkeiten sind 1,5 km entfernt, und man muss ca. 20 Minuten Fußweg einplanen.

## Einlass

Die Tür des WCCB öffnen wir am Freitag, 22. Februar ab 12 Uhr. Der Parteitag wird um 15 Uhr eröffnet! Wir bitten euch daher eindringlich, nicht vor Freitag, 12 Uhr zu kommen, denn das würde sowohl für uns als auch für euch zu nervigem Chaos führen und den geordneten Einlass am Freitag für alle verzögern. Wer schon vorher anreist, dem empfehlen wir einen schönen Spaziergang durch die naheliegende Rheinaue.

## Flugblätter, Informationen, Zeitungen, Flyer, Handzettel

Eine Materialverteilung im Plenarsaal ist nicht gestattet und vom Großteil der Delegierten auch nicht gewünscht. Einzelfälle und Ausnahmen entscheidet das Organisationsbüro. Auf der Infomeile (siehe Punkt Infomeile) gibt es genug Platz dafür.

## Frauenplenum

Das Frauenplenum findet am **Freitag, 22. Februar 2019 von 18 bis 20 Uhr** im Plenarsaal statt. Es ist Bestandteil des Parteitags.

## Fundsachen

Fundsachen bitten wir am Infopunkt, im Eingangsbereich des WCCB oder im Orga-Büro abzugeben. Dort kann auch nach verlorenen Gegenständen gefragt werden.

## Garderobe

Die Garderobe befindet sich links und rechts im Eingangsbereich des WCCB. Wir bitten euch, dort auch die Koffer abzugeben.

## Gastronomie

Die Versorgung erfolgt ganztägig in der Rheinebene des WCCB auf Selbstzahlendenbasis. Die Preise für Speisen und Getränke sind, wie in vielen Messehallen, relativ hoch. Nach der Hausordnung des WCCB ist das Mitbringen von Speisen und Getränken nicht gestattet. Es wird jedoch keine Kontrollen geben.

## Hotels und sonstige Unterbringung

Mit Fragen zur Unterbringung wenden sich Delegierte aus den Landesverbänden bitte an ihre jeweiligen Landesgeschäftsstellen der LINKEN. Die Übernachtung der Delegierten aus den Zusammenschlüssen sowie für Teilnehmer\_innen und Delegierte mit beratender Stimme wird durch die Bundesgeschäftsstelle organisiert.

Im Organisationsbüro ist dafür zuständig:

Janina Bloch  
Tel.: 030 240 09-397, Mobil/vor Ort: 0151/ 21 274 132,  
E-Mail: janina.bloch@die-linke.de.

## Infopunkt

Während des Parteitages und der Vertreter\_innenversammlung können über den Infopunkt im Eingangsbereich des WCCB (direkt neben der Anmeldung) Fragen und Wünsche an das Organisationsbüro gerichtet und Auskünfte eingeholt werden, Fundsachen abgegeben und abgeholt, Kopier- und Schreibwünsche eingereicht werden.

## Initiativ- und Dringlichkeitsanträge

Für das Schreiben von Initiativ- und Dringlichkeitsanträgen ist ein Schreibbüro eingerichtet. Anmeldungen bitte am Informationspunkt.

## Kinderbetreuung

Während des gesamten Parteitages und der Vertreter\_innenversammlung gibt es eine professionelle Kinderbetreuung.

**Die Betreuung findet für Kinder ab sechs Monaten statt und wird am Freitag und am Samstag bis max. 20 Uhr und am Sonntag bis 16 Uhr erfolgen.** Tut uns und euren Kids den Gefallen, sie nicht bei uns abzugeben, wenn sie krank sind!!

Wir bitten darum, die Kinder – mit Geburtsdatum, Wohnadresse, Mobilnummer der Eltern und, wenn möglich, gewünschtem Betreuungszeitraum – **bis zum 21. Januar 2019** beim Organisationsbüro anzumelden. Spätere Anmeldungen können nur berücksichtigt werden, wenn ein besonderer Grund vorliegt. Im Organisationsbüro ist dafür zuständig:

Janina Bloch  
Tel.: 030 24009-397, mobil/vor Ort: 0151 21274132,  
E-Mail: janina.bloch@die-linke.de

## Kopieraufträge

Kopierwünsche können am Informationspunkt abgegeben werden, über die Realisierung entscheidet die Leitung des Organisationsbüros. Eine Materialverteilung im Plenarsaal ist nicht gestattet.

## Infomeile

In der gesamten Eingangsebene befindet sich die Infomeile mit Ausstellungs- und Informationsständen.

## Müll

Parteitage und Vertreter\_innenversammlungen produzieren Müll. Bitte verlasst euren Bereich im Plenarsaal, wie ihr ihn vorgefunden habt. Die Beseitigung eures Mülls verursacht bei den Reinigungskräften nach dem Plenum nicht nur Rückenschmerzen, sondern auch bei uns teilweise nur Kopfschmerzen. Bitte nutzt für eure Hausratensorgung (benutzte Taschentücher, offene Fischdosen, alte Couchen o. Ä.) einen anderen Ort als den Boden des WCCB-Geländes.

## Parken

Wir bitten um die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Es gibt ein Parkhaus des WCCB, das für 15,00 Euro pro Tag (PKW) zur Verfügung steht. Das Parkhaus ist rund um die Uhr geöffnet und die Einfahrtshöhe beträgt 2,10 Meter.

Genossinnen und Genossen, die auf Grund ihrer Behinderung einen blauen Parkausweis haben und somit einen Behindertenparkplatz benötigen, bitten wir dies dem Organisationsbüro des Parteitages und der Vertreter\_innenversammlung im Vorfeld mitzuteilen.

## Parteitagsöffnung

Die 2. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE wird am Freitag, 22. Februar 2019, um 15 Uhr, im Plenarsaal, Raum »New York«, eröffnet.

## Rauchen

In allen Räumen des World Conference Center Bonn besteht Rauchverbot.

## Respekt

Wir versuchen den Parteitag und die Vertreter\_innenversammlung für euch so gut wie möglich zu organisieren. Dies würde ohne die vielen freiwilligen Helfer\_innen aus den Landesverbänden und die Mitarbeiter\_innen der Bundesgeschäftsstelle nicht funktionieren. Nicht selten arbeiten sie von früh morgens bis spät in den Abend. Betrachtet sie nicht als eure Dienstleister, sondern als Menschen, die alles versuchen, damit es euch in Bonn gut geht.

## Tagungspräsidium

Das Tagungspräsidium ist über den Arbeitstisch vor der Bühne zu erreichen.

## Tanzabend

»Wenn ich nicht tanzen kann, ist es nicht meine Revolution«, sagte Emma Goldman und hatte Recht damit. Wir werden auch dieses Mal wieder einen Tanzabend mit bester Musik für euch veranstalten. Dieses unverzichtbare Event findet am Freitag nach dem Plenum in der Club Lounge statt.

## Tiere

Bitte lasst eure Hunde, Katzen, Meerschweine, Goldfische und anderes Getier zu Hause. Das betrifft nicht Begleithunde von Menschen mit Behinderungen.

## Wahlen

Die Wahlkommission arbeitet neben dem Plenarsaal in Raum »Genf«.

Kandidaturen können per Mail an [kandidaturen@die-linke.de](mailto:kandidaturen@die-linke.de) oder vor Ort am Arbeitstisch des Tagungspräsidiums vorne neben der Bühne abgegeben werden.

## Wasser

Auch dieses Jahr wird es wieder für alle Menschen auf dem Parteitag und der Vertreter\_innenversammlung eine kostenlose Wasserversorgung durch – von uns bereitgestellte – Wasserspender geben.

## Wortmeldungen

Für Wortmeldungen in der Debatte sind Wortmeldezettel, die es bei der Anmeldung und am Arbeitstisch neben der Bühne gibt, zu benutzen. Die Wortmeldezettel sind am Arbeitstisch abzugeben.

## Social Media beim Bonner Parteitag

Was und wie über unseren Europaparteitag veröffentlicht wird, überlassen wir nicht allein den großen Medien. Wer sich für unseren Parteitag und die Vertreter\_innenversammlung interessiert, soll Informationen aus erster Hand direkt von der LINKEN bekommen. Ein Social-Media-Team wird live berichten. Es gibt Streams bei YouTube, Facebook und auf unserer Webseite, Tweets, Posts und Stories bei Twitter, Facebook, Instagram - und Ihr könnt mitmachen.

Was könnt Ihr tun?

- Wenn Ihr vom oder über den Parteitag auf Twitter oder Instagram postet, benutzt Hashtags: #linkebpt #Europawahl #Europa #EP2019. Bei Instagram immer auch #linke und #dielinke verwenden sowie @dielinke markieren. Benutzt auch passende weitere thematische Hashtags.
- Diskutiert, teilt und liked unsere Posts und Tweets. Helft mit, unsere Botschaften zu vermitteln: Freundlich im Ton, konkret in der Sache!
- Die Livestreams könnt ihr bei YouTube und Facebook mitkommentieren und auch in eure Seiten einbinden. Die Codeschnipsel dafür werden auf [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de) zu finden sein.
- Auf Flickr werden wir Fotos zur Verfügung stellen, die ihr für eure Social-Media-Kanäle nutzen könnt.

Wir sind zu finden auf:

[www.twitter.com/dielinke](http://www.twitter.com/dielinke)  
[www.instagram.com/dielinke/](http://www.instagram.com/dielinke/)  
[www.facebook.com/linkspartei/](http://www.facebook.com/linkspartei/)  
[www.youtube.com/dielinke/](http://www.youtube.com/dielinke/)  
[www.flickr.com/die\\_linke/](http://www.flickr.com/die_linke/)

Wie könnt ihr uns auf dem Parteitag erreichen? Am sichersten mit einer E-Mail an:

[socialmedia@die-linke.de](mailto:socialmedia@die-linke.de).



# **Wahlordnung der Partei DIE LINKE**

*Beschluss des Gründungsparteitages am 16. Juni 2007 in Berlin, geändert durch Beschluss des Parteitags der Partei DIE LINKE am 21./22./23. Oktober 2011 in Erfurt*

## **§ 1 Geltungsbereich**

- (1) Diese Wahlordnung gilt für alle Wahlen innerhalb der Partei.
- (2) Sie gilt, vorbehaltlich besonderer Bestimmungen der Wahlgesetze, auch für Versammlungen zur Aufstellung von Wahlbewerberinnen und -bewerbern für öffentliche Wahlen.

## **§ 2 Wahlgrundsätze**

- (1) Es gilt allgemein der Grundsatz der freien, gleichen und geheimen Wahl.
- (2) Wahlen, die weder die Besetzung von Organen der Partei oder ihrer Gebietsverbände, noch mittelbar (Wahl von Vertreterinnen und Vertretern) oder unmittelbar die Aufstellung von Wahlbewerberinnen oder Wahlbewerbern betreffen, können offen durchgeführt werden, wenn keine wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerin und kein wahlberechtigter Versammlungsteilnehmer dem widerspricht.
- (3) Eine Versammlung kann im Rahmen des Grundsatzes nach Absatz 1 und im Rahmen der Bundessatzung ergänzende oder abweichende Bestimmungen zu den §§ 8 und 10 bis 12 treffen. Ein entsprechender Versammlungsbeschluss kann jedoch niemals rückwirkend auf eine bereits stattgefundene Wahlhandlung angewendet werden.
- (4) Nach Versammlungsbeschluss sind auch elektronische Wahlen zulässig, soweit diese das Wahlgeheimnis, den Datenschutz und die Manipulations- und Dokumentationssicherheit gewährleisten. Die Bestimmungen dieser Wahlordnung sind dabei sinngemäß anzuwenden.

## **§ 3 Ankündigung von Wahlen**

- (1) Wahlen sind anzusetzen, wenn Neu- oder Nachwahlen satzungsgemäß vorgeschrieben sind oder wenn ein zulässiger Antrag auf die Durchführung von Neu- oder Nachwahlen bzw. ein zulässiger Abwahantrag vorliegt.
- (2) Wahlen können nur stattfinden, wenn zur Wahl spätestens 10 Tage vorher eingeladen wurde.
- (3) Soweit die Wahlen nicht satzungsgemäß vorgeschrieben sind, bleibt es der Versammlung unbenommen, angekündigte Wahlen ganz oder teilweise von der Tagesordnung abzusetzen.

## **§ 4 Wahlkommission**

- (1) Zur Durchführung einer oder mehrerer Wahlen bestimmt die Versammlung in offener Abstimmung eine Wahlkommission, welche aus ihrer Mitte eine Wahlleiterin oder einen Wahlleiter bestimmt, sofern diese oder dieser nicht bereits durch die Versammlung bestimmt wurde.
- (2) Die Wahlkommission leitet die Wahlhandlung und stellt das Wahlergebnis fest.
- (3) Die Mitglieder der Wahlkommission müssen der Versammlung nicht angehören. Die Wahlkommission kann bei Bedarf weitere Wahlhelferinnen und Wahlhelfer hinzuziehen.
- (4) Wer selbst für ein zu wählendes Parteiamt oder Mandat kandidiert, kann nicht der Wahlkommission angehören. Nimmt ein Mitglied der Wahlkommission eine Kandidatur an, scheidet es unmittelbar aus der Wahlkommission aus.

## § 5 Wahl für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate

- (1) Wahlen für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate finden in jeweils gesonderten Wahlgängen nacheinander statt. Die Versammlung kann entscheiden, dass Wahlgänge parallel stattfinden können.
- (2) Bei parallel stattfindenden Wahlgängen ist eine gleichzeitige Wahlbewerbung auch dann möglich, wenn die gleichzeitige Annahme der zu wählenden Parteiämter und Mandate ausgeschlossen ist.
- (3) Bei der Aufstellung der einzelnen Listenplätze von Wahlvorschlagslisten für öffentliche Wahlen ist analog zu verfahren. (Ausnahme: siehe § 6 Absatz 4)

## § 6 Wahl für gleiche Parteiämter oder Mandate

- (1) Wahlen für mehrere gleiche Parteiämter oder Mandate werden in der Regel in zwei aufeinander folgenden Wahlgängen durchgeführt. Dabei werden im ersten Wahlgang die gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung (Bundessatzung § 10 Absatz 4) den Frauen vorbehaltenen Parteiämter oder Mandate besetzt. Im zweiten Wahlgang werden die danach verbleibenden Parteiämter oder Mandate besetzt.
- (2) Beide Wahlgänge können, auf Beschluss der Versammlung, parallel stattfinden, wenn nicht mehr Frauen vorgeschlagen werden als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt mindestens gewählt werden sollen oder wenn alle (weiblichen) Bewerberinnen bereits vorab auf die Teilnahme am zweiten Wahlgang verzichten. Die Teilung in zwei Wahlgänge entfällt, wenn nicht mehr Männer vorgeschlagen werden, als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt höchstens gewählt werden können.
- (3) Zusätzliche Wahlgänge, zum Beispiel zur Berücksichtigung von Gebietsverbänden oder zur Sicherung besonderer Quoten, sind nach Versammlungsbeschluss zulässig. Die Absätze 1 und 2 sind dabei sinngemäß anzuwenden.
- (4) Bei der Aufstellung von Wahlvorschlagslisten für öffentliche Wahlen können nach einem entsprechenden Versammlungsbeschluss mehrere aufeinander folgende Listenplätze wie gleiche Mandate behandelt werden. Dabei werden in dem gemäß der Geschlechterquotierung den Frauen vorbehaltenen ersten Wahlgang die ungeraden, im zweiten Wahlgang die geraden Listenplätze, jeweils in der Reihenfolge der erreichten Ja-Stimmen-Zahlen, besetzt. (Bundessatzung § 10 Absatz 5)

## § 7 Wahlvorschläge

- (1) Jedes Parteimitglied kann Wahlvorschläge unterbreiten oder sich selbst bewerben. Für weitere Wahlgänge nach § 12 können nur wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer Wahlvorschläge unterbreiten.
- (2) Wahlvorschläge müssen schriftlich eingereicht werden. Das schriftliche Einverständnis der Vorgeschlagenen muss vorliegen. (elektronische Übermittlung ist ausreichend).
- (3) Wenn eine vorgeschlagene Person in der Wahlversammlung selbst anwesend ist, kann sowohl der Wahlvorschlag als auch die Zustimmung der Bewerberin bzw. des Bewerbers durch Zuruf erfolgen. Auf Zuruf können jedoch nur wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer Wahlvorschläge unterbreiten.
- (4) Wahlvorschläge sind bis zum Abschluss der Bewerberinnen- und Bewerberliste für den entsprechenden Wahlgang zulässig.
- (5) Alle vorgeschlagenen Bewerberinnen und Bewerber erhalten eine angemessene Redezeit zu ihrer Vorstellung. Über die angemessene Zeit und über Möglichkeit und Umfang von Fragen an Bewerberinnen und Bewerber und Stellungnahmen zu Bewerberinnen und Bewerbern ist durch Versammlungsbeschluss zu entscheiden. Dabei sind die Bewerberinnen und Bewerber für gleiche Parteiämter oder Mandate gleich zu behandeln.

## § 8 Stimmenabgabe

- (1) Stimmzettel in einem Wahlgang müssen in Form und Farbe einheitlich sein.
- (2) In jedem Wahlgang sind alle Bewerberinnen und Bewerber in alphabetischer Reihenfolge auf einen einheitlichen Stimmzettel aufzunehmen.
- (3) Jede und jeder Wahlberechtigte hat das Recht, hinter dem Namen jeder Bewerberin und jedes Bewerbers mit Ja, mit Nein oder mit Enthaltung zu stimmen. Fehlt eine Kennzeichnung, ist dies eine Enthaltung.
- (4) Die Zahl der zulässigen Ja-Stimmen in einem Wahlgang ist auf die Zahl der zu besetzenden Parteiämter oder Mandate begrenzt. Die zulässige Zahl der Ja-Stimmen muss bei der Stimmabgabe nicht ausgeschöpft werden.
- (5) Ist die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber in einem Wahlgang größer als die Zahl der zu besetzenden Parteiämter oder Mandate, entfällt die Möglichkeit von Nein-Stimmen.

## § 9 Stimmenauszählung und ungültige Stimmen

- (1) Die Stimmenauszählung durch die Wahlkommission ist parteiöffentlich. Die ordnungsgemäße Auszählung darf durch die Öffentlichkeit nicht beeinträchtigt werden. Bei der Stimmenauszählung ist zu gewährleisten, dass keine Rückschlüsse auf das Wahlverhalten möglich sind.
- (2) Die Wahlkommission hat Stimmzettel für ungültig zu erklären, wenn auf ihnen der Wille der oder des Wählenden nicht gemäß dieser Wahlordnung erkennbar ist, wenn auf ihnen mehr Stimmen als zulässig abgegeben wurden oder wenn sie das Prinzip der geheimen Wahl verletzen.

## § 10 Erforderliche Mehrheiten

- (1) Grundsätzlich sind mit Ausnahme der Regelung in Absatz 2 in einem Wahlgang diejenigen gewählt, bei denen die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist, als die zusammengefasste Zahl der gültigen Nein-Stimmen und der gültigen Enthaltungen (absolute Mehrheit). Durch Satzung oder durch Versammlungsbeschluss kann für bestimmte Ämter auch ein höheres Quorum bestimmt werden.
- (2) Bei Delegiertenwahlen oder – nach einem entsprechenden Versammlungsbeschluss – auch bei anderen Wahlen ist es ausreichend, wenn die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist als die Zahl der gültigen Nein-Stimmen (einfache Mehrheit). In Wahlgängen ohne die Möglichkeit von Nein-Stimmen haben die Bewerberinnen bzw. Bewerber die einfache Mehrheit erreicht, wenn sie auf mindestens einem Viertel der gültigen Stimmzettel gewählt wurden. Durch Versammlungsbeschluss kann ein anderes Mindestquorum bestimmt werden.

## § 11 Reihenfolge der Wahl und Verfahren bei Stimmgleichheit

- (1) Haben in einem Wahlgang mehr Bewerberinnen oder Bewerber die jeweils erforderliche Mehrheit erreicht, als überhaupt Parteiämter oder Mandate zu besetzen waren, sind die Bewerberinnen und Bewerber mit den höchsten Stimmen-Zahlen gewählt.
- (2) Bei Delegiertenwahlen sind alle weiteren Bewerberinnen und Bewerber mit der erforderlichen Mehrheit in der Reihenfolge ihrer Stimmen-Zahl als Ersatzdelegierte gewählt, soweit nicht zur Wahl der Ersatzdelegierten gesonderte Wahlgänge stattfinden.
- (3) Entfällt auf mehrere Bewerberinnen bzw. Bewerber die gleiche Stimmenzahl, entscheidet eine Stichwahl. Kommt auch die Stichwahl zu keinem Ergebnis entscheidet das Los.
- (4) Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes sind die Bewerberinnen und Bewerber in der Reihenfolge ihrer Stimmen-Zahlen gewählt, soweit sie sowohl die erforderliche Mehrheit nach § 10 dieser Ordnung erhalten haben, als auch der Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung (Höchstzahl von Mandatsträgerinnen und -trägern der Europa-, Bundes- oder Landesebene im Parteivorstand und in den Landesvorständen) genügen.

Die Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung ist bereits im ersten Wahlgang (nach § 6 Absatz 1 Satz 2) anteilig zu berücksichtigen.

## § 12 Weitere Wahlgänge und Stichwahlen

(1) Bleiben nach einem Wahlgang Parteiämter oder Mandate unbesetzt, kann durch Versammlungsbeschluss entweder

- die Wahl vertagt oder
- ein weiterer Wahlgang (nach den §§ 5 bis 11) aufgerufen oder
- eine Stichwahl herbeigeführt werden.

(2) In einer Stichwahl stehen diejenigen noch nicht gewählten Bewerberinnen und Bewerber zur Wahl, die in den zuvor stattgefundenen Wahlgängen die meisten Ja-Stimmen erhalten haben, soweit sie ihre Wahlbewerbung nicht zurückziehen. Neue Bewerbungen sind unzulässig. Dabei stehen höchstens doppelt so viele Bewerberinnen bzw. Bewerber zur Wahl, wie noch Parteiämter bzw. Mandate zu besetzen sind, bei Stimmgleichheit der letzten Bewerberinnen bzw. Bewerber ausnahmsweise auch mehr. Ein Nachrücken in die Stichwahl an Stelle von Wahlbewerberinnen bzw. -bewerbern, die ihre Bewerbung zurückgezogen haben, ist nicht möglich. Gewählt sind die Bewerberinnen bzw. Bewerber mit den meisten Stimmen. Falls nach einem zuvor stattgefundenen Wahlgang so viele Wahlbewerbungen zurückgezogen werden, dass nur noch so viele Bewerbungen wie zu besetzende Funktionen übrig bleiben, ist statt einer Stichwahl ein weiterer Wahlgang aufzurufen.

(3) Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes können an einer Stichwahl mindestens doppelt so viele Bewerberinnen und Bewerber, die keine Mandatsträgerinnen und -träger der Europa-, Bundes- oder Landesebene sind, teilnehmen, wie gemäß § 32 Absatz 4 der Bundessatzung mindestens noch gewählt werden müssen. Die zulässige Zahl von Mandatsträgerinnen und -trägern verringert sich gegebenenfalls entsprechend. Die Bewerberinnen und Bewerber sind in der Reihenfolge ihrer Ja-Stimmen-Zahlen gewählt, soweit sie der Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung (Höchstzahl von Mandatsträgerinnen und -trägern der Europa-, Bundes- oder Landesebene im Parteivorstand und in den Landesvorständen) genügen.

## § 13 Annahme der Wahl, Wahlprotokoll und Nachwahlen

(1) Eine Wahl gilt als angenommen, wenn die oder der Gewählte dem nicht unmittelbar nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses widerspricht.

(2) Jede Wahl ist zu protokollieren. Das Protokoll muss alle ergänzenden Versammlungsbeschlüsse zu dieser Wahlordnung und alle Wahlergebnisse enthalten. Es ist durch die Wahlleiterin bzw. den Wahlleiter und zwei weitere Mitglieder der Wahlkommission zu unterzeichnen. Die Wahlunterlagen (Wahlprotokoll, Stimmzettel, Zählzettel, Wahllisten usw.) sind für die Dauer der Wahlperiode der Gewählten aufzubewahren.

(3) Vakante Parteiämter sind durch Nachwahlen zu besetzen.

(4) Vakante Delegiertenmandate sind nur dann durch Nachwahlen zu besetzen, wenn unter Beachtung der Vorgaben zur Geschlechterquotierung (Bundessatzung § 10 Absatz 4) keine gewählten Ersatzdelegierten mehr zur Verfügung stehen.

## § 14 Wahlwiederholung

(1) Wird während der Wahlhandlung oder während der Stimmenauszählung ein Wahlfehler festgestellt, der relevanten Einfluss auf das Wahlergebnis haben kann, hat die Wahlkommission die Wahlhandlung bzw. die Stimmenauszählung sofort abubrechen und die Wiederholung der Wahlhandlung zu veranlassen. Der Grund für die Wahlwiederholung ist im Wahlprotokoll festzuhalten.

(2) Im Übrigen kann eine Wahlwiederholung nur infolge einer Wahlanfechtung stattfinden.

## § 15 Wahlanfechtung

(1) Wahlen können bei der zuständigen Schiedskommission angefochten werden, wenn die Verletzung von Bestimmungen dieser Wahlordnung, der Parteisatzung, des Parteiengesetzes, der Wahlgesetze oder des Verfassungsrechts behauptet wird und eine solche Rechtsverletzung zumindest möglich erscheint.

(2) Wahlanfechtungen haben keine aufschiebende Wirkung.

(3) Anfechtungsberechtigt sind:

- der Parteivorstand und die zuständigen Landes- und Kreisvorstände
- wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer
- unterlegene Wahlbewerberinnen und -bewerber.

(4) Eine Wahlanfechtung ist binnen zwei Wochen nach Ablauf des Tages, an dem die Wahl stattfand, zulässig.

(5) Eine Wahlanfechtung ist nur begründet, wenn und soweit der behauptete Mangel Einfluss auf das Ergebnis der Wahl gehabt haben kann.

(6) Die Schiedskommission ist bei einer berechtigten Wahlanfechtung befugt, eine Wahlwiederholung anzuordnen.



# **Materialien**

für die 2. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE



# Einberufung der 2. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE

*Beschluss des Parteivorstandes am 11.11.2018*

1. Der Parteivorstand beruft mit Beschluss vom 11. November 2018 die 2. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE für den 22. bis 23. Februar 2019 nach Bonn ein. Tagungsort ist:

World Conference Center Bonn (WCCB), Platz der Vereinten Nationen 2, 53113 Bonn.

Der Parteitag beginnt am 22. Februar 2019 um 15 Uhr und endet am 23. Februar 2019 mit dem Beginn der unmittelbar anschließenden Vertreter\_innenversammlung zur Wahl der Europaliste.

2. Der Parteivorstand schlägt für die 2. Tagung des 6. Parteitages folgende vorläufige **Tagesordnung** vor:

1. Eröffnung der 2. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE.
2. Reden der Vorsitzenden der Partei DIE LINKE.
3. Berichte
4. Wahl der Bundesschiedskommission
5. Wahl der Bundesfinanzrevisionskommission
6. Satzungsänderungen
7. Bericht der Delegation der Partei DIE LINKE in der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament
8. Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Europawahlprogramm
9. Beratung und Entscheidung weiterer Anträge an die 2. Tagung des 6. Parteitages
10. Schlusswort

3. Das **Frauenplenum** der 2. Tagung des 6. Parteitages wird für Freitag, den 22. Februar 2018, 18 bis 20 Uhr im Gebäude des Parteitages einberufen. Der Parteivorstand schlägt folgende Tagesordnung vor:

1. Eröffnung des Frauenplenums
2. Diskussion und ggf. Beschlussfassung zum Europawahlprogramm
3. Verständigung zu den Kandidaturen für das Europäische Parlament
4. Weitere Anträge

4. Antragsschluss für die 2. Tagung des 6. Parteitages ist am **10. Januar 2019**. Antragsschluss für Änderungsanträge zu eingereichten Anträgen ist am **5. Februar 2019**.

Die Anträge sind an die Antragskommission des Parteitages zu richten. Sie sollen über das Online-Formular [www.die-linke.de/antraege](http://www.die-linke.de/antraege) eingereicht werden. In Ausnahmefällen können Anträge auch an folgende Adresse eingereicht werden:

DIE LINKE – Bundesgeschäftsstelle,  
Antragskommission des Parteitages  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Telefax: 030 24009-310/ E-Mail: [antragskommission@die-linke.de](mailto:antragskommission@die-linke.de)

5. Die Bewerber\_innen für die Bundesschiedskommission und die Bundesfinanzrevisionskommission können bis zum 5. Februar 2019 für das Antragsheft 3 einen Text (max. 2 000 Zeichen, einschließlich Leerzeichen) und ein Foto einreichen an:

DIE LINKE – Bundesgeschäftsstelle  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Telefax: 030 24009-310/E-Mail: [kandidaturen@die-linke.de](mailto:kandidaturen@die-linke.de)

6. Der Beschluss des Parteivorstandes zur Einberufung der 2. Tagung des 6. Parteitages wird den Delegierten und den weiteren Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit beratender Stimme schriftlich übermittelt.

## **Terminplanung** zum Europaparteitag und zur Vertreterinnen- und Vertreterversammlung

Der Parteivorstand bestätigt die nachfolgende Planung als Grundlage für die organisatorische Vorbereitung des Parteitages.

Alle Veranstaltungen finden im World Conference Center Bonn (WCCB) in Bonn statt.

### **Donnerstag, 21. Februar 2019**

15 bis 17.30 Uhr	Sitzung des Parteivorstandes
18 bis 20.30 Uhr	Beratung des Tagungspräsidiums für den Europaparteitag mit Antragskommission (bis 19.30 Uhr) und des Tagungspräsidiums für die Vertreterinnen- und Vertreterversammlung (ab 19.30 bis 20.30 Uhr)
20 Uhr	Beratung der Antragskommission

### **Freitag, 22. Februar 2019**

vormittags/mittags	Strömungstreffen, Pressebrunch
15 Uhr	Beginn des Europaparteitages
18 bis 20 Uhr	Frauenplenum
22 Uhr	Ende der 1. Beratungstages des Europaparteitages

### **Samstag, 23. Februar 2019**

9 Uhr	Fortsetzung des Europaparteitages
15 Uhr	Beginn der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung
23 Uhr	Ende des 1. Beratungstages der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung

### **Sonntag, 24. Februar 2019**

9 Uhr	Fortsetzung der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung
17 Uhr	Ende der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung

# **Regularien**

der 2. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE



# Elektronische Wahlen

Liebe Genossinnen und Genossen,

laut Wahlordnung unserer Partei, die vom Bundesparteitag beschlossen wurde, sind elektronische Wahlen und Abstimmungen zulässig. Deshalb werden wir Wahlen (Wahl der Bundesschiedskommission und Wahl der Bundesfinanzrevisionskommission) und Abstimmungen im Rahmen des Parteitags in Bonn – wie schon zu den Parteitagen in Magdeburg, Hannover und Leipzig – elektronisch durchführen. Auch Abstimmungen, die vom Tagungspräsidium nicht eindeutig erkennbar sind, werden wieder elektronisch abgestimmt. Die Wahlen zur Aufstellung der Europaliste jedoch führen wir analog durch, weil Wahlen zur Listenaufstellungen vom Bundeswahlleiter als nicht rechtssicher eingestuft werden.

Als Vertragspartnerin haben wir uns auch für den kommenden Parteitag für die Firma »IV Systems« entschieden, die uns auch die letzten Parteitage unterstützt hat und auch über langjährige Erfahrung bei der Durchführung elektronischer Wahlen auf Wahlveranstaltungen (u.a. Vorstandswahlen und Wahlen zur Listenaufstellung bei den Grünen) verfügt – und das ohne Pannen oder Ausfälle. Mit diesem Anbieter sind sämtliche Wahlverfahren (Einzel- und Listenwahlen) möglich und wir werden bis zum Parteitag alle notwendigen Vorbereitungen zu den jeweiligen Wahlgängen treffen, so dass unsere Anforderungen bestens umgesetzt werden.

Das System wurde im Vorfeld durch den Datenschutzbeauftragten der Partei, Karsten Neumann, geprüft und aus Datenschutzsicht als unbedenklich befunden.



## Wie funktioniert das System?

Die Abstimmung erfolgt mit einem RF-II Abstimmgerät, das nur in Kombination mit einer Chipkarte funktioniert. Die Chipkarten werden zu Beginn des Parteitages an jede/n einzelne/n Delegierte/n ausgeteilt, sie sind in der Optik identisch und lediglich intern mit einer nicht sichtbaren ID-Nummer gekennzeichnet. Bei der Anmeldung entnimmt jede/r Delegierte eine Chipkarte aus einem Topf und hat die Möglichkeit, diese eigenständig mit der Delegiertennummer zu kennzeichnen (mittels eines Aufklebers), um sie bei Verlust und Auffinden wieder ausgehändigt bekommen zu können (selbstverständlich ist die Kennzeichnung jedoch keine Pflicht). Der Aufkleber kann zum Ende des Parteitages vor der Abgabe von jedem/r Delegierten eigenständig wieder entfernt werden, damit nicht nachvollziehbar ist, welchen Delegierten die Chipkarten gehörten. Bei Verlust der Chipkarte wird keine neue ausgegeben!

## Wie wird gewählt?

Jede/r Kandidat/in bekommt eine Kennziffer zugewiesen, die auf den Leinwänden angezeigt wird. Bei längeren Bewerber/innen-Listen werden diese auch ausgedruckt an jede/n Delegierte/n ausgeteilt. Die Kennziffern der entsprechenden Kandidatinnen und Kandidaten müssen dann über das Tastenfeld eingegeben werden. Jede einzelne Eingabe wird durch die Bestätigungstaste versendet. Eine Mehrfachwahl derselben Kennziffer ist nicht möglich.

D.h. man wählt beispielsweise den Kandidaten/ die Kandidatin mit der Nummer 3 – bestätigt, wählt dann den Kandidaten/ die Kandidatin mit der Nummer 5 – bestätigt diese Auswahl und so weiter. Diesen Vorgang wiederholt man solange, bis die maximal mögliche Anzahl an Stimmen vergeben wurde. Die maximale Anzahl der Stimmen muss nicht ausgeschöpft sein.

Nach Abschluss des Wahlgangs durch die Wahlkommission ist keine weitere Stimmabgabe mehr möglich. Das Ergebnis wird durch die Wahlkommission geprüft und verkündet. Nach Beendigung der Wahlen und Dokumentation der Ergebnisse werden die Daten von den einzelnen Chipkarten umgehend gelöscht.

## Wie werden die Ergebnisse dokumentiert?

Die Anzahl der abgegebenen Stimmen wird für jeden einzelnen Wahlgang einzeln dokumentiert, indem die internen ID-Nummern der Chipkarte aufgelistet werden. Diese Dokumentation entspricht der Gesamtheit der Stimmzettel, gleichzeitig ist jedoch sichergestellt, dass das Abstimmverhalten einzelner Delegierter nicht nachvollzogen werden kann, da die ID-Nummern frei vergeben und nicht bekannt sind.

Zu Beginn des Parteitages werden das Verfahren und der Gebrauch der Geräte durch den Anbieter erläutert und eine Probeabstimmung durchgeführt. Die Mitglieder der Wahlkommission stehen euch während der Wahlgänge unterstützend zur Seite.

Falls ihr Rückfragen zum Anbieter oder dem Verfahren habt, beantworten wir euch diese gern.

Solidarische Grüße



Jörg Schindler

Bundesgeschäftsführer

# Geschäftsordnung des 6. Parteitages

*Beschluss der 1. Tagung des 6. Parteitages, 8. bis 10. Juni 2018*

## I. Leitung / Arbeitsgremien / Aufgaben und Befugnisse

- 1) Der Parteitag wählt als Arbeitsgremien im Block und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch dagegen erhoben wird, in offener Abstimmung:
  - das Tagungspräsidium,
  - die Mandatsprüfungskommission,
  - die Wahlkommission,
  - die Antragskommission.
- 2) Die Arbeit des Bundesparteitages wird vom Tagungspräsidium geleitet. Das Tagungspräsidium bestimmt aus seiner Mitte die Tagungsleitung.
- 3) Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Parteitages in dieser Reihenfolge beschlossen.

## II. Beschlussfassung allgemein

- 4) Der Bundesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend ist.
- 5) Delegierte mit beschließender Stimme haben Stimm- und Rederecht. Delegierte mit beratender Stimme sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme haben die gleichen Rechte wie Delegierte mit beschließender Stimme, ausgenommen das aktive Stimmrecht bei Wahlen und Abstimmungen.

Gästen des Parteitages kann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden. Entsprechende Anträge sind an das Tagungspräsidium zu richten.

- 6) Beschlüsse des Parteitages werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen (im Weiteren nur Mehrheit genannt) gefasst, sofern die Bundessatzung oder diese Geschäftsordnung nicht anderes vorschreiben.

Stimmenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Abstimmungen erfolgen durch Erheben der Stimmkarten.

Das Tagungspräsidium setzt zur Auszählung der Stimmen Zählerinnen und Zähler ein, die tätig werden, wenn kein eindeutiges Ergebnis von der Tagungsleitung ermittelt werden kann.

## III. Regeln in der Debatte

- 7) Die Tagungsleitung ruft die Tagesordnungspunkte und die dazugehörigen Anträge auf, leitet die Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann Rednerinnen und Redner zur Sache rufen, muss ihnen das Redezeitende einmal vorankündigen und das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen. Über die Redezeiten beschließt der Parteitag am Beginn jedes Tagesordnungspunktes auf Vorschlag des Tagungspräsidiums.
- 8) Wortmeldungen zur Aussprache sind schriftlich beim Tagungspräsidium einzureichen. Dafür sollen die vorgegebenen Formulare verwendet werden. Bei Wortmeldungen sind Name und delegierender Landes- bzw. Kreisverband bzw. Zusammenschluss oder Jugendverband anzugeben.

Die Fristen für die Abgabe von Wortmeldungen und die Modalitäten ihrer Entgegennahme werden vom Tagungspräsidium bekannt gegeben. Das Tagungspräsidium entscheidet wie folgt über die

Redeliste: Unter Beachtung der Geschlechterquotierung werden maximal vier Redner/innen gesetzt, über die weitere Reihenfolge der Rednerinnen und Redner entscheidet das Los. Gesetzte Reden dürfen ein Fünftel der Gesamtredezeit zu einem Block nicht überschreiten und sind bezüglich der Redezeit gelosten Reden gleichgestellt.

Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme von Wortmeldungen zugunsten anderer Rednerinnen oder Redner ist nicht möglich.

- 9) Zu Redebeiträgen in der Aussprache kann die Tagungsleitung bis maximal drei Nachfragen von Delegierten und Teilnehmer/innen mit beratender Stimme zulassen. Die Nachfragen an die Rednerin/den Redner sowie die Antworten sind kurz zu formulieren (max. je 1 Minute).
- 10) Delegierte können nach Abschluss von Debatten und Abstimmungen persönliche Erklärungen abgeben. Sie sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit hierfür beträgt eine Minute.

#### IV. Antragsarten / Antragstellung / Beschlussfassung

##### 11) Antragsarten

Die Geschäftsordnung des Parteitages unterscheidet insbesondere

- Anträge zur Geschäftsordnung des Parteitages,
- Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung,
- ordentliche Anträge,
- Dringlichkeitsanträge,
- Initiativanträge,
- Änderungsanträge,
- Rückholanträge.

##### 12) Geschäftsordnungsanträge

- a) Geschäftsordnungsanträge betreffen den Ablauf des Parteitages. Dazu gehören insbesondere Anträge zur Tagesordnung und zum Zeitplan, zum Antrags- und Beratungsverfahren, zur Gewährung von Rederechten, zur Vertagung oder Streichung eines Tagesordnungspunktes, zur Beendigung oder zur Wiederaufnahme der Debatte bzw. zum Schließen oder zur Wiedereröffnung der Redeliste.
- b) Anträge zur Geschäftsordnung sind mündlich zu stellen und werden außerhalb der Liste der Rednerinnen und Redner sofort behandelt, soweit keine Abstimmung läuft.
- c) Anträge zur Geschäftsordnung können nur von Delegierten des Parteitages, Delegierten und Teilnehmer/innen mit beratender Stimme (§ 16 Abs. 12 Bundessatzung) und Mitgliedern von Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden.
- d) Anträge zur Beendigung der Debatte bzw. zum Schließen der Redeliste können nur von antragsberechtigten Personen gestellt werden, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben.
- e) Vor der Abstimmung sind jeweils eine Gegen- und eine Fürrede zuzulassen.

##### 13) Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

- a) Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung sind spätestens acht Wochen vor dem Parteitag parteiöffentlich zu publizieren (§ 17 Abs. 5 Bundessatzung) und spätestens sechs Wochen vor Beginn des Parteitages an die Antragskommission einzureichen.
- b) Über ihre Behandlung im Plenum entscheidet der Parteitag mit der Annahme der Tagesordnung.

##### 14) Ordentliche Anträge

- a) Ordentliche Anträge sind spätestens sechs Wochen vor Beginn des Parteitages an die

Antragskommission einzureichen.

- b) Ordentliche Anträge, die von Landesverbänden, Kreisverbänden, Ortsverbänden gemäß § 13 Abs. 8 der Bundessatzung, dem Frauenplenum des Bundesparteitages, bundesweiten Zusammenschlüssen, von der linksjugend ['solid], vom Studierendenverband DIE LINKE.SDS, von Organen der Partei oder Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden oder für die zum Zeitpunkt der Antragstellung von mindestens 25 Delegierten die Unterschriften vorliegen, sind vom Parteitag zu behandeln.

#### 15) Dringlichkeitsanträge und Initiativanträge

- a) Dringlichkeitsanträge sind Anträge zu Ereignissen oder politischen Entwicklungen, die nach Antragsschluss, also innerhalb der letzten sechs Wochen vor Beginn des Parteitages, eingetreten sind.
- b) Initiativanträge sind Anträge, deren Anlass sich unmittelbar aus dem Ablauf des Parteitages ergibt.
- c) Dringlichkeits- oder Initiativanträge sind vom Parteitag zu behandeln, wenn zum Zeitpunkt ihrer Einreichung die Unterschriften von mindestens 50 Delegierten vorliegen.

#### 16) Änderungsanträge

- a) Änderungsanträge betreffen die Änderung eingereichter Anträge.
- b) Änderungsanträge zu Leitanträgen, Anträgen von grundsätzlicher Bedeutung und ordentlichen Anträgen sind schriftlich bis spätestens 16 Tage vor Beginn des Parteitages an die Antragskommission einzureichen. Änderungsanträge sind als Einzelanträge einzureichen; Sammelanträge sind unzulässig.
- c) Änderungsanträge, die von Landesverbänden, Kreisverbänden, Ortsverbänden gemäß § 13 Abs. 8 der Bundessatzung, dem Frauenplenum des Bundesparteitages, bundesweiten Zusammenschlüssen, von der linksjugend ['solid], vom Studierendenverband DIE LINKE.SDS, von Organen der Partei oder Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden oder für die zum Zeitpunkt der Antragstellung die Unterschriften von mindestens 25 Delegierten vorliegen, sind vom Parteitag zu behandeln.
- d) Bei Änderungsanträgen, die nicht Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung betreffen, können die 25 Delegiertenunterschriften bis zum Beginn des Parteitages bzw. bis zu dem Zeitpunkt während des Parteitages, der vom Parteitag festgelegt wird, nachgereicht werden.

#### 17) Rückholanträge

- a) Anträge auf Wiederholung (Rückholung) einer Abstimmung sind unverzüglich nach Bekanntwerden des Grundes und unter Nennung desselben und der Umstände seines Bekanntwerdens zu stellen.
- b) Anträge auf Wiederholung (Rückholung) können nur von Delegierten des Parteitages, Delegierten und Teilnehmer/innen mit beratender Stimme (§ 16 Abs. 12 Bundessatzung) und Mitgliedern von Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden.
- c) Die Beschlussfassung erfolgt unmittelbar nach Gegen- und Fürrede.

#### 18) Antragsbehandlung

- a) Als Antragsbehandlung wird verstanden
  - die Befassung im Plenum durch Abstimmung im Plenum des Parteitages, die Überweisung an den Parteivorstand oder die Überweisung an den Bundesausschuss
  - die Nichtbefassung im Plenum gemäß Punkt (19) c.

- b) Der Parteitag kann beschließen, zu einem eingebrachten Antrag keine Entscheidung in der Sache herbeizuführen. Anträge werden auch als behandelt verstanden, wenn sie sich durch Abstimmung anderer Anträge erledigt haben.
- c) Antragsteller/innen haben bei Befassung ihrer Anträge im Plenum das Recht, ihre Anträge vor dem Plenum einzubringen und zu begründen.
- d) Der/die Antragsteller/in können Änderungsanträge ganz, teilweise oder sinngemäß übernehmen. Eine Behandlung dieser Änderungsanträge auf dem Parteitag entfällt. Der Parteitag kann dieser Übernahme auf mündlichen Antrag einer/eines Delegierten in jedem Einzelfall widersprechen.

#### 19) Antragskommission

- a) Die Antragskommission prüft, ob die Voraussetzungen für eine Antragsbehandlung auf dem Parteitag vorliegen.
- b) Anträge und Änderungsanträge, die die Voraussetzungen einer Antragsbehandlung nach den Ziffern 14, 15 und 16 nicht erfüllen, werden nur auf Vorschlag der Antragskommission vom Parteitag behandelt.
- c) Die Antragskommission kann Änderungsanträge mit ausschließlich redaktionellem Charakter zur Nichtbefassung im Plenum vorschlagen.
- d) Die Antragskommission hat die Aufgabe, hinsichtlich der Behandlung von Anträgen und Änderungsanträgen den Antragsstellern und Antragstellerinnen und dem Plenum Empfehlungen – insbesondere zur Antragsbehandlung nach Ziffer 18 – zu geben.
- e) Die Reihenfolge, in der Änderungsanträge behandelt werden, wird von der Antragskommission festgelegt und dem Plenum erläutert.
- f) Die Antragskommission hat das Recht, Anträge für unzulässig zu erklären. Unzulässig sind insbesondere Anträge, die die formalen Voraussetzungen der Bundessatzung oder dieser Geschäftsordnung nicht erfüllen.
- g) Die Antragskommission hat das Tagungspräsidium des Parteitages unverzüglich darauf hinzuweisen, wenn eine ordentliche Antragsbehandlung im vorgesehenen Zeitrahmen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht möglich sein wird.

## V. Abstimmungen, Wahlen und Dokumentation

- 20) Die Abstimmung wird durch die Tagungsleitung geleitet, wobei zunächst die Stimmen »für« den Antrag, dann »gegen« den Antrag und abschließend die Stimmenthaltungen abzurufen sind.
- 21) Wahlen können auch elektronisch durchgeführt werden.
- 22) Für die Dokumentation werden von den Tagungen des Parteitages Tonbandmitschnitte erstellt und archiviert. Das Beschluss- und das Wahlprotokoll des Parteitages sind schriftlich auszufertigen. Die Beschlüsse des Parteitages sind innerhalb von vier Wochen zu veröffentlichen.

# Gremien des 6. Parteitages

*Beschluss der 1. Tagung des 6. Parteitages, 8. bis 10. Juni 2018*

## Tagungspräsidium:

1. Doris Achelwilm (Bremen)
2. Gunhild Böth (BAG Bildung)
3. Barbara Borchardt (BAG Betrieb & Gewerkschaft)
4. Birke Bull-Bischoff (Sachsen-Anhalt)
5. Özlem Alev Demirel (NRW)
6. Tim Fürup (AKL)
7. Rico Gebhardt (Sachsen)
8. Ates Gürpınar (Bayern)
9. Matthias Höhn (Sachsen-Anhalt)
10. Benjamin-Immanuel Hoff (fds)
11. Torsten Koplın (Mecklenburg-Vorpommern)
12. Knut Korschewsky (Thüringen)
13. Caren Lay (Sachsen)
14. Anja Mayer (Brandenburg)
15. Friedrich Rabe (KPF)
16. Heidi Scharf (Baden-Württemberg)
17. Katina Schubert (Berlin)
18. Barbara Spaniol (Saarland)
19. David Stoop (Hamburg)
20. Felicitas Weck (Niedersachsen)
21. Ursula Weisser-Roelle (Niedersachsen)
22. Katrin Werner (Rheinland-Pfalz)
23. Janine Wissler (Hessen)
24. Harald Wolf (Partei Vorstand)

## Antragskommission:

1. Sabine Berninger (LV Thüringen)
2. Michael Braedt (LV Niedersachsen)
3. Peter Brill (LV Mecklenburg-Vorpommern)
4. Franziska Brychcy (LV Berlin)
5. Stefan Dreher (LV Baden-Württemberg)
6. Theresia Görden (LV Rheinland-Pfalz)
7. Stefan Hartmann (LV Sachsen)
8. Thomas Hecker (KPF)
9. Rosi Kaersten (LV Brandenburg)
10. Achim Kessler (LV Hessen)
11. Sebastian Koch (LV Berlin)
12. Franziska Liebich (Jugendverband)
13. Katja Maurer (LV Thüringen)
14. Marc Mulia (LV Nordrhein-Westfalen)
15. Gabriela Martens de Sousa (Jugendverband)
16. Uschi Maxim (LV Bayern)
17. Norbert Müller (LV Brandenburg)
18. Frank Puskarev (fds)
19. Franziska Riekewald (Partei Vorstand)
20. Jenny Schulz (LV Sachsen-Anhalt)

21. Cornelia Swillus-Knöchel (LV Nordrhein-Westfalen)
22. Bernd Tenbense (BAG B&G)
23. Dagmar Zoschke (Parteivorstand)

#### Wahlkommission:

1. Malte Fuchs (Mecklenburg-Vorpommern)
2. Frauke Grieger (Niedersachsen)
3. Paul Grimm (Jugendverband)
4. Margot Hein (Schleswig-Holstein)
5. Andreas Hein-Foge (Bremen)
6. Maximilian Hentschel (Mecklenburg-Vorpommern)
7. Doreen Hildebrandt (Sachsen-Anhalt)
8. Monika Huschenbett (Brandenburg)
9. Sophia Kramer (Rheinland-Pfalz)
10. Anna Mayer (Bayern)
11. Christopher Neumann (Brandenburg)
12. Stine Rummel-Strebelow (Niedersachsen)
13. Kersten Steinke (Thüringen)
14. Colin Turner (Bayern)
15. Tobi Warkentin (Jugendverband)
16. Martin Wittmaack (Hamburg)

#### Mandatsprüfungskommission:

1. Oliver Franke (Sachsen-Anhalt)
2. Ulrike Glanz (Brandenburg)
3. Heike Kretschmer (NRW)
4. Sylvia Müller (Berlin)
5. Tim Ruland (Bremen)
6. Hermann Ruttmann (Bayern)
7. Anne Urschll (BAG Gesundheit & Soziales)

**Anträge** an die  
2. Tagung des 6. Parteitages  
der Partei DIE LINKE



# Anträge zu den Regularien des Parteitages

**Antrag:** R. 1.

Antragsteller/innen: Parteivorstand

**Der Parteitag möge beschließen:**

## Tagesordnung

für die 2. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE, 22./ 23. Februar 2019 in Bonn

1. Eröffnung der 2. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE.
2. Reden der Vorsitzenden der Partei DIE LINKE.
3. Berichte
4. Wahl der Bundesschiedskommission
5. Wahl der Bundesfinanzrevisionskommission
6. Satzungsänderungen
7. Bericht der Delegation der Partei DIE LINKE in der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament
8. Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Europawahlprogramm
9. Beratung und Entscheidung weiterer Anträge an die 2. Tagung des 6. Parteitages
10. Schlusswort

Das Frauenplenum des Parteitages findet am Freitag, den 22. Februar 2018, 18 bis 20 Uhr im Gebäude des Parteitages statt. Die Themen des Frauenplenums ergeben sich aus der Tagesordnung des Parteitages.

**Antrag:**

**R.2.**

Antragsteller/innen:

Parteivorstand

**Der Parteitag möge beschließen:**

## **Zeitplan**

für die 2. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE, 22. bis 24. Februar 2019 in Bonn

Der Parteivorstand schlägt dem Europaparteitag den unten stehenden Zeitplan vor und reicht diesen Vorschlag als Antrag an den Parteitag ein.

### **Freitag, 22. Februar 2019:**

15 Uhr	TOP 1 Eröffnung und Konstituierung des Parteitages
15.20 Uhr	TOP 4 Wahl der Bundesschiedskommission
16.05 Uhr	TOP 5 Wahl der Bundesfinanzrevisionskommission
16.50 Uhr	TOP 6 Satzungsänderungen
17.20 Uhr	TOP 2 Rede der Parteivorsitzenden
17.40 Uhr	TOP 7 Bericht der Delegation der LINKEN in der Fraktion der GUE/NGL im Europäischen Parlament
18 Uhr	Frauenplenum
20 Uhr	Pause
20.30 Uhr	Bericht des Frauenplenums
20.40 Uhr	TOP 3 Berichte: Rede Fraktionsvorsitzende/r
21 Uhr	TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Europawahlprogramm
22 Uhr	Ende des Beratungstages

### **Samstag, 23. Februar 2019:**

9 Uhr	Fortsetzung TOP 3 Berichte: Ältestenrat
9.10 Uhr	Fortsetzung TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Europawahlprogramm
10.10 Uhr	TOP 3 Berichte: Rede Fraktionsvorsitzende/r
10.30 Uhr	Fortsetzung TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Europawahlprogramm
12.10 Uhr	TOP 3 Berichte: Rede EL-Präsident
12.30 Uhr	Pause
13.45 Uhr	Fortsetzung TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Europawahlprogramm
15.05 Uhr	Schlussabstimmung zu TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Europawahlprogramm
15.10 Uhr	TOP 2 Rede der Parteivorsitzenden der Partei DIE LINKE
15.30 Uhr	TOP 9 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge an die 2. Tagung des 6. Parteitages
16.30 Uhr	Schlusswort

**Antrag:**

**R.3.**

Antragsteller/innen:

Parteivorstand

**Der Parteitag möge beschließen:**

## **Tagungspräsidium**

Der Parteivorstand schlägt dem Parteitag folgende Änderung des Tagungspräsidiums vor:

Harald Wolf wird durch Jörg Schindler ersetzt.

**Begründung:**

Der Bundesgeschäftsführer soll Mitglied des Tagungspräsidiums sein.

# Anträge zur Satzung

**Antrag:** S. 1.

Antragsteller/innen: Bundesausschuss, Parteivorstand

**Der Parteitag möge beschließen:**

## **Satzungsänderung §§ 22, 23 zum Bundesausschuss**

§ 22 wird wie folgt geändert: - in Absatz 5 wird gestrichen »Kalenderjahren«; stattdessen wird eingefügt »Jahren« Absatz 5 heißt dann: »(5) Die Mitglieder werden für die Dauer von zwei Jahren bestellt. Für die Mitglieder sind auch Ersatzmitglieder zu bestellen.« - Neu eingefügt wird Absatz 6: »(6) Das Amt der Mitglieder beginnt mit dem erstmaligen Zusammentreten des Bundesausschusses und endet mit dem Zusammentreten des Bundesausschusses der folgenden Wahlperiode.« § 23 wird wie folgt geändert: - In Absatz 3 wird nach Satz 1 als neuer Satz 2 eingefügt: »Das Präsidium nimmt seine Aufgaben bis zur Konstituierung des nachfolgenden Bundesausschusses wahr.«

### **Begründung:**

Die Mitglieder des Bundesausschusses werden nach bisheriger Regelung für die Dauer von zwei Kalenderjahren bestellt (§22 Abs. 5). Danach beginnt die Amtsperiode des Bundesausschusses mit dem 1.1. jedes zweiten Jahres. Die Vertreter werden überwiegend durch die Landesparteitage gewählt (§ 22 Abs. 2), die zu unterschiedlichen Zeitpunkten zusammentreten. Damit ist der Bundesausschuss am 1.1. nicht vollständig besetzt. Zwar wäre die Konstituierung auch in dieser Konstellation am Beginn des Kalenderjahres möglich. Einige Mitglieder/Landesverbände wären dann aber vom aktiven und passiven Wahlrecht zum Präsidium ausgeschlossen. Darüber hinaus ist das Präsidium mit dem Ablauf des zweiten Jahres der Amtszeit nicht mehr für die Vorbereitung der konstituierenden Sitzung des folgenden Bundesausschusses legitimiert und kann auch nicht seine Vertreter mit beratender Stimme in den Parteivorstand entsenden.

Damit kann der Bundesausschuss in dieser Zeit seine satzungsmäßigen Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Parteivorstand (§ 23 Abs. 1) und seinen Auftrag, das Zusammenwachsen der Landesverbände zu fördern und hierzu Initiativen zu ergreifen (§ 23 Abs. 2) nicht wahrnehmen. Das Parteiengesetz gibt vor, dass Vertreter längstens für einen Zeitraum von zwei Jahren gewählt werden dürfen. Darin kommt das demokratische Prinzip »Macht nur auf Zeit« zum Ausdruck. Es gibt jedoch keinen Zwang, Beginn und Ende einer Amtsperiode an das Kalenderjahr zu binden. Die vorgeschlagenen Änderungen entkoppeln die Amtsperiode vom Kalenderjahr und bewirken so, dass jeder gewählte Bundesausschuss zwei Jahre lang handlungsfähig ist und damit das Organ Bundesausschuss ohne zeitliche Unterbrechung seine Aufgaben erfüllt. Zudem wird das Präsidium legitimiert, die konstituierende Tagung des nachfolgenden Bundesausschusses vorzubereiten (Vorschlag zur Änderung § 23 Abs. 3). Eine solche Regelung fehlt bisher. Sie ermöglicht es den so legitimierten Vertretern, schon für die konstituierende Sitzung eine Tagesordnung vorzubereiten, die inhaltliche Schwerpunkte setzt. Zugleich wird damit eine Übergangsregelung geschaffen für den Fall, dass bis zur Konstituierung des nachfolgenden Bundesausschusses mehr als 24 Monate vergehen sollten. Der neue Abs. 6 in § 22 ist erforderlich, weil sonst mit dem Verzicht auf die Bindung der Amtszeit an das Kalenderjahr die Mitgliedschaft im Bundesausschuss im Moment der Neuwahl in den entsendenden Gliederungen der Partei enden würde. (§ 33 der Satzung)

# Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

## (§ 17 (5) Satzung)

**Antrag:** L.1.  
Antragsteller/innen: Parteivorstand

**Der Parteitag möge beschließen:**

1	<b>Für ein solidarisches Europa der Millionen, gegen eine</b>	
2	<b>Europäische Union der Millionäre</b>	
3	Einleitung .....	Seite 45
4	1. Gute Arbeit gerecht in Europa .....	Seite 48
5	Löhne rauf! Wir kämpfen für Löhne, die für ein gutes Leben reichen.	
6	Programm gegen Arbeitslosigkeit und für eine Zukunft für die Jugend	
7	Demokratie und Mitbestimmung in Arbeit und Unternehmen	
8	2. Soziale Absicherung für alle, Armut in Europa abschaffen .....	Seite 52
9	Die Rentensysteme sicher machen: Raus aus der Privatisierung und	
10	aus den Finanzmärkten	
11	3. Ein gutes Leben für alle in Europa statt Markt und Privatisierung ....	Seite 54
12	Gute Gesundheitsversorgung in ganz Europa	
13	Die Pflege-Ketten unterbrechen. Für gute Arbeit in der Pflege	
14	Keine Rendite mit der Miete – Wohnen muss bezahlbar sein	
15	4. Menschen vor Profite – der LINKE Plan für eine gerechte, soziale	
16	und ökologische Wirtschaft .....	Seite 57
17	Wir investieren in die Zukunft	
18	Industriepolitik von links	
19	Die Finanzmärkte in ihre Schranken weisen	
20	Gerecht geht anders: Mit Steuern steuern	
21	5. Klimaschutz kennt keine Grenzen.	
22	Für einen sozialen und ökologischen Neustart .....	Seite 63
23	Mit LINKS: Das Klima retten	
24	Mehr Mobilität mit weniger Verkehr	
25	Ressourcen schützen	
26	Für eine gerechte und ökologische Landwirtschaft	
27	Die Meere schützen, Überfischung stoppen	
28	Die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten	
29	Wirksamer Tierschutz	

30	<b>6. Für Frieden in Europa und der Welt</b> .....	Seite 69
31	Gegen die Militarisierung der EU: Abrüsten!	
32	Rüstungsexporte verbieten	
33	Konflikte friedlich lösen	
34	Eine gerechte Handelspolitik als Motor für eine friedliche Entwicklung	
35	LINKE Entwicklungspolitik. So geht gerecht	
36	Für eine solidarische Nachbarschaftspolitik	
37	<b>7. Das Sterben beenden – Kontinent der Solidarität statt</b>	
38	<b>Festung Europa!</b> .....	Seite 74
39	Die Menschlichkeit retten: Investitionen in Seenotrettung statt Frontex	
40	Eine soziale Offensive und gleiche Rechte für alle	
41	Gerechtigkeit globalisieren! Unser europäischer Plan zur Bekämpfung von Fluchtursachen	
42	<b>8. Wirkliche Demokratie statt Lobby der Konzerne</b> .....	Seite 78
43	Die Macht von Kommission und Räten brechen. Das europäische Parlament stärken	
44	Mehr direkte Demokratie, Volksabstimmungen und Referenden	
45	Eine Verfassung für Europa	
46	Grundrechte verteidigen und weiterentwickeln	
47	Den Sumpf trockenlegen: Lobbyisten der Großunternehmen zurückdrängen	
48	Keine Sonderklagerechte für Konzerne - Neoliberale Freihandelsabkommen stoppen	
49	Bürgerrechte 4.0 – Datenschutz garantieren	
50	<b>9. Unteilbar: Gegen Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung –</b>	
51	<b>gleiche Rechte für alle</b> .....	Seite 83
52	Dem Rassismus entgegentreten: gegen Rechtspopulismus und Neofaschismus in Europa	
53	Antimuslimischem Rassismus entgegentreten – gleiche Rechte für Muslime	
54	Antisemitismus entgegentreten	
55	Gleiche Rechte für Sinti und Roma	
56	»Wenn wir streiken, steht die Welt still«: LINKER Feminismus	
57	Sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung	
58	Für ein inklusives Europa	
59	<b>10. Information, Bildung und Kultur: demokratisch</b> .....	Seite 87
60	Freier Zugang zu Wissen und Informationen	
61	Cybersicherheit	
62	Bildung für ein anderes Europa	
63	Wissenschaft und Innovation für den sozial-ökologischen Umbau Europas	
64	Kulturelle Vielfalt in Europa	
65	<b>11. Europa nicht den Rechten und den Neoliberalen überlassen</b> .....	Seite 91

## 66 Für ein solidarisches Europa der Millionen, gegen eine Europäische 67 Union der Millionäre

### 68 Einleitung

69 Wir kämpfen für ein soziales Europa, für eine andere Europäische Union, in dem alle gut arbeiten und  
70 leben können. In dem nicht die Ungleichheit wächst, sondern der Zusammenhalt. In dem alle vor  
71 Armut geschützt sind. Ein Europa, in dem sich nicht die großen Unternehmen vor der Finanzierung des  
72 Gemeinwohls drücken können, sondern sich alle an die Regeln einer solidarischen Gesellschaft halten.  
73 In dem nicht mit den Schultern gezuckt wird, wenn an seinen Grenzen tausende Menschen ertrinken.  
74 In dem Sicherheit nicht heißt: Wir rüsten auf. Für ein Europa, in dem Demokratie nicht dem Markt  
75 untergeordnet wird, sondern die Menschen tatsächlich mitentscheiden, wie sie leben wollen und was  
76 sie herstellen wollen. In dem unser Klima nicht den Profitinteressen einiger Wenigen geopfert wird und  
77 wir mit den Lebensgrundlagen so umgehen, dass wir – und die Menschen überall auf der Welt – gut  
78 und gesund leben können.

79 Die Europäische Union ist nicht so, wie wir sie wollen. Sie ist nicht mal so, wie sie selbst behauptet.  
80 Weil in ihre Verträge Neoliberalismus und Profitstreben eingeschrieben sind. In denen Wettbewerb  
81 über dem Bedarf der Bevölkerung steht, die Freiheit der Unternehmen über der Freiheit der Menschen  
82 von Armut und Unsicherheit. Weil die EU seit der Wirtschaftskrise vor zehn Jahren nicht dazugelernt  
83 hat, sondern noch neoliberaler und autoritärer geworden ist. Statt solidarisch die Krise zu bekämpfen,  
84 wurden in den südeuropäischen Ländern Löhne gedrückt, Sozialleistungen gestrichen, öffentliche  
85 Einrichtungen und Leistungen den Konzernen zum Fraß vorgeworfen. Banken und Konzerne sind  
86 immer noch unzureichend reguliert. Zum Zeitpunkt der Europawahl wird Großbritannien die EU  
87 voraussichtlich verlassen haben. Das gemeinsame Haus Europa ist im Fundament erschüttert. Soziale  
88 Sicherheit für die Menschen wird als Hindernis für den Wettbewerb verstanden. Dagegen will DIE  
89 LINKE einen Neustart der Europäischen Union. Gemeinsam mit anderen linken Parteien stehen wir für  
90 einen grundlegenden Politikwechsel in der Europäischen Union. Wir wollen eine andere, eine bessere  
91 EU. Die Europäische Union muss zu einer tatsächlich demokratischen, sozialen, ökologischen und  
92 friedlichen Union werden. Die Vertragsgrundlagen der Europäischen Union sind dafür nicht geeignet.  
93 Die Europäische Union braucht einen Neustart mit einer vollständigen Revision jener vertraglichen  
94 Grundlagen, die militaristisch, undemokratisch und neoliberal sind. Wir setzen uns deshalb weiter für  
95 eine Verfassung ein, die von den Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet wird und über die sie zeitgleich  
96 in allen EU-Mitgliedstaaten in einem Referendum abstimmen können.

97 Neustart der EU heißt, die Prioritäten umkehren: Nicht die Freiheit des Marktes steht an erster Stelle,  
98 sondern die Interessen der Mehrheit der Menschen. Statt dass Konkurrenz und Wettbewerb den  
99 Stress erhöhen und die Löhne nach unten drücken, wollen wir gute Arbeitsbedingungen und Löhne,  
100 von denen wir leben können. Statt sozialer Ausgrenzung brauchen wir einen garantierten Schutz aller  
101 vor Armut. Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich wollen wir schließen. Wir akzeptieren nicht,  
102 dass große Konzerne Milliardengewinne machen und kaum Steuern bezahlen, während die Armut  
103 wächst und bei den Sozialausgaben gekürzt wird. Wir wissen: Der Wohlstand in der EU wird von  
104 Steuerflüchtlingen bedroht, nicht von den Menschen, die vor den Folgen unserer Politik auf der Flucht  
105 sind. Wir kämpfen für eine Wirtschaftspolitik, die den Menschen dient und nicht den Profiten einiger  
106 Weniger. Wir wollen, dass die Jugend in Europa eine Zukunft hat und dass in Bildung, Erziehung,  
107 Gesundheit und Soziales investiert wird. Wir wollen ein friedliches Europa. Statt Aufrüstung und dem  
108 Aufbau einer Interventionsarmee wollen wir Abrüstung und Entspannungspolitik. Die Zerstörung des  
109 Klimas und der Umwelt muss gestoppt werden. Wir wehren uns gegen eine Politik, die wesentliche  
110 Bestandteile unseres Lebens, wie Wasser, Luft, intakte Umweltbedingungen, Gesundheit, allein den  
111 Profitinteressen unterordnet. Europa muss beim Klimaschutz vorangehen.

112 Wir streiten für ein demokratisches und weltoffenes Europa, in dem für verschiedene Lebensentwürfe  
113 und Kulturen Platz ist und Menschen in Not geholfen wird. Wir setzen den Rechten und den Neolibera-  
114 len ein Europa der Solidarität, der Demokratie und sozialen Gerechtigkeit entgegen. Gegen den  
115 autoritären Kapitalismus stehen wir für Demokratie, Freiheit und Humanität. DIE LINKE kämpft für ein

116 Europa, in dem die Menschen im Mittelpunkt stehen. Für eine Demokratie, in der wir unsere Stimme  
117 nicht abgeben, sondern in der wir gemeinsam bestimmen, wie wir leben wollen. Sie wird uns nicht  
118 geschenkt werden. Immer noch gilt: Er kämpft das Menschenrecht!

119 Viele werden sagen: das geht doch nicht. Aber wir wissen: Nichts muss so bleiben, wie es ist – wir  
120 können Europa gemeinsam verändern. So, dass das Leben für alle Menschen besser wird. Dafür  
121 brauchen wir: den Mut, uns mit den Mächtigen anzulegen. Mit den Konzernen, die ihre Steuern  
122 hinterziehen, mit den Banken, die sich durch Tricks ihre Gewinne nochmal und nochmal von der  
123 Steuer auszahlen lassen, mit der Wirtschaftslobby, die sich ihre Gesetze selbst schreibt, mit den  
124 Rechten, die gegen Menschen mit anderer Herkunft, Religion oder Hautfarbe mobil machen, mit den  
125 Neoliberalen, die Gelder für ein soziales Europa immer weiter kürzen und stattdessen auf Aufrüstung  
126 und den Aufbau von mehr Militär setzen.

127 Niemand muss sich sagen lassen, es geht nicht anders. Wir haben Vorschläge, wie es besser, sozialer,  
128 ökologischer, gerechter geht. Wir können Europa solidarisch machen. Eine gerechte Alternative muss  
129 das stärken, was die Menschen verbindet. Sie muss das, was für alle da ist, sozial und öffentlich  
130 organisieren. Statt Planung und Entscheidung dem Markt zu überlassen, muss was alle angeht, auch  
131 von allen demokratisch entschieden werden. Wir müssen ändern, wie unsere Wirtschaft funktioniert,  
132 müssen die Kommunen und die Menschen stärken. Wir wollen ein neues Wirtschafts- und Wohl-  
133 standsmodell im Interesse der Mehrheit der Menschen durchsetzen, ein Europa der sozialen Garantien  
134 statt Abstiegsangst, ein Europa ohne Armut und Niedriglöhne.

135 Wir kämpfen für soziale Mindeststandards, für gute Arbeit, eine armutsfeste Rente. Und wir sagen den  
136 Konzernriesen den Kampf an: Niemand darf sich um gerechte Steuern drücken.

137 Wir lehnen Privatisierungen ab und wollen sie auch mit Volksabstimmungen rückgängig machen. Wir  
138 wollen das Öffentliche stärken. Wir wollen, dass bezahlbarer Wohnraum für alle gesichert wird. Wir  
139 wollen mehr bezahlbaren Wohnraum in der ganzen EU schaffen. Wir wollen, dass alle Menschen  
140 Zugang zu guter Gesundheitsversorgung und die Beschäftigten in Pflege und Gesundheit gute  
141 Arbeitsbedingungen haben. Wir wollen Gesundheit und Wohnen dem Markt entziehen und wieder am  
142 gesellschaftlichen Bedarf orientieren. Wir haben einen LINKEN Plan, wie wir das Klima retten, der  
143 sozial gerecht ist. Wir wollen die Energieversorgung in öffentliche und genossenschaftliche Hand  
144 bringen und alle schmutzigen Energiequellen abschalten: wir wollen einen europaweiten Kohle- und  
145 Atomausstieg. Die Europäische Atomgemeinschaft EURATOM, die bis heute die Atomenergie fördert,  
146 muss aufgelöst werden.

147 Dass Aufträge für wirtschaftliche Unternehmungen in der ganzen EU ausgeschrieben werden müssen,  
148 drückt auf Löhne und Qualität und macht es in vielen Fällen unmöglich, vor Ort zu planen und die  
149 Bevölkerung in die Entscheidungen einzubeziehen. Wir wollen weg von kurzfristigen Finanzspekulatio-  
150 nen und regionale, tragfähige, innovative und nachhaltige Strukturen aufbauen. Dazu brauchen wir ein  
151 Programm für Investitionen, die solche regionalen Strukturen aufbauen.

152 Wir wollen Demokratie ausbauen und dafür sorgen, dass es etwas zu entscheiden gibt. Wir wollen,  
153 dass das EU-Parlament ein wirkliches Parlament wird – gleichzeitig soll in der EU nur das entschieden  
154 werden, was dort hingehört. Was in der Kommune gemacht wird, soll auch dort entschieden werden.  
155 Waffen schaffen keinen Frieden! Die Planungen für den EU-Haushalt sehen vor, die Ausgaben für  
156 regionale Förderung um etwa ein Fünftel zu kürzen – zugunsten von Aufrüstung und Grenzschutz. Es  
157 werden Voraussetzungen geschaffen, dass eine eigene EU-Armee aufgebaut werden kann. Wir sagen  
158 nein! Stattdessen legen wir ein Programm für Abrüstung und Entspannung vor.

159 Wir wollen das Sterben an den Grenzen beenden. Die EU macht sich bereit für einen Krieg gegen die  
160 Armen und Geflüchteten der Welt. Die EU hat die europäischen Staaten nach außen nicht friedlicher  
161 gemacht. Die Abschottung der Festung Europa wird mit immer brutaleren Mitteln durchgesetzt. Wir  
162 sagen dagegen: Seenotrettung ist kein Verbrechen, sondern Pflicht, internationales Seerecht und  
163 Selbstverständlichkeit. Wir streiten für solidarische Lösungen, die allen Menschen eine Zukunft  
164 ermöglicht. Die denen, die neu in die Europäische Union kommen, das Recht auf die freie Wahl des  
165 Aufenthalts und eine gleichberechtigte Teilhabe gibt und gleichzeitig die Kommunen, Länder und

166 Staaten bei der Integration und dem Aufbau einer guten sozialen Versorgung für alle Menschen  
167 unterstützt.

168 So wie die Europäische Union ist, darf sie nicht bleiben.

169 Was steht auf der Verpackung der EU? Solidarität, Freiheit, Frieden, ein geeintes Europa. Das wäre  
170 gut. Aber die EU ist so nicht. Freiheit gilt vor allem für Konzerne und Unternehmen: freier Kapitalver-  
171 kehr, freier Fluss von Gütern und Dienstleistungen und Arbeitskräften. Diese Freiheiten haben  
172 Verfassungsrang; die sozialen Rechte der Menschen in der EU haben das nicht. Die »Solidarität« der  
173 neoliberalen Krisenbearbeitung hat viele Menschen in Armut und Verzweiflung gestürzt und einer  
174 Generation von jungen Menschen die Zukunft gestohlen. Statt gleichwertige Lebensverhältnisse für  
175 alle zu schaffen, ist soziale Ungleichheit gewachsen. Gelder, die die Lebensbedingungen der Men-  
176 schen angleichen sollten, werden in großem Stil vom Sozialen in die Aufrüstung umgeschichtet, die  
177 Mitgliedstaaten werden zur Aufrüstung verpflichtet.

178 Viele Menschen erleben die EU als fern von ihnen: Entscheidungen fallen, die sie nicht beeinflussen  
179 können. Sie hören von der EU, wenn erklärt wird, warum Aufträge in der Kommune an billigere Firmen,  
180 die jedoch soziale und ökologische Standards missachten, vergeben werden. Sie hören von ihr, wenn  
181 zentrale Aufgaben der Gesellschaft an private Unternehmen und den Markt übergeben werden – und  
182 dann schlechter werden. Regierungen der Mitgliedsländer, kommunale und regionale Entscheider,  
183 drücken sich unter dem Deckmantel von EU-Beschlüssen vor einer sozialen Politik. Volksentscheide  
184 sind in der EU nicht möglich, die Europäische Bürgerinitiative ist eine Farce. Nicht einmal das von allen  
185 Wahlberechtigten in der EU gewählte Europäische Parlament kann selbst Gesetze einbringen, weil dies  
186 dem Europäischen Rat als Vertreter der jeweiligen Regierungen der Mitgliedsländer vorbehalten ist.  
187 Wir wollen dagegen die Stimmen der Menschen und ihres Parlamentes zur Geltung bringen.

188 Die EU ist in einer Krise. Gemeinsame Lösungen für alle Mitgliedstaaten zu finden, gelingt kaum noch.  
189 Wie oft in der Geschichte soll Aufrüstung politische Einigung ersetzen. Großbritannien verlässt die EU,  
190 in vielen Ländern wächst die extreme Rechte. Sie bedroht das Leben und die Sicherheit vieler  
191 Menschen, sie rufen zum Kulturkampf und greifen nach der Macht in Europa. Doch ausgerechnet die  
192 Parteien, die die Grundlage für den rechten Erfolg gelegt haben – die neoliberalen, konservativen  
193 Parteien und die kraftlose Sozialdemokratie – wollen ihre gescheiterte Politik fortsetzen. Auf die  
194 drängenden Probleme geben sie keine Antworten – oder die falschen. Dabei spielt Deutschland unter  
195 Kanzlerin Merkel – trotz lautstarker Bekenntnisse zur EU, zum Euro und zu internationalen Abkommen  
196 und Absprachen – selbst die Rolle eines Brandstifters statt einer Feuerwehr. Merkels gnadenlose  
197 Verteidigung der deutschen Niedrigpreis- und Hochexportwirtschaft hat die wachsenden Spannungen  
198 in der Eurozone wesentlich mit verursacht. Gegen die wachsende Ungleichheit braucht es Steuerge-  
199 rechtigkeit und eine gerechte Digitalsteuer, die den Internetgiganten ihre Privilegien nimmt. Wir  
200 müssen Privatisierung und Wettbewerb zurückdrängen und die Bedürfnisse der Menschen in der EU  
201 höher bewerten als den Profit für die Unternehmen. Gegen die Klimabedrohung hilft nicht nur ein  
202 bisschen grünerer Kapitalismus, wir müssen die Erhaltung von Natur und Umwelt über den Profit  
203 stellen.

204 Wir überlassen Europa nicht den Rechten und nicht den Neoliberalen. Nicht Macron oder Merkel sind  
205 die Alternative zum Ruck nach rechts. Der Rechtsruck ist Teil einer tiefen politischen Krise und auch  
206 ein Ergebnis der neoliberalen Politik. Erfolg im Kampf gegen rechts kann es nur geben, wenn wir die  
207 Grundlagen ändern, von denen die extreme Rechte zehrt: die unsoziale Politik von Wettbewerbsfähig-  
208 keit, Schuldenbremse, Privatisierung und die Aushöhlung der Demokratie, die die Bundesregierung  
209 vorangetrieben hat. Wir stehen vor einer Weichenstellung: Neustart der Europäischen Union oder eine  
210 autoritäre Entwicklung, die Sozialstaat, Demokratie und Frieden bedroht. Die Macht der Superreichen  
211 und der Konzerne wird immer mehr zur Gefahr für die Demokratie. Die Zeit drängt. Kleine Korrekturen  
212 hier und da reichen nicht. Wir wollen die linke europäische Idee von sozialer Gerechtigkeit, Humanis-  
213 mus und internationaler Solidarität vor ihrer Zerstörung durch die neoliberale Politik der EU bewahren.

214 Die Vorstellung eines geeinten Europas beflügelt die Wünsche und Träume vieler Menschen. Auch von  
215 uns. Denn es gibt ein anderes Europa: das Europa der vielen Menschen, die gegen die Privatisierung  
216 des Wassers knapp zwei Millionen Unterschriften gesammelt haben und so erreicht haben, dass die

217 Wasserversorgung in öffentlicher Hand bleibt – sie wissen, dass der Markt keine gleichwertigen  
218 Lebensverhältnisse schafft. Das Europa der Beschäftigten von Ryanair und Amazon, die über die  
219 Grenzen hinweg einen gemeinsamen Kampf geführt haben für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen  
220 und für Würde und Respekt – sie zeigen, was Solidarität ist. Das Europa der vielen Menschen, die  
221 gegen die unsoziale Austeritätspolitik, gegen Sozialabbau und Lohnkürzungen zusammen mit ihren  
222 Gewerkschaften streiken und demonstrieren. Das Europa der Millionen Menschen, die sich gegen die  
223 Privatisierung von öffentlichem Eigentum eingesetzt haben und die für wirklichen Klimaschutz streiten.  
224 Unzählige, die nicht nur in Deutschland gegen rechte Hetze und Rassismus auf die Straße gehen. Der  
225 Vielen, die an der Seite der Geflüchteten gegen Abschottung und für legale und sichere Fluchtwege  
226 demonstrieren. Das Europa der Frauen, die aufgestanden sind und für ihre Rechte kämpfen – sie  
227 wissen, was Freiheit ist. Das Europa der Menschen, die sich Rüstungsexporten und Kriegseinsätzen in  
228 den Weg stellen – sie wissen, Waffen schaffen keinen Frieden.

229 Viele bewegen sich. Sie sind die Hoffnung. Zusammen sind wir die Zukunft. Zeigen wir das.

## 230 1. Gute Arbeit: gerecht in Europa

231 Millionen Menschen in Europa wünschen sich gute Arbeit, von der sie gut leben können. Aber die  
232 Politik der EU folgt nicht den Interessen der Mehrheit der Beschäftigten, sondern denen einer  
233 Minderheit von Konzerneigentümern, Superreichen und Finanzinvestoren. Während die Profite der 265  
234 größten, börsennotierten Unternehmen aus Europa um 21 Prozent gewachsen sind, haben es  
235 Millionen Menschen in Europa schwer, mit ihrem Lohn über die Runden zu kommen. Das ist die Folge  
236 der Politik der deutschen Regierung, die Folge von einem zu niedrigen Mindestlohn, von – politisch  
237 absichtlich – geschwächten Tarifverträgen, von einem staatlich aufgeblasenen Niedriglohnssektor. DIE  
238 LINKE streitet in Deutschland und Europa für höhere Löhne und gute Arbeit!

239 Jeff Bezos, der Besitzer von Amazon, ist der reichste Mann der Welt. Seine Beschäftigten kämpfen an  
240 vielen Standorten in Europa für die einfachsten Dinge: aufs Klo gehen dürfen, von einer Gewerkschaft  
241 vertreten zu werden, genug zu verdienen, um davon leben zu können. In den USA haben die Beschäf-  
242 tigten bei Amazon erfolgreich für einen Stundenlohn von mindestens 15 Dollar gekämpft. Auch in  
243 Deutschland und Europa gilt: Niemand, der für den reichsten Mann der Welt arbeitet, sollte den Lohn  
244 mit Hartz IV aufstocken oder einen zweiten Job annehmen müssen! Konzerne wie Ryanair und Amazon  
245 haben Lohndumping und Niedriglöhne zum Geschäftsmodell erhoben. Dagegen wehren sich die  
246 Beschäftigten mit Streiks – mittlerweile grenzüberschreitend. Wir stehen an der Seite der Beschäf-  
247 tigten und der Gewerkschaften. Wenn wir gemeinsam durchsetzen, dass auch die Großkonzerne soziale  
248 Verantwortung tragen, können wir die EU im Interesse aller Beschäftigten, im Interesse der Mehrheit,  
249 verändern.

250 In Österreich wurde von der konservativ-rechten Regierung der Zwölf-Stunden-Tag eingeführt. Auch in  
251 Deutschland arbeiten viele Menschen immer länger, um über die Runden zu kommen. Gleichzeitig  
252 finden Millionen Menschen keine Arbeit oder nur Minijobs. Viele Frauen landen in prekärer Teilzeit, die  
253 am Ende zu Altersarmut führen kann – entweder, weil sie keine anderen Verträge bekommen oder  
254 weil sie sich um Kinder und pflegebedürftige Menschen kümmern. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in  
255 Süd- und Osteuropa und befristete Jobs, auch hierzulande, verhindern, dass sich junge Menschen eine  
256 Zukunft aufbauen können. Noch immer verdienen Frauen in der EU im Schnitt 16,1 Prozent weniger  
257 als Männer. Viele Frauen arbeiten zu Niedriglöhnen und in Bereichen, in denen keine Tarifverträge  
258 gelten. Die Arbeit mit den Menschen in der Pflege, Gesundheitsversorgung, Bildung und sozialen  
259 Arbeit wird immer noch viel zu schlecht bezahlt.

260 Die EU will die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit steigern, den EU-Binnenmarkt für die Unterneh-  
261 men weiter öffnen und die Arbeitsmärkte weiter flexibilisieren. Wettbewerb und die Freiheit der  
262 Unternehmen dürfen jedoch nicht über den Schutzrechten für die Beschäftigten und den sozialen  
263 Rechten der Menschen stehen. Statt gute Arbeit für alle in der EU zu schaffen, wird der Kampf um die  
264 besten Köpfe geführt. Was »Flexicurity« genannt wird, zielt darauf, Tarif- und Sozialstandards  
265 abzusenken. So wie die EU aufgestellt ist – und so wie die Bundesregierung in der EU Politik macht –  
266 kommt dabei raus: Niedriglöhne, prekäre Arbeit und Dauerstress.

267 Dem setzen wir entgegen: Gute Arbeit muss für alle Beschäftigten normal werden. Dafür schaffen wir  
268 klare Standards, die von niemandem und nirgendwo unterlaufen werden dürfen: Wir wollen unbefristete  
269 und sozial abgesicherte Arbeit. Arbeit mit Zukunftsperspektiven statt prekäre Jobs. Wir wollen  
270 Arbeitszeiten, die zum Leben passen statt Dauerstress, prekärer Teilzeit und Minijobs.

## 271 Löhne rauf! Wir kämpfen für Löhne, die für ein gutes Leben reichen

272 Die Löhne in Deutschland sind, gemessen an der hohen Produktivität der Arbeit, viel zu gering.  
273 Millionen Beschäftigte leben unter schlechteren Lebensbedingungen als es wirtschaftlich möglich und  
274 sinnvoll wäre. Denn die zu niedrigen Löhne und zu hohen Exporte der deutschen Konzerne sorgen  
275 dafür, dass die Wirtschaft in den anderen EU-Ländern nieder konkurriert wird. Es ist eine Spirale nach  
276 unten: Deutsche Exporte machen Druck auf die Löhne in der EU und dann wird den Beschäftigten in  
277 Deutschland gesagt, dass sie die Standards senken müssen, um konkurrenzfähig zu sein. Wir brechen  
278 mit der Spirale nach unten! Wir brauchen gemeinsame Standards. Viele Menschen haben zu Recht  
279 Angst, dass gemeinsame Standards bedeuten, dass sie schlechter gestellt werden. Wir wollen das  
280 Gegenteil. Gemeinsame Standards muss heißen: Von den Errungenschaften der jeweiligen Länder aus  
281 geht es nur nach oben. Eine Angleichung nach unten muss ausgeschlossen sein. In vielen europäi-  
282 schen Ländern konnte mit Mindestlöhnen eine untere Grenze für die Löhne gezogen werden. Aber  
283 viele dieser Mindestlöhne sind keine existenzsichernden Löhne, sondern weiter Armutslöhne – auch  
284 der Mindestlohn in Deutschland gehört dazu. Tarifverträge und Gewerkschaften werden durch  
285 Maßgaben der EU geschwächt. Nur noch eine Minderheit von Beschäftigten in Europa ist durch  
286 Tarifverträge geschützt. Dazu drückt die Niedriglohnpolitik der Bundesregierung auf die Beschäftigten  
287 anderer Länder und hat Lohndumping auch dort als Ergebnis.

288 Ein Weg zu höheren Löhnen für alle ist:

- 289 – Mindestlöhne zu schaffen, die zum Leben und für eine armutsfeste Rente reichen. Davon sind wir  
290 in vielen Ländern in der EU weit entfernt – auch in Deutschland.
- 291 – Eine solidarische Lohnpolitik in Europa, die in allen Mitgliedstaaten die Spielräume der Produktivi-  
292 tät nutzt und so die Umverteilung von den Beschäftigten zu den Unternehmen stoppt. Das würde  
293 für Deutschland bedeuten, dass die Löhne sofort steigen – und damit der Lebensstandard von  
294 allen.

295 Wir treten für eine verbindliche europäische Mindestlohnregelung ein: Alle EU-Staaten werden dazu  
296 verpflichtet, existenzsichernde Mindestlöhne einzuführen. Dafür müssen sie oberhalb von 60 Prozent  
297 der mittleren Verdienste in den jeweiligen Ländern liegen. Für Deutschland heißt das heute: 12 Euro  
298 Mindestlohn, ohne Ausnahmen. Statt Frontex und die Festung Europa auszubauen, brauchen wir  
299 wirksame Kontrollen für den Mindestlohn, die von den Gemüsefeldern in Griechenland und Spanien  
300 bis zu Schlachthöfen, Bauwirtschaft und Landwirtschaft in ganz Europa reicht.

- 301 – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort: Lohndumping durch Leiharbeit, Werkverträge und  
302 Auslagerungen stoppen! Für Subunternehmen und für einzelne Branchen dürfen keine Ausnahmen  
303 gemacht werden.

304 Es ist ein Erfolg der Gewerkschaften und der linken Parteien, dass die Entsenderichtlinie ausgeweitet  
305 wurde. Jetzt müssen die letzten Ausnahmen fallen – gerade im Transportsektor! Und: Wo keine  
306 Tarifverträge abgeschlossen sind, ist nur der Mindestlohn die Orientierung und drückt damit die  
307 Löhne. Lohndumping können wir nur unterbinden, wenn wir die Tarifverträge wieder ausweiten.

- 308 – Die Umsetzung der Entsenderichtlinie muss konsequent kontrolliert und durchgesetzt werden.
- 309 – Die Troika hat in die Tarifautonomie verschiedener Länder eingegriffen, damit das Lohnniveau  
310 gesenkt und den Wettbewerb nach unten in der ganzen EU verschärft. Wir wollen die Mitglieds-  
311 staaten verpflichten, flächendeckende Tarifverträge statt Tarifflicht zu fördern. Wenn die Tarifbin-  
312 dung abnimmt, müssen die Mitgliedstaaten Gegenmaßnahmen ergreifen. In Deutschland wollen wir  
313 durchsetzen, dass Tarifverträge auf Antrag der Gewerkschaften für allgemeinverbindlich erklärt

- 314 werden können. Damit wollen wir die Tarifbindung stärken und dazu beitragen, dass alle Beschäf-  
315 tigten durch flächendeckende und verbindliche Tarifverträge vor Lohndumping geschützt werden.
- 316 – Das neue EU-Vergaberecht bietet mehr Spielräume, in Bund, Ländern und Kommunen eigene  
317 Kriterien für Vergaben festzulegen. Wir wollen als Kriterien festlegen: Wer ökologisch verträglich  
318 und regional wirtschaftet und Tarifverträge einhält, bekommt den Zuschlag. Kommunen  
319 und Länder dürfen nur Unternehmen zur Ausschreibung von öffentlichen Aufträgen zulassen, die  
320 unter Tarifverträge fallen und in Deutschland einen Vergabe-Mindestlohn von 12 Euro in der Stun-  
321 de einhalten.
  - 322 – Solidarität kennt keine Grenzen: Der Kampf der Beschäftigten von Ryanair an unterschiedlichen  
323 Standorten hat deutlich gemacht: Die Unternehmen nutzen alle Möglichkeiten, um Löhne zu drü-  
324 cken und Standards zu senken. Ryanair hat dabei gegen die Entsenderichtlinie verstoßen. Die  
325 Gegenwehr der Beschäftigten kann und muss über die Grenzen reichen. Wir wollen die Möglichkei-  
326 ten grenzüberschreitender Kämpfe und Streikaktivitäten verbessern. Wirkliche Freiheitsrechte  
327 erfordern einen Schutzrahmen für die Beschäftigten.
- 328 In vielen europäischen Ländern werden mit Verweis auf niedrigere Lebenshaltungskosten niedrigere  
329 Löhne gerechtfertigt. Das Preisniveau für die Bevölkerung ist aber oft ähnlich dem deutschen. Das ist  
330 ein Problem für die Beschäftigten – dort wie hier – und es steht dem Ziel der gleichen Lebensbedin-  
331 gungen in der EU entgegen. Wir wollen die Voraussetzungen für grenzüberschreitende Solidarität und  
332 Kooperation der Belegschaften und Gewerkschaften verbessern.
- 333 – Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit: Wir wollen, dass in den EU-Staaten Arbeit im öffentlichen  
334 und privaten Dienstleistungssektor, in körperlich belastenden Berufen und in der Landwirtschaft  
335 besser entlohnt wird.
- 336 Ein gemeinsamer europäischer Arbeitsmarkt, u. a. Arbeit von Erwerbstätigen im Ausland und die  
337 grenzüberschreitende Entsendung von Arbeitskräften, braucht gemeinsame Regeln, die sich am  
338 Interesse der Beschäftigten, nicht der Konzerneigentümer orientieren. Um Lohn- und Sozialdumping  
339 zu überwinden und den Standort- und Konkurrenzdruck zu verringern, wollen wir gemeinsame  
340 Mindeststandards und starke, einklagbare Rechte für die Beschäftigten durchsetzen – auch bei  
341 grenzüberschreitender Arbeit. Während zum Beispiel in Deutschland viele Beschäftigte nur Minijobs,  
342 Werkverträge oder Verträge mit zu wenig Stunden erhalten, gilt in Frankreich eine Mindeststundenzahl  
343 von 24 Stunden pro Woche für Arbeitsverträge – als Recht der Beschäftigten.
- 344 Wir wollen ein neues Normalarbeitsverhältnis in der EU durchsetzen. Arbeit muss für alle Beschäftigte  
345 sicher und unbefristet, tariflich bezahlt, sozial abgesichert und demokratisch mitgestaltet sein. Das  
346 gilt, egal ob die Arbeit mit Laptop oder Wischmopp, im Pflegekittel oder Blaumann geleistet wird.  
347 Niemand darf dazu gezwungen werden, die Heimat zu verlassen, weil er oder sie keine Arbeit findet  
348 oder der Lohn nicht zum Leben reicht. Alle erhalten gleiche Rechte und eine starke Absicherung für  
349 grenzüberschreitendes Arbeiten.
- 350 – Wir wollen prekäre Arbeit zurückdrängen: Wenn ein Mitgliedstaat einen zu hohen Anteil an  
351 Beschäftigten in unfreiwilliger Teilzeit, Leiharbeit, sachgrundloser Befristung oder im Niedriglohn  
352 hat, wird er verpflichtet, Regulierungen einzuziehen und gute Arbeit zu fördern.
  - 353 – Befristete Beschäftigung ohne Sachgrund abschaffen: In ganz Europa drücken befristete  
354 Arbeitsverträge auf die Löhne und erschweren gewerkschaftliche Organisation und gewerkschaft-  
355 liche Kämpfe. Wenn die Quote der befristeten Arbeitsverträge über fünf Prozent steigt, müssen die  
356 Mitgliedstaaten Gegenmaßnahmen einleiten. Dabei kommt dem Öffentlichen Dienst eine wichtige  
357 Vorbildfunktion zu!
  - 358 – Wir wollen Leiharbeit abschaffen. In der EU gilt: gleicher Lohn für Beschäftigte in Leiharbeit und  
359 Festanstellung. Deutschland unterläuft diese Richtlinie. Wir wollen die Öffnungsklauseln für Leihar-  
360 arbeit ausschließen. Bis dahin müssen sich Unternehmen die Flexibilität mit 10 Prozent zusätzlichem  
361 Lohn über Tarif für Leiharbeitende leisten.
  - 362 – Digitalisierung nicht auf dem Rücken der Beschäftigten: Wir brauchen Regulierung von Plattform-  
363 arbeit, die der digitalen Prekarität etwas entgegensetzt. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten

364 von Deliveroo und anderen Lieferdiensten, die an verschiedenen Orten in Europa um gute Löhne,  
365 Arbeitsverträge, Gesundheitsschutz und gewerkschaftliche Vertretung kämpfen. Die Definition von  
366 »Arbeitnehmer« und »Betrieb« muss in Zeiten des digitalen Kapitalismus angepasst und europaweit  
367 einheitlich gefasst werden. Für Plattformen, Arbeit in der Cloud oder Crowd und für alle anderen  
368 neuen Formen von Betrieben müssen die gleichen Arbeitsstandards und Schutzrechte, wie in  
369 herkömmlichen Betrieben, gelten. Dazu muss ein EU-Rahmen zum Thema Crowdfunding geschaf-  
370 fen werden, damit Mindestlöhne, Arbeitszeitregulierung, Sozialversicherung, Rentenversicherung,  
371 Besteuerung etc. weder ausgehöhlt noch umgangen werden können.

- 372 – Die EU wird mit uns das Recht auf Bildung und Ausbildung sichern und mit EU-Mitteln fördern.
- 373 – In der EU gibt es zu viele Behörden, die im Interesse von Konzernen arbeiten und zu wenige, die  
374 Rechte der Beschäftigten schützen. Die Europäische Arbeitsbehörde wollen wir stärken: Sie  
375 braucht Initiativ- und Sanktionsrechte bei Verstößen gegen Beschäftigtenrechte, Regeln und Ge-  
376 setze. Auch die nationalen Kontrollinstanzen wollen wir stärken.

377 Wir wollen Arbeitszeiten, die zum Leben passen. Arbeit darf nicht krank machen. Wir stoppen  
378 Dauerstress und den Überstundenberg. In allen EU-Ländern muss eine wöchentliche Höchstarbeitszeit  
379 von 40 Stunden eine Grenze sein. Jede Arbeitszeit muss dokumentiert und bezahlt werden. Das wollen  
380 wir mit der Arbeitszeitrichtlinie festsetzen. Wir wollen ein Veto-Recht der Beschäftigten gegen  
381 Dauerstress. Statt Überstunden und Überlastung der Beschäftigten als gegeben hinzunehmen,  
382 schaffen wir einen Mechanismus »mehr Personal statt Überstunden«: Indem wir eine verbindliche  
383 Grenze für Überstunden einführen und die Mitbestimmung bei Personalbemessung und Arbeitsorgani-  
384 sation verbessern.

385 Mit dem neuen Normalarbeitsverhältnis können die Beschäftigten die Arbeitszeit selbstbestimmter  
386 gestalten, mit Arbeitszeiten zwischen 22 und 35 Stunden pro Woche. Alle Beschäftigten erhalten das  
387 Recht auf 22 Stunden pro Woche in ihrem Arbeitsvertrag. Das ermöglicht Frauen und Männer,  
388 gleichberechtigt am Erwerbsleben teilzunehmen und Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeiten zu  
389 gleichen Teilen zu schultern. Und es schafft Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven für junge  
390 Menschen!

## 391 Programm gegen Arbeitslosigkeit und für eine Zukunft für die Jugend

392 15 Prozent der jungen Menschen in der EU sind erwerbslos. In Griechenland, Spanien und Italien sind  
393 es zwischen 30 und 40 Prozent. Eine ganze Generation wird um ihre Zukunft betrogen. Viele sind  
394 gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und nach Möglichkeiten in anderen EU-Ländern zu suchen. Die  
395 EU hat in der Bewältigung der Krise versagt. Alle Parteien sprechen davon, wie sie Jugendarbeitslosig-  
396 keit bekämpfen wollen, aber die »Jugendgarantie« der EU ist wirkungslos: sie ist kraftlos und zu niedrig  
397 geplant. Wir wollen eine Offensive gegen Jugendarbeitslosigkeit.

398 Für viele stellen prekäre Arbeitsbedingungen und schlechte Löhne den »normalen« Einstieg in die  
399 Berufstätigkeit dar. Unsere Normalität sieht anders aus! Wir wollen gute Arbeit für junge Menschen,  
400 mit der sie ihre Zukunft planen können.

401 Wir streiten dafür, ein Beschäftigungsziel für die EU gesetzlich festzuschreiben: Unser Beschäftigungs-  
402 ziel ist Vollbeschäftigung. Dieses Beschäftigungsziel wollen wir auch als Leitlinie für die Europäische  
403 Zentralbank festschreiben.

- 404 – Die Mittel für die Jugendgarantie müssen erhöht werden.
- 405 – Dafür wollen wir in Bildung und Weiterbildung investieren, sozial und ökologisch sinnvolle Innovati-  
406 onen fördern und öffentliche Beschäftigung stärken.
- 407 – Ab fünf Prozent Erwerbslosenquote werden Mitgliedstaaten verpflichtet, ein öffentliches Beschäfti-  
408 gungsprogramm und Schritte für Arbeitszeitverkürzung einzuleiten. Unsere Perspektive für ein  
409 Europa ohne Armut und Arbeitslosigkeit ist: Arbeit gerecht verteilen, Arbeitszeitverkürzung mit  
410 Lohn- und Personalausgleich durchsetzen.

411 Wir wollen die wirtschaftlichen Perspektiven der Menschen vor Ort stärken. Wir investieren in  
412 öffentlichen Dienstleistungen, wir stärken die wirtschaftliche Eigentätigkeit der Kommunen im  
413 sozialen Wohnungsbau, wir schaffen Bildung und Arbeit in der Bildung.

414 Mit Arbeitszeiten rund um die 30-Stunden-Woche kann Erwerbslosigkeit überwunden werden.  
415 Reichtum und Zeit werden gerecht verteilt: eine sozial und ökologisch sinnvolle Perspektive für ein  
416 besseres Leben.

## 417 Demokratie und Mitbestimmung in Arbeit und Unternehmen

418 In der EU ist es um die Demokratie nicht gut bestellt. Wir wollen die Mitbestimmung der Menschen auf  
419 allen Ebenen stärken: in den Parlamenten, in Bund und Ländern, in den Regionen und Kommunen.  
420 Demokratie darf nicht an den Toren der Unternehmen enden: Wir wollen Mitbestimmung der  
421 Beschäftigten stärken. Gewerkschaften und Betriebsräte sollen in regionalen Gremien über Einsatz  
422 von Investitionsmitteln mitentscheiden. Und wir wollen kollektive Unternehmen – Belegschaftsbetrie-  
423 be, Genossenschaften und öffentliche Unternehmen – stärken.

424 – In fast der Hälfte der EU-Mitgliedsstaaten gibt es keine Mitbestimmung. Deshalb haben wir eine  
425 Initiative für mehr Mitbestimmung in den Unternehmen gestartet. Wir wollen, dass für die EU  
426 Mindeststandards zur Beteiligung der Beschäftigten festgelegt werden. Schlupflöcher müssen  
427 geschlossen werden: Unternehmen dürfen sich nicht aus den deutschen Regeln der Mitbestim-  
428 mung schleichen, indem sie den Unternehmenssitz in ein mitbestimmungsfreies Land verlegen  
429 oder eine europäische Aktiengesellschaft (SE) gründen.

430 – Wir wollen europäische Betriebsräte stärken. Die Beschäftigten müssen das Recht haben,  
431 Beschäftigtenvertretungen zu wählen, die im Aufsichtsrat sitzen. Wir schlagen eine europäische  
432 Arbeiterkammer vor, die im Sinne der Beschäftigten in Europa deren soziale, wirtschaftliche und  
433 berufliche Belange vertritt.

434 – Unternehmen, die Profite machen, dürfen keine Massenentlassungen durchführen und Arbeitsplät-  
435 ze vernichten.

436 – Bei Standortverlagerungen haben die Gewerkschaften ein Veto-Recht.

437 – Unternehmen, die Fördermittel, Steuererleichterungen oder andere Anreize von EU, Bund, Land  
438 oder Kommune für die Ansiedlung erhalten haben, dürfen ihre Standorte nur verlagern, wenn sie  
439 für Steuererleichterungen und Fördermittel Ersatz geleistet haben.

440 – Die Europäische Menschenrechtskonvention garantiert ein Streikrecht auch für den Großteil der  
441 Beamten und erlaubt Streiks für Ziele außerhalb der Tarifverhandlungen. In Deutschland ist beides  
442 verboten – Deutschland wurde dafür von der EU gerügt. Wir streiten für ein Recht auf europaweit-  
443 en politischen Streik und eine Weiterentwicklung des Streikrechts: Solidaritätsstreiks in transnati-  
444 onalen Unternehmen müssen möglich sein.

## 445 2. Soziale Absicherung für alle, Armut in Europa abschaffen

446 Für alle Menschen in der EU muss gelten: die Grundbedürfnisse – Wohnen, Gesundheit, Schutz vor  
447 Armut – und sozialen Menschenrechte werden gesichert. Der Vorrang für Markt und Wettbewerb in  
448 Gesundheit und Wohnen haben den Alltag vieler Menschen verschlechtert. Die »Krisenbewältigung«  
449 der EU hat mit den Auflagen und »Reformen« Millionen Menschen in die Krise gestürzt. Was als  
450 »Strukturanpassung« bezeichnet wird, bedeutet für die Menschen zunehmende Verarmung und  
451 Ausgrenzung zugunsten der Profite der Unternehmen.

452 Alle EU-Staaten müssen verpflichtet werden, allen Menschen ein Leben ohne Armut zu ermöglichen.  
453 Das gilt für Erwachsene wie für Kinder und Jugendliche – unabhängig von Herkunft oder Nationalität.  
454 Dazu gehört eine sanktionsfreie Mindestsicherung für Menschen, die keine Erwerbsarbeit haben oder  
455 ausüben können. Sie muss oberhalb der Armutsrisikogrenze des jeweiligen Landes liegen.

456 Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten sind unterschiedlich. Es ist nicht notwendig, sie zu vereinheitli-  
457 chen. Einheitlich muss sein: das Recht auf ein Leben frei von Armut.

458 Dafür braucht es:

- 459 – Einen Rettungsschirm für die Beschäftigten statt für die Banken: Wenn in Krisen die Erwerbslosigkeit stark ansteigt, muss die soziale Absicherung für Betroffene europaweit garantiert werden.
- 460
- 461 – Europäische Arbeitslosenversicherung: Wir wollen, dass in der EU ein Solidar-Fonds eingerichtet
- 462 wird, aus dem im Krisenfall die Sozial- und Arbeitslosensysteme eines Krisenlandes gestützt werden.
- 463 Für diesen Fonds muss gelten: Superreiche und Konzerne des betroffenen Landes werden
- 464 durch Sonderabgaben an den Kosten gerecht beteiligt. Der Solidar-Fonds entlässt die Mitgliedstaaten
- 465 nicht aus der Pflicht, gute Arbeit und gute Ausbildung zu schaffen, den Schutz vor prekärer
- 466 Beschäftigung zu garantieren und eine existenzsichernde Erwerbslosenabsicherung und -
- 467 vermittlung sicherzustellen.
- 468 – Versicherungsleistungen aus den Renten- und Arbeitslosensystemen müssen ohne Verluste in
- 469 verschiedenen EU-Ländern ausgezahlt werden (können). Wir wollen die Frist verkürzen, nach der
- 470 Beschäftigte dem Sozialversicherungssystem des Arbeitsortes unterliegen. Grenzüberschreitendes
- 471 Arbeiten muss gut abgesichert sein.
- 472 – Deutschland tut zu wenig gegen Armut. Das hat auch die EU-Kommission beanstandet. Für eine
- 473 Abschaffung der Armut in Deutschland ist es notwendig, endlich das Hartz-IV-System durch eine
- 474 Erwerbslosenversicherung zu ersetzen und eine individuelle Mindestsicherung ohne Sanktionen in
- 475 Höhe von derzeit 1.050 Euro netto einzuführen. Wir streiten für eine eigenständige Kindergrundsicherung,
- 476 die jedes Kind, jeden Jugendlichen sicher vor Armut schützt. Jedes Kind ist gleich viel
- 477 wert. Gegen Armut wirkt auch: Mehr sozialer Wohnungsbau, ein soziales Grundkontingent an
- 478 Energie, Investitionen in einen besseren und ticketfreien ÖPNV und gebührenfreie Bildung von der
- 479 Kita bis zur Hochschule für alle.

480 Teile der LINKEN vertreten das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf  
481 eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu  
482 entkoppeln und vorsorglich vor Armut zu schützen. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers  
483 diskutiert. Diese Diskussion wollen wir weiterführen. Wir unterstützen Diskussionsinitiativen und  
484 Prüfaufträge zum Grundeinkommen auf europäischer Ebene.

## 485 Die Rentensysteme sicher machen: Raus aus der Privatisierung und aus den 486 Finanzmärkten

487 Über ein Fünftel der Bevölkerung in der EU ist von Altersarmut bedroht oder bereits betroffen. Die EU  
488 muss dafür sorgen, dass in allen EU Staaten ein gesetzliches Rentensystem besteht, in dem die  
489 Renten den Lebensstandard erhalten und sicher gegen Armut schützen – und in dem die Menschen  
490 nicht den Unsicherheiten der Finanzmärkte ausgeliefert sind. Private oder kapitalgedeckte Rentenver-  
491 sicherungen sind nicht geeignet, um diese Sicherheit zu schaffen.

- 492 – Die EU-Staaten müssen mit einer Mindestrente garantieren, dass alle Menschen sicher vor Armut
- 493 geschützt sind. Sie muss oberhalb der Armutsrisikogrenze des jeweiligen Landes liegen: Diese liegt
- 494 bei 60 Prozent des gewichteten mittleren Einkommens (fachpolitisch: des Medianäquivalenzein-
- 495 kommens). In Deutschland streiten wir für eine einkommens- und vermögensgeprüfte solidarische
- 496 Mindestrente von derzeit 1.050 Euro.
- 497 – Die Europäische Kommission hat ein Rentenprodukt entwickelt, das vor allem die Wünsche der
- 498 Finanzlobby bedient. Die Erfahrungen mit der Riester-Rente in Deutschland haben jedoch gezeigt:
- 499 Private Renten rechnen sich für niemanden, außer für die Versicherungswirtschaft. Kapitalgedeckte
- 500 Rentensysteme wollen wir abschaffen und in umlagefinanzierte überführen.
- 501 – In Deutschland kämpfen wir dafür, dass die gesetzliche Rente wieder den Lebensstandard sichert:
- 502 Zurück zu einem Rentenniveau von 53 Prozent und eine Aufwertung von Zeiten im Niedriglohn. Die
- 503 Beiträge der Arbeitgeber müssen dabei über denen der Beschäftigten liegen, wie es im österreichischen
- 504 Modell vorgemacht wird.

### 505 3. Ein gutes Leben für alle in Europa statt Markt und Privatisierung

506 Die EU hat mit ihren Richtlinien und Verträgen für Wettbewerb und Liberalisierung einen großen Anteil  
507 daran, dass weite Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht mehr öffentlich und nach Bedarf  
508 organisiert werden, sondern privat, in öffentlich-privaten Partnerschaften und mit der Orientierung auf  
509 Profit. Wir wollen zentrale Bereiche des Lebens dem Markt entziehen: Gesundheit, Pflege, Wohnen,  
510 Bildung, öffentlicher Nahverkehr, Energie- und Wasserversorgung. Sie haben entscheidenden Anteil  
511 daran, wie sich der Alltag der Menschen anfühlt. Nur Reiche können sich einen »schlanken Staat« und  
512 eine schlecht ausgebaute öffentliche Daseinsvorsorge leisten. Die Verpflichtung auf Wettbewerb,  
513 Privatisierung und Schuldenbremse haben die Versorgung in vielen Bereichen verschlechtert. Wir  
514 kämpfen zusammen mit vielen anderen gegen Austeritätsprogramme; dagegen, dass öffentliche  
515 Infrastruktur und Dienstleistungen privatisiert oder zusammengekürzt werden. Wir wollen das  
516 Öffentliche stärken: Was für alle da ist, muss allen gehören. Der Markt versagt, wenn es darum geht,  
517 bezahlbaren Wohnraum, Mobilität und Gesundheitsversorgung für alle sicherzustellen. Seine Triebkraft  
518 sind nicht die Bedürfnisse der Menschen, sondern Profitinteressen. Für uns hat Profitstreben, hat der  
519 Markt in der öffentlichen Daseinsfürsorge nichts zu suchen, ob in der Kommune oder in der EU. Wir  
520 wollen Gesundheit, Wohnen, Mobilität und Energieversorgung in öffentlicher Hand – nicht als  
521 Ausnahme von den EU-Regelungen, sondern als deren Bestandteil. Die Verträge und Richtlinien der  
522 EU müssen entsprechend geändert werden.

#### 523 Gute Gesundheitsversorgung in ganz Europa

524 Pflege und Gesundheit stecken europaweit in der Krise. Von der EU, von neoliberalen Regierungen  
525 und von der Lobby der Krankenhauskonzerne wird Druck ausgeübt: Krankenhäuser und personennahe  
526 Dienstleistungen werden immer mehr nach Profit und Wettbewerb organisiert – auf Kosten der  
527 Patientinnen und Patienten. Es fehlen Investitionen, Dienstleistungen werden ausgegliedert und im  
528 privaten Wettbewerb unterboten. Die Folge: Es fehlt Personal, Pflegekräfte sind unterbezahlt und  
529 überlastet, in Krankenhäuser wird nicht ausreichend investiert.

530 Zehn Jahre nach der Bankenkrise sind die Folgen von Austerität und Kürzungen im Sozialen ungebro-  
531 chen: Die Maßnahmen der Troika haben in Griechenland einen Elendssektor geschaffen. Viele  
532 Griechinnen und Griechen sind bis heute auf ehrenamtlich organisierte Gesundheitsversorgung  
533 angewiesen – und das in einer reichen Region wie Europa. Millionen Menschen in Europa sind nicht  
534 krankenversichert oder haben keinen Zugang zu Krankenversorgung. Auch in Deutschland werden  
535 Hürden aufgebaut, die Menschen hindern zum Arzt zu gehen – zum Beispiel das Anfang des 2018 in  
536 Kraft getretene sogenannte Leistungsausschlussgesetz, das bestimmte Gruppen von EU-Bürgern fast  
537 vollständig vom Zugang zum regulären Gesundheitssystem ausschließt.

538 – Wir wollen, dass jeder Mensch in der EU ein Recht auf Krankenversicherung und Zugang zu gut  
539 ausgestatteten Gesundheitsleistungen hat. Zugang zu guter Gesundheitsversorgung ist ein Men-  
540 schenrecht und muss gegen Markt, neoliberale Kürzungen und Profitinteressen durchgesetzt  
541 werden.

542 Der gesamte Gesundheitsbereich wird seit den 1990er Jahren immer mehr Markt und Wettbewerb  
543 unterworfen. Die Folge: Die Lebenserwartung von ärmeren Menschen sinkt und vermeidbare  
544 Todesfälle steigen. Stationen oder ganze Krankenhäuser werden geschlossen, weil sie nicht »profita-  
545 bel« sind. Behandlungen, die lukrativ sind, werden bevorzugt. Die Versorgung wird schlechter.

546 Personalmangel und wenig Zeit für die Hygiene kosten Menschenleben. Wir wollen die Gesundheits-  
547 versorgung Markt und Profitstreben entziehen.

548 – Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sind für die Versorgung der Bevölkerung da. Sie werden  
549 über Steuern und Abgaben finanziert und dürfen keinen Gewinn machen.

550 – Wir wollen europaweite Gesundheitskonzernen regulieren und ihnen verbieten, an die Börsen zu  
551 gehen, sie in öffentliches Eigentum überführen und unter demokratische Kontrolle stellen.

- 552 – Pharmakonzerne verkaufen Medikamente zu willkürlich festgelegten Preisen, die sich je nach Land  
553 stark unterscheiden – die Patientinnen und Patienten sind dem ausgeliefert. Wir wollen Medika-  
554 mentenpreise regulieren: Wir brauchen eine europaweite Preisbindung und eine EU-  
555 Notstandsverordnung für Generika.
- 556 – Den Preis für die fetten Profite im Gesundheitsbereich zahlen nicht nur die Patientinnen und  
557 Patienten, sondern auch die Pflegekräfte. Europaweit gilt: »Mehr von euch ist besser für alle!«  
558 Deutschland ist im europäischen Vergleich Schlusslicht beim Verhältnis Patient - Pflegekraft (aktu-  
559 ell 13:1). Die Folgen sind Stress, der krank macht und Burnout für die Beschäftigten, Lücken bei  
560 der Versorgung und der Hygiene, tausende von vermeidbaren Todesfällen bei den Patientinnen und  
561 Patienten. Um annähernd im europäischen Mittelfeld anzukommen und eine bedarfsgerechte  
562 Pflege zu ermöglichen, brauchen wir 100 000 zusätzliche Pflegekräfte in den Krankenhäusern und  
563 40 000 in den stationären Pflegeeinrichtungen. Wollten wir auf das Niveau der Schweiz kommen,  
564 müssten es 300 000 sein, Norwegen liegt sogar noch darüber (Patient - Pflegekraft 5:1).

## 565 Die Pflege-Ketten unterbrechen. Für gute Arbeit in der Pflege überall in der EU

566 Europaweit sind Pflegekräfte knapp. Trotzdem sind die Löhne zu niedrig, besonders Pflegekräfte ohne  
567 Berufsausbildung verdienen oft einen Hungerlohn. In Deutschland sind viele Patientinnen und  
568 Patienten darauf angewiesen, privat eine Pflegekraft zu engagieren, weil sie sich professionelle Pflege  
569 nicht leisten können. Oft sind das Migrantinnen, die in ihren Heimatländern keine Perspektive haben –  
570 und in deren Familien dann andere Frauen Sorge-Aufgaben übernehmen, manchmal sogar aus  
571 Ländern, in denen die Perspektiven noch schlechter sind. So entsteht eine Kette aus prekärer Pflege-  
572 Arbeit. Davon profitieren internationale Gesundheitskonzerne wie Fresenius Helios, der in Deutsch-  
573 land und Spanien dutzende private Kliniken betreiben.

- 574 – Schutz für die Pflegenden aus der EU: Die Lücken des deutschen Pflegesystems dürfen nicht über  
575 Lohndumping und Entrechtung von Pflegenden aus dem (innereuropäischen) Ausland geflickt  
576 werden.
- 577 – Wir wollen solidarische Finanzierungssysteme, wie eine Pflegevollversicherung, die die gesamten  
578 Kosten der Pflege abdeckt – auch die Personalkosten für gute, tariflich bezahlte Pflegekräfte.  
579 Private Pflegefirmen wollen wir regulieren: Pflegeplattformen gehören in öffentliche Hand.
- 580 – Europaweit kämpfen Beschäftigte in der Pflege, ihre Gewerkschaften, Patienteninitiativen und linke  
581 Parteien gegen den Pflegenotstand. DIE LINKE streitet gemeinsam mit Pflegekräften und Gewerk-  
582 schaften für mehr Pflegepersonal und bessere Bedingungen in der Pflege.
- 583 – Für den besonderen Bedarf an qualifiziertem Nachwuchs in Pflege und Gesundheitsbereich legen  
584 wir ein Ausbildungsprogramm auf, mit dem Perspektiven für junge Leute vor Ort eröffnet werden.

585 DIE LINKE will, dass europaweit alle Pflegekräfte gut arbeiten können. Das schaffen wir durch:

- 586 – einen europaweiten Pflegemindestlohn, der alle Tätigkeiten in der (Alten-)Pflege absichert;  
587 – durch eine verbindliche gesetzliche Personalbemessung und europaweite Mindeststandards bei  
588 Löhnen und Personalschlüssel.
- 589 – Die Europäische Dienstleistungsrichtlinie darf im Bereich von Gesundheit und Pflege keine Anwen-  
590 dung finden.
- 591 – Wir wollen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen zurück in die öffentliche Hand von Ländern und  
592 Kommunen bringen. Um den Bedarf vor Ort zu ermitteln, wollen wir »Pflegeräte« schaffen, zusam-  
593 mengesetzt aus Beschäftigten, Gewerkschaften, Kommunen und Patientenvertretungen. Das  
594 Gesundheitssystem muss bedarfsdeckend finanziert werden und eine qualitativ hochwertige Ver-  
595 sorgung für alle sichern.

## 596 Keine Rendite mit der Miete – Wohnen muss bezahlbar sein

597 Steigende Mieten, Verdrängung, Zwangsräumungen, Obdachlosigkeit: Das Kapital walzt durch die  
598 europäischen Städte. Bürogebäude werden hochgezogen, um Steuern zu vermeiden und Luxuswoh-  
599 nungen geschaffen, die sich vor allem das reichste ein Prozent der Bevölkerung leisten kann. Nach der

600 Finanzkrise drängte das Kapital in die Immobilienspekulation. Immobilien sind für Investoren und  
601 Banken lukrativ. Zinsen für Geldanlagen sind niedrig. In Innovation und soziale und ökologisch  
602 nachhaltige Wirtschaftszweige zu investieren, bringt weniger und langsameren Profit. Aber wohnen  
603 müssen die Menschen ja immer! 2008 wurde die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise von einer  
604 Immobilienblase ausgelöst. Daraus wurde nichts gelernt. Spekulation und ungebremsste Mietsteige-  
605 rungen nähren weiterhin Profiterwartungen. Die Staaten investieren wenig in bezahlbaren Wohnraum  
606 – auch getrieben von der Immobilienlobby in ihren Ländern. Die EU verbietet es, Mieten öffentlich zu  
607 subventionieren – außer für besondere Bevölkerungsgruppen, die als »bedürftig« definiert werden. Wir  
608 sagen: Bezahlbarer Wohnraum ist ein Bedürfnis für die Mehrheit der Menschen. Wir wollen, dass sich  
609 der Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen am realen Bedarf orientieren muss – und das sind  
610 in vielen Städten schon mehr als die Hälfte der Bewohnerinnen und Bewohner.

611 Mieterinnen und Mieter in ganz Europa leiden unter dieser Wohnungspolitik. Ein immer größerer Teil  
612 des Lohns geht bei vielen fürs Wohnen drauf. Auch Haus- und Wohnungsbesitzer kommen unter  
613 Druck: Viele verschulden sich, um ein Haus oder eine Wohnung zu kaufen und verlieren ihr Zuhause,  
614 wenn sie die Raten nicht mehr zahlen können.

615 In vielen Ländern spitzt sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt zu. In Irland leben tausende Erwachse-  
616 ne und Kinder in Notunterkünften, weil sie ihre Wohnung verloren haben. Gleichzeitig wächst die  
617 Wirtschaft. In Spanien werden immer noch täglich Menschen zwangsgeräumt. Allein 2017 gab es über  
618 25 000 Zwangsräumungen wegen unterlassener Mietzahlungen und mehr als 15 000 Zwangsräumun-  
619 gen wegen ausstehender Hypothekenzahlungen (Quelle: Amnesty International).

620 – Wir wollen selbst genutzte Erstwohnungen (ausgenommen Luxusimmobilien) von der Pfändung  
621 ausnehmen.

622 – Wir fordern: Schluss mit Räumungen in die Obdachlosigkeit!

623 In Deutschland explodieren die Mieten besonders in den großen Städten, Ballungszentren und  
624 Universitätsstädten – und in den darum gelegenen ländlichen Einzugsgebieten. Immer mehr Men-  
625 schen können sich die Miete nicht leisten. Die Bundesregierung stützt die Vermieter und bremst beim  
626 Bau von bezahlbarem Wohnraum. Die Mietpreibremse der Bundesregierung wirkt nicht. In den letzten  
627 30 Jahren hat sich der Bestand an Sozialwohnungen um zwei Drittel verringert – es fehlen 5 Millionen  
628 Sozialwohnungen. Währenddessen machen Immobilienkonzerne fette Profite. Die Deutsche Wohnen  
629 hat 2017 Rekordgewinne von 1,8 Milliarden Euro gemacht. Der deutschlandweit größte Konzern  
630 Vonovia verzeichnet ebenfalls hohe Gewinne – und will zukünftig stärker in anderen Ländern Europas  
631 tätig werden.

632 In den Metropolen treiben kommerzielle Betreiber von Ferienwohnungen die Mieten zusätzlich in die  
633 Höhe. Konzerne wie Airbnb profitieren davon. Aus vielen Stadtteilen werden Mieter verdrängt. Bei  
634 alldem gilt: Die Investoren verdienen, das Risiko tragen die Menschen.

635 Wir wollen uns die Städte zurückholen. DIE LINKE will, dass Wohnraum garantiert und bezahlbar  
636 gemacht wird. Wohnen ist Teil der Daseinsvorsorge und darf nicht dem Markt überlassen werden.  
637 Gemeinsam mit Mieteninitiativen und Bewegungen in Europa setzen wir uns dafür ein, dass alle eine  
638 bezahlbare Wohnung haben – und legen uns mit den Spekulanten an. Wir wollen die Mietenexplosion  
639 in ganz Europa stoppen. Dazu braucht es:

640 – Investitionen in den sozialen gemeinnützigen Wohnungsbau: Soziale Wohnungsfonds müssen  
641 erhalten, mehr Wohnungen gebaut und durch die öffentliche Hand aufgekauft werden. Wir wollen  
642 Wohnraum Schritt für Schritt dem Markt entziehen.

643 – Wir setzen uns dafür ein, europaweit den Rückkauf von Wohnungen durch öffentliche und  
644 gemeinnützige Träger zu ermöglichen und gehen dabei voran. Mehr Wohnungen in öffentlicher  
645 Hand bedeuten mehr Möglichkeiten, die Mieten niedrig zu halten.

646 – Wir wollen europaweit die Gemeinnützigkeit fördern und setzen uns mit der europäischen  
647 Mietervereinigung für europäische Wohngenossenschaften ein.

- 648 – Sozialen Wohnungsbau in der EU ausbauen! Die EU kann sozialen Wohnungsbau über das  
649 Wettbewerbsrecht einschränken. Für die Immobilien-Lobby werden Spielräume geschaffen. Dage-  
650 gen müssen die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, einen festen Anteil von Sozialwohnungen  
651 nachzuweisen für den dauerhafte Sozialbindung besteht.
- 652 – Der Spekulation einen Riegel vorschieben: Immobilienfonds wollen wir die Zulassung entziehen.  
653 Unternehmen, die mit Wohnraum spekulieren, wird die Börsenzulassung entzogen. Das legt großen  
654 Konzernen wie Vonovia und Deutsche Wohnen das Handwerk. Wir wollen sie in öffentliches Eigen-  
655 tum überführen. DIE LINKE ist Teil der Kampagnen »Vonovia und Deutsche Wohnen & Co. enteig-  
656 nen«!
- 657 – Investoren blockieren oft den Bau: Genehmigte Projekte bleiben Jahre liegen, weil die Investoren  
658 auf weiter steigende Preise hoffen. Das ist schlecht für den Wohnungsmarkt und schlecht für den  
659 Arbeitsmarkt. Der Markt versagt, wenn es darum geht, die notwendigen und bezahlbaren Wohnun-  
660 gen bereitzustellen. Dann müssen die Kommunen selbst bauen. Wir wollen die Investoren aus den  
661 Bauentscheidungen zurückdrängen und die öffentlichen Akteure, Kommunen, Länder und Bund  
662 stärken.
- 663 – Für Deutschland wollen wir, dass alle Mietsteigerungen gestoppt werden, bis ein bundesweiter  
664 Mietspiegel erstellt wurde, der verbindlich Mietobergrenzen ermöglicht. Die Mietpreisbremse der  
665 Bundesregierung versagt. Wir wollen sie durch eine echte Mietpreisbremse ersetzen, die flächen-  
666 deckend, bundesweit, unbefristet und ausnahmslos gilt.
- 667 – Airbnb entmachten und den Plattformkapitalismus regulieren: Konzerne wie Airbnb profitieren von  
668 geringer Regulierung und treiben die Mietpreise besonders in den Städten in die Höhe. Die ange-  
669 bliche »Share economy« ist ein lukratives Geschäftsmodell. Einige Städte (z. B. Berlin) haben Regula-  
670 rien eingeführt, um die Zweckentfremdung von Wohnraum zu verhindern. Das braucht es europa-  
671 weit. Wohnungen dürfen nicht ausschließlich zum Zweck der Vermietung an Touristen verwendet  
672 werden. Wir wollen eine soziale Alternative schaffen: Eine Plattform in öffentlicher Hand statt eines  
673 Konzerns, um freie Zimmer zu vergeben.

#### 674 4. Menschen vor Profite – der LINKE Plan für eine gerechte, soziale 675 und ökologische Wirtschaft

676 Die Regeln und Verträge der Wirtschafts- und Währungsunion orientieren sich an der Förderung von  
677 »Wettbewerbsfähigkeit«. Die Europäische Union in ihrer derzeitigen Form als Wettbewerbsraum richtet  
678 sich vor allem an den Interessen von Konzernen, Banken und Besitzern großer Vermögen aus. Das  
679 heißt Profite von Wenigen stehen über den Interessen der Mehrheit der Menschen in Europa.  
680 Kürzungen bei Sozialausgaben, De-Regulierung der Arbeitswelt und Privatisierung führen zu wachsen-  
681 den Profiten auf der einen, zu sinkenden Löhnen, prekärer Arbeit und sozialer Ungerechtigkeit auf der  
682 anderen Seite.

683 Die Eurokrise ist noch lange nicht überwunden. Die grundlegenden Probleme der Architektur der  
684 Eurozone werden nicht angegangen. Reformen waren kosmetischer Natur. Auch die Vorschläge des  
685 französischen Präsidenten Macron bieten keine Abhilfe, da sie weder an der neoliberalen Politik in der  
686 EU noch an einer Hauptursache für die Krise ändern wollen: die »Exportweltmeisterschaft« der  
687 deutschen Konzerne. Sie ist eine der Ursachen für die wirtschaftlichen Ungleichgewichte und Krisen in  
688 der Eurozone. Die Exportüberschüsse der einen sind die Schulden der anderen. Kehrseite der  
689 »Exportweltmeisterschaft«: Gemessen an der hohen Produktivität sind die Löhne in Deutschland zu  
690 niedrig. Eine linke Wirtschaftspolitik für Europa heißt daher auch: höhere Löhne und öffentliche  
691 Investitionen hierzulande.

692 Die europäische Krisenpolitik der Troika aus Europäischer Zentralbank (EZB), EU-Kommission und  
693 Internationalem Währungsfonds (IWF), unter maßgeblicher Führung der Bundesregierung, hat  
694 Millionen ins Elend gestürzt. Sie hat Banken auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler  
695 gerettet. Sie hat durch die Kürzung von öffentlichen Investitionen, Löhnen und Renten die Rezession  
696 und die Verschuldung in den Krisenländern noch verstärkt. Dabei wurden soziale Menschenrechte  
697 verletzt: Gesundheitsversorgung und Renten gekürzt, Tarifverträge und Rechte von Beschäftigten

698 zerstört und die Privatisierung von öffentlichem Eigentum zu Dumpingpreisen erzwungen. Die Folgen  
699 sind: dramatische Jugendarbeitslosigkeit, erzwungener Abwanderung, Armut und Obdachlosigkeit in  
700 Südeuropa.

701 Die Übertragung des deutschen Modells mit zu niedrigen Löhnen und prekärer Beschäftigung auf die  
702 gesamte EU ist keine Lösung. Eine solche Politik führt zur Ausbreitung von Armut und Arbeitslosigkeit  
703 statt diese zu bekämpfen. Eine weitere Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion unter den  
704 derzeitigen neoliberalen und politischen Vorzeichen, wie von den EU-Institutionen vorangetrieben,  
705 würde den Le Pens, Salvinis und Straches dieses Kontinents bloß weiteren Aufwind geben.

706 Die Kehrseite der Politik der Wettbewerbsfähigkeit und Austerität ist auch hierzulande deutlich  
707 spürbar: In Deutschland ist mittlerweile das Armutsrisiko unter Erwerbslosen das höchste innerhalb  
708 der EU. Privaten Investoren werden alle Türen in Bereichen wie Wohnen, Gesundheitsversorgung,  
709 Bildung, Energieversorgung und Mobilität geöffnet. Es wird nicht in Lebensqualität für alle, sondern in  
710 kurzfristige Profite investiert. So steigt die Gefahr neuer Finanzkrisen. Gleichzeitig zerfällt vielerorts  
711 die öffentliche Infrastruktur. Dringend notwendige Investitionen werden nicht getätigt und stauen sich  
712 auf. Der Reichtum in Europa wächst, Geld ist vorhanden, aber die dringenden Investitionen in Bildung,  
713 Gesundheitsversorgung, bezahlbares Wohnen und Mobilität, in die Energiewende, Klimaschutz und  
714 den ökologischen Umbau der Industrie werden blockiert.

715 Die Ungleichheit zwischen den Regionen in der EU und innerhalb Deutschlands wächst. Die ostdeut-  
716 schen Bundesländer sind weiterhin die größte zusammenhängende strukturschwache Region  
717 Deutschlands. Die EU hat sich selbst das Ziel gegeben, für gleichwertige Lebensverhältnisse in den  
718 Regionen zu sorgen. Doch die neoliberalen Grundlagen und Verträge bestimmen Wirtschaftspolitik als  
719 Förderung von »Wettbewerbsfähigkeit« statt regionale, nachhaltige und sozial gerechte Entwicklung zu  
720 fördern. Real baut die EU-Kommission die bisherige Förderpolitik jedoch zugunsten von Kreditinstru-  
721 menten um, statt sie von der Unübersichtlichkeit und Bürokratie zu befreien. Vorbild für diese  
722 Entwicklung ist der Europäische Fonds für Strategische Investitionen (EFSI), der real eine unkontrol-  
723 lierbare Privatisierung europäischer Fördergelder für strategische Großprojekte darstellt.

724 Wenn im europäischen Wirtschafts- und Währungsraum mit einer Stimme gesprochen wird, dann  
725 müssen statt Wettbewerbsfähigkeit und Profit die Interessen der europäischen Bürgerinnen und  
726 Bürger an erster Stelle stehen. Das erfordert einen grundlegenden Richtungswechsel: von der  
727 neoliberalen Ausrichtung und Verfassung der EU zu einer Wirtschaft, die den Menschen dient.

728 Dafür schlagen wir ein Gesamt-Konzept für eine demokratisch kontrollierte, ökologische und sozial  
729 gerechte Zukunftswirtschaft in Europa vor:

- 730 – In Zeiten des Klimawandels und der sich weiter öffnenden Schere zwischen Arm und Reich stellt  
731 DIE LINKE die Eigentumsfrage: Wir kämpfen für die Überführung der Schlüsselindustrien in öffentli-  
732 ches Eigentum, um die Wirtschaft nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur auszurichten.
- 733 – Die bestehenden Fonds (ESF, EFRE) sind wichtige Instrumente der Kohäsionspolitik der EU. Wir  
734 wollen regionale Akteure bei der Ausgestaltung der Fonds stärker einbeziehen. Dazu müssen  
735 Regularien überprüft und, wo möglich, vereinfacht werden. Den teilweise ehrenamtlichen Struktu-  
736 ren von Förderungsempfängern muss stärker Rechnung getragen werden. Regionale Entwicklungs-  
737 konzepte sollen Grundlage für die Förderung sein, in deren Rahmen auch Förderprogramme flexib-  
738 ler angewendet werden können. Die Eigenanteile bei den Förderprogrammen wollen wir senken,  
739 wo nötig bis auf Null, damit die Förderungen auch wirklich in den strukturschwachen Regionen  
740 ankommen. Stadt-Umland-Kooperationen und Zusammenarbeit zwischen Kommunen sollen bei-  
741 spielsweise mit Regionalbudgets besser gefördert werden.
- 742 – Investitionen, die die Lebensqualität verbessern, soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz sollen die  
743 Orientierung auf Wachstum um jeden Preis ersetzen. Eine solche öffentliche Investitionsoffensive  
744 muss von der Schuldengrenze des sogenannten Stabilitätspakts ausgenommen werden. Öffentli-  
745 che Investitionen müssen nach der Goldenen Regel der Fiskalpolitik kurzfristig von Schuldengren-  
746 zen ausgenommen werden. Der Stabilitäts- und Wachstums- sowie der Fiskalpakt müssen abge-  
747 schafft werden, weil sie verhindern, dass für zukünftige Generationen Vermögen durch Investitio-

- 748       nen geschaffen werden. Wir wollen, dass investiert wird und damit eine soziale und ökologische  
749       Entwicklung in der Wirtschaft auf den Weg gebracht wird.
- 750 – Öffentliche Investitionen müssen daher an folgende Kriterien gebunden werden: wirtschaftliche  
751       Kreisläufe vor Ort und in den Regionen fördern, tariflich abgesicherte gute Arbeit schaffen und die  
752       Bevölkerung vor Ort, Gewerkschaften und Sozialverbände in die Entscheidungen einbeziehen. Dies  
753       schafft insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern eine Perspektive, um wirtschaftlich  
754       aufzuholen.
  - 755 – Statt Investitionen zu blockieren, sollten die Regeln so geändert werden, dass übermäßige  
756       Leistungsbilanzüberschüsse sanktioniert und die Handelsbeziehungen in der EU ausgeglichen  
757       werden. Die EU braucht keinen Finanzminister, der die bisherige falsche Wirtschaftspolitik besser  
758       umsetzt, sondern einen Neustart in der Wirtschaftspolitik.
  - 759 – Eine europäische Industriepolitik für eine sozial-ökologische Wende und die Förderung struktur-  
760       schwacher Regionen.
  - 761 – Finanzmärkte und Banken müssen entmachtet und der Finanzsektor unter demokratische Kontrolle  
762       gebracht und am Gemeinwohl ausgerichtet werden.
  - 763 – Wir wollen die öffentlichen Haushalte von der Diktatur der Finanzmärkte befreien. Kredite des EU-  
764       Krisenfonds und die Währungspolitik der EZB sind bislang an Auflagen gebunden, die zu Lohnsen-  
765       kungen und dem Abbau des Sozialstaates gezwungen haben. Statt der unsozialen und undemokra-  
766       tischen Ausrichtung der EZB und der Troika wollen wir, dass öffentliche Investitionen im Interesse  
767       des Gemeinwohls auch durch EZB-Kredite finanziert werden können: durch vermögensschaffende  
768       Neuverschuldung im Rahmen der Goldenen Regel und über die EZB. Das geht kurzfristig und in  
769       Übereinstimmung mit den EU-Verträgen. Zusätzlich wollen wir Superreiche und Konzerne hierfür  
770       stärker besteuern.

## 771   Wir investieren in die Zukunft

772   DIE LINKE will ein EU-weit koordiniertes Zukunftsprogramm, das Investitionen am gesellschaftlichen  
773   Bedarf, nicht am Profit ausrichtet. Mit öffentlichem Geld müssen öffentliche Investitionen gefördert  
774   werden. Den Juncker-Plan, der über sogenannte »Öffentlich-Private-Partnerschaften« (ÖPP) private  
775   Renditen mit öffentlichen Geldern sichert, lehnen wir daher ab. Statt nationaler Konkurrenz und  
776   Standortwettbewerbs brauchen wir eine aktive, staatliche Politik zur Schaffung von Produktions-  
777   schwerpunkten. Das Investitions- und Zukunftsprogramm muss das Öffentliche stärken, Beschäfti-  
778   gung und Sozialstaat ausbauen und die Daseinsvorsorge im Wesentlichen öffentlich organisieren und  
779   in die Hände der Bevölkerung zurückgeben. So stärken wir auch europäische, regionale und kommu-  
780   nale Demokratie in ihren sozialen Grundlagen.

781   Mit der Europäischen Linken schlagen wir einen Fonds für soziale, inklusive, solidarische und  
782   ökologische Entwicklung vor. Er soll vor allem öffentliche und soziale Dienstleistungen fördern. Der  
783   Fonds muss wie die Investitionsprogramme demokratisch gesteuert werden. Dabei spielen Parlamen-  
784   te, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen eine wichtige Rolle. In unserem Konzept  
785   einer aktiven Wirtschaftspolitik bilden öffentliche Investitionen den Kern. Wir verbinden sie mit einer  
786   Industrie- und Strukturpolitik, die Demokratie in der Wirtschaft voranbringt.

787   Öffentliche Investitionen sollen die öffentliche Daseinsvorsorge stärken. Wir lehnen »Öffentlich-  
788   Private-Partnerschaften« (ÖPP) ab. Dabei kommt nur heraus: die Unternehmen dringen auf Profite, die  
789   auf Kosten der Versorgungsqualität gehen.

790   Die Finanzierung des Zukunftsprogramms geschieht aus bestehenden Förderprogrammen, aus  
791   Umwidmung von Geldern, die für Rüstung und PESCO geplant sind, und aus einer höheren Besteue-  
792   rung von Großkonzernen, großen Vermögen und Spitzeneinkommen in den EU-Staaten.

793   Die Europäische Union muss die Regionen mit gravierendem Entwicklungsrückstand stärken und  
794   zugleich die Stabilität in allen anderen Regionen stützen.

795   Unser Investitionsprogramm über mindestens 500 Milliarden Euro im Jahr schafft:

- 796 – bezahlbaren Wohnraum,

- 797 – eine Mobilitätswende, die Bus und Bahn bezahlbar macht und bessere Verbindungen schafft.
- 798 Initiativen und Kommunen werden bei der Einrichtung von kostenfreiem Schienen- und Nahverkehr
- 799 unterstützt.
- 800 – DIE LINKE steht für eine dezentrale, in den Regionen verankerte Energiewende, die sozial und
- 801 demokratisch ausgestaltet ist.
- 802 – Wir stärken die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen, wie wir
- 803 Energie erzeugen und in wessen Besitz sich Netze, Produktionsanlagen oder auch die Stadtwerke
- 804 befinden. Dabei orientieren wir uns am »Nullemissionsziel«, fördern einen effizienten Umgang mit
- 805 Ressourcen und stärken regionale Wertschöpfungskreisläufe.
- 806 – Es dürfen keine Haushaltsmittel für die Rüstungsforschung und Sicherheitsindustrie zur Verfügung
- 807 gestellt werden. Eine wirksame Jugendförderung und ein gut ausgebauter Bildungsbereich, die
- 808 auch die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen, müssen den Vorrang haben.

809 Wir setzen auf regionale Wirtschafts- und Energiekreisläufe und wollen die Planung in den Regionen so  
 810 gestalten, dass alle beteiligt werden, zum Beispiel durch regionale Sozial- und Wirtschaftsräte.  
 811 DIE LINKE steht für eine dezentrale, in den Regionen verankerte Energiewende, die sozial und  
 812 demokratisch ausgestaltet ist. Die Entscheidung, wie wir Energie erzeugen, wie wir Handel betreiben,  
 813 wie wir produzieren wollen und in wessen Besitz sich Netze, Produktionsanlagen oder auch die  
 814 Stadtwerke befinden, sollen in die Hände der Menschen gelegt werden. Menschen in den Regionen  
 815 müssen Zugang zu guten Leistungen der Daseinsvorsorge haben: von der Gesundheits- bis zur  
 816 Breitbandversorgung, von der Bildung bis zur solidarischen sozialen Sicherung. Wir fördern Geschlech-  
 817 tergerechtigkeit und Bürgerrechte.

## 818 Industriepolitik von links

819 Die EU ist auf Förderung von Wettbewerb und Öffnung von Märkten ausgerichtet. Das macht die  
 820 starken Regionen stärker und die schwachen schwächer. Jetzt wird wieder über Industriepolitik  
 821 diskutiert. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Es enthält das Eingeständnis, dass der Markt es nicht  
 822 richten wird. Umso entschiedener fordert DIE LINKE eine Industriepolitik von links für eine sozial-  
 823 ökologische Wende der Wirtschaft.

824 Das Gelingen einer europäischen Industriepolitik setzt voraus, dass Austerität beendet und die  
 825 Nachfrage im Inneren gestärkt wird. Starke europäische Industrien brauchen gut entwickelte  
 826 öffentliche Dienstleistungen wie Bildung, Forschung, Pflege, Infrastruktur und gut funktionierende  
 827 öffentliche Verwaltungen.

- 828 – Wir brauchen eine koordinierte europäische Industriestrategie, die den Rahmen für Fördermittel
- 829 der EU-Fonds und Kreditvergabe der Europäischen Investitionsbank einheitlich vorgibt. Auf natio-
- 830 nalstaatlicher und regionaler Ebene sollen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, der Gewerk-
- 831 schaften, Unternehmen, Wissenschaft, Umweltverbänden und Zivilgesellschaft in diesem Rahmen
- 832 industriepolitische Zukunftspläne aufstellen.

833 Linke Industriepolitik heißt, dass Investitionen schwerpunktmäßig in strukturschwache Regionen (bzw.  
 834 Regionen mit absehbarem Strukturwandel, z. B. Kohle-Regionen) gelenkt werden. Andernfalls wird es  
 835 nur ein Zukunftsprogramm für starke Regionen werden. Besondere Schwerpunkte sollen dabei u. a.  
 836 auf erneuerbare Energien, flächendeckende digitale Teilhabe sowie auf die Herstellung von Bussen,  
 837 Bahnen und anderen nachhaltigen Verkehrsmitteln gelegt werden.

- 838 – Wir wollen den Globalisierungsfonds der EU auch für Unternehmen unter 500 Beschäftigte öffnen.
- 839 – DIE LINKE tritt für die gezielte Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe ein, um regionale
- 840 Produktion und Verbrauch und damit insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen zu
- 841 stärken. Eine sich selbsttragende Wirtschaft schützt auch Arbeitsplätze vor Ort. Förderkriterien zur
- 842 Strukturmittelvergabe sind für uns vor diesem Hintergrund das Prinzip der guten Arbeit, soziale und
- 843 ökologische Standards.

844 – Wir brauchen demokratische Foren wie regionale Wirtschafts- und Sozialräte oder auch Public-  
845 Equity-Fonds, die u. a. durch Unternehmen mit hohen Treibhausemissionen finanziert werden und  
846 die den Strukturwandel ökologisch und sozialverträglich gestalten können. Wir wollen Gewerk-  
847 schaften, Unternehmen, ökologische Initiativen, Sozialverbände und Bildungsinstitutionen an  
848 Entwicklung und Entscheidungen vor Ort beteiligen.  
849

850 Ab 2021 droht eine Kürzung der Struktur- und Kohäsionsfonds um bis zu zehn Prozent. 2014 wurde  
851 der Fonds Strategischer Investitionen (EFSI) auf den Weg gebracht. Das ist ein bankengestützter  
852 Garantiefonds für Investitionsvorhaben für EU-weite Großprojekte: praktisch eine Privatisierung der  
853 Fördergelder. Mit dem neuen mehrjährigen Finanzrahmen der EU soll der EFSI nun unter dem neuen  
854 Namen »InvestEU« aufgestockt werden. DIE LINKE will keine weitere Privatisierung der EU-  
855 Regionalpolitik. Wir streiten für die öffentliche Kontrolle und Transparenz der EU-Fördermittel. EU-  
856 Förderprogramme für Rüstungsforschung und -produktion einzusetzen, lehnen wir ab. DIE LINKE setzt  
857 sich für die Entbürokratisierung und eine gute Informationspolitik der EU-Regionalpolitik ein. Die  
858 Regionen sollen eine verbindlichere Mitsprache bei der EU-Investitions-, -Struktur- und -Förderpolitik  
859 bekommen. Den Europäischen Ausschuss der Regionen und den Europäischen Wirtschafts- und  
860 Sozialausschuss, in dem Unternehmen, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft vertreten sind, wollen  
861 wir stärken.

## 862 Die Finanzmärkte in ihre Schranken weisen

863 Die Finanzmärkte sind dereguliert worden. Viele Schulden der Banken sind auf die öffentlichen  
864 Haushalte übertragen worden. Die Verursacher der Krise blieben weitgehend ungeschoren.

865 – Wir wollen Schulden von Staaten bei privaten Banken überprüfen und zum Gegenstand eines  
866 demokratischen Prozesses machen. Deshalb fordern wir ein Schuldenaudit (Überprüfung der  
867 Legitimität des Schuldenbestands) und einen substanziellen Schuldenschnitt für illegitime Schul-  
868 den, um Banken und andere private Gläubiger an der Finanzierung zu beteiligen.

869 – Die öffentlichen Haushalte sollen von der Diktatur der Finanzmärkte befreit werden, indem die  
870 Staaten sich auch über die EZB – kurzfristig EU-vertragskonform durch den Ankauf von Anleihen  
871 der EIB sowie nationaler Förderbanken – günstig finanzieren können. Damit die einzelnen Staaten  
872 nicht mehr allein auf die Finanzmärkte angewiesen sind, müssen außerdem gemeinsame Euro-  
873 Bonds unter europäischer parlamentarischer Kontrolle ohne die Verknüpfung mit nachfrage- und  
874 investitionshemmenden Strukturreformen eingeführt werden.

875 Die großen Investmentbanken (Universalbanken) mit ihren riskanten Geschäften können sich nach wie  
876 vor darauf verlassen, dass sie auf Kosten der Steuerzahler gerettet werden. Sie sind immer noch zu  
877 groß und zu stark verknüpft mit anderen Sektoren, um in die Pleite zu gehen wie jeder andere Betrieb,  
878 der nicht gut gewirtschaftet hat.

879 – Wir wollen Banken verkleinern und das Investmentbanking abwickeln. Als ersten Schritt wollen wir  
880 das Investmentbanking von den anderen Geschäftsbereichen isolieren. Alle Banken werden auf ein  
881 solides, auf die Bedürfnisse der Gesellschaft und der Realwirtschaft bezogenes Geschäftsmodell  
882 nach dem Vorbild der Sparkassen und Genossenschaftsbanken verpflichtet:

- 883 1. Abwicklung des Zahlungsverkehrs,
- 884 2. einfachere und sichere Sparinstrumente und
- 885 3. Finanzierung öffentlicher und privater Investitionen.

## 886 Gerecht geht anders: Mit Steuern steuern

887 Die Unternehmen, die die größten Gewinne in der EU machen, zahlen am wenigsten Steuern. Im  
888 Verhältnis zu ihren Gewinnen zahlen Apple, Google, Amazon und Co. weniger Steuern als andere  
889 Unternehmen – und auch weniger als normale Beschäftigte oder der Bäckerladen nebenan.

- 890 Allein in Deutschland fehlen im Jahr Steuereinnahmen aus 55 Milliarden Euro Gewinnen, die in  
 891 Steueroasen verschoben wurden. Die Bundesregierung verzichtet durch ihr lasches Vorgehen gegen  
 892 Steueroasen auf knapp ein Drittel (28 Prozent, Studie Berkeley) ihrer Einnahmen aus Unternehmens-  
 893 steuern – mehr als jedes andere europäische Land. Wir wollen Steueroasen innerhalb und außerhalb  
 894 der EU austrocknen.
- 895 Der private Reichtum in Europa explodiert. Die Reichen werden überall in der EU reicher, Armut breitet  
 896 sich aus. Das ist kein Zufall. Der private Reichtum wird nicht ausreichend durch Steuern dem  
 897 Gemeinwohl zugeführt.
- 898 – DIE LINKE fordert einen EU-weiten Mindeststeuersatz für Unternehmen mit breiten und einheitli-  
 899 chen Bemessungsgrundlagen.
  - 900 – Wir brauchen gemeinsame Mindeststandards für die Besteuerung großer Vermögen und für  
 901 Spitzeneinkommen.
  - 902 – Der Kampf gegen Steuerflucht muss verschärft werden: durch automatische Meldepflichten für  
 903 Banken, die Möglichkeit, verdächtige Guthaben einzufrieren, Entzug von Banklizenzen für nichtko-  
 904 operative Banken und verbesserte Strafverfolgung gegen Steuerhinterziehung und durch Kapital-  
 905 verkehrskontrollen. Doppelbesteuerungsabkommen mit unkooperativen Staaten müssen gekündigt  
 906 werden.
  - 907 – Um Steuertricks von Konzernen – wie die konzerninterne Verschiebung von Gewinnen und  
 908 Verlusten – zu unterbinden, müssen die Steuern ggf. direkt »an der Quelle« erhoben werden. Ban-  
 909 ken, die in Steueroasen operieren, ist die Lizenz zu entziehen.
  - 910 – Beihilfe zur Steuerhinterziehung und zum Steuerbetrug sind kriminell und müssen bestraft werden.  
 911 Die Praxis, sich mit »Cum-Ex« und »Cum-Cum«-Geschäften Profite auf den Finanzmärkten von den  
 912 Steuerzahlern aufstocken zu lassen, müssen schärfer verfolgt und bestraft werden. Banken und  
 913 Steuerberatungsfirmen, die daran beteiligt sind, muss die Zulassung entzogen werden.
  - 914 – Für mehr Transparenz wollen wir eine öffentliche länderspezifische Berichterstattung von Konzer-  
 915 nen über wichtige Kennziffern wie Gewinn, bezahlte Steuern, Umsätze und Beschäftigte auf EU-  
 916 Ebene sowie eine lückenlose Veröffentlichungspflicht in öffentlichen Registern für alle tatsächli-  
 917 chen Eigentümer von Briefkastenfirmen, Stiftungen, Trusts und Immobilien außer Eigennutzung.
  - 918 – Der Hochfrequenzhandel an der Börse muss ausgebremst werden. Dafür richten wir endlich eine  
 919 umfassende Finanztransaktionssteuer von 0,1 Prozent ein, die schädliche Spekulation eindämmt,  
 920 ohne realwirtschaftlichen Investitionen zu schaden.
- 921 Digitalkonzerne zahlen in der Europäischen Union im Schnitt gerade mal neun Prozent Steuern auf  
 922 ihre Profite, während andere Unternehmen im Schnitt 23 Prozent zahlen. Die EU-Staaten verlieren  
 923 dadurch Milliarden Euro an Steuereinnahmen. Google zahlte 2015/16 auf 1 Milliarde Euro Gewinn nur  
 924 3,6 Prozent Steuern. Bis zu 21 Milliarden Euro haben Apples Steuertricks die EU-Mitgliedstaaten  
 925 alleine in den letzten drei Jahren gekostet. Das entspräche einem effektiven Steuersatz von gerade  
 926 einmal 0,7 Prozent. Das europäische System der Unternehmensbesteuerung unterstützt und fördert  
 927 dies. Trotz der von der Europäischen Kommission 2014 eingeleiteten beihilferechtlichen Prüfung  
 928 macht Apple mit dem Steuerraub weiter. DIE LINKE fordert deshalb:
- 929 – Abschreibungsregeln für immaterielle Vermögenswerte und Steuergutschriften für Forschungsaus-  
 930 gaben müssen europaweit soweit angeglichen werden, dass Digitalunternehmen Steuern in selber  
 931 Höhe zahlen, wie die anderen Unternehmen.
  - 932 – Profite müssen in den Ländern besteuert werden, in denen die Nutzer der Digitaldienste sie nutzen  
 933 (virtuelle Betriebsstätte).
  - 934 – Die Bundesregierung darf die Einführung einer Digitalsteuer als Zwischenschritt zur einheitlichen  
 935 Besteuerung nicht weiter behindern. Der vorgeschlagene Steuersatz von drei Prozent ist zu gering.  
 936 Die Höhe des Steuersatzes muss sich am Unterschied der durchschnittlichen Besteuerung von  
 937 Firmen zu der von Internetkonzernen bemessen.

938 5. Klimaschutz kennt keine Grenzen. Für einen sozialen und  
939 ökologischen Neustart

940 Mit LINKS: Das Klima retten

941 Beim Klimaschutz steht es fünf vor zwölf. Wir brauchen eine europäische Energiewende, denn  
942 Treibhausgasemissionen machen nicht an Grenzen Halt. Dennoch bremst die Bundesregierung bei der  
943 Energiewende – in Deutschland und in der Europäischen Union. Sie stellt sich im Abgas-Skandal vor  
944 die Automobilindustrie. Sie setzt keine strengere Begrenzung der Abgaswerte durch – obwohl in  
945 Europa fast eine halbe Million Menschen im Jahr durch Abgase ums Leben kommen. Die EU fördert  
946 weiter klimaschädliche Technologien. Anstatt wie geplant bis 2020 keine fossilen Energieträger mehr  
947 zu subventionieren, fließen Milliarden an Subventionen in den Transportsektor, vor allem über  
948 Steuererleichterungen wie das Dieselprivileg. Die Gaskonzerne erhalten Unterstützung in Milliarden-  
949 höhe für den Ausbau einer überflüssigen Infrastruktur, die sich gegen den notwendigen sozial-  
950 ökologischen Umbau richtet.

951 Diese Politik ist nicht nur umweltfeindlich sondern unsozial. Sie trägt dazu bei, dass immer mehr  
952 Regionen der Erde unbewohnbar werden. Das Wetter wird extremer. Naturkatastrophen werden  
953 häufiger. Menschen verlieren Eigentum oder müssen ihre Heimat verlassen, viele verlieren ihr Leben.

954 Auch wenn es in der EU Vorstöße gibt, erneuerbare Energien zu stärken, geht es doch in zentralen  
955 Bereichen nicht um echten Klimaschutz. Die sogenannte Energieunion zielt auf die Sicherung billiger  
956 Importe von Öl und Gas aus anderen Teilen der Welt. Mit den geplanten transeuropäischen Netzen im  
957 Strom- und Gassektor, mit einer Energie-Außenpolitik, die Öl- und Gasimporte sichern soll, verfolgt sie  
958 ein zentralistisches und fossiles Energiekonzept. Die Macht der Energiekonzerne bleibt unangetastet.

959 Wir können den Klimawandel noch stoppen: Selbst die Klimaziele 2020, die die Bundesregierung  
960 aufgegeben hat, könnten noch erreicht werden, wenn sofort die 20 schmutzigsten Kraftwerke  
961 abgestellt werden würden. Um die Erderwärmung noch auf 1,5 Grad zu begrenzen, braucht es  
962 grundlegende Änderungen in allen Bereichen der Wirtschaft und des Lebens. Das stellte der Welt-  
963 klimarat im Herbst 2018 fest. Das ist das Ziel LINKER Klimapolitik.

964 Was steht dem Umbau im Weg? Kurz: Profitinteressen. Wir wollen eine Wirtschaftsweise, die auf  
965 erneuerbaren Energien basiert, nicht auf Kohle und Atom. Die regionale Kreisläufe stärkt, statt einer  
966 über Europa und die Welt verstreuten Produktion mit langen Transportwegen. Wir wollen eine  
967 effiziente Wirtschaft, um Ressourcen und Atmosphäre zu schonen. Wir streiten für zukunftsfähige  
968 Verkehrsmodelle, bei der der Autoverkehr nicht mehr die Städte verstopft und alle bequem dort  
969 ankommen, wo sie hinwollen: mehr Mobilität mit weniger Verkehr und mehr Lebensqualität. Wir  
970 wollen einen öffentlichen Nahverkehr, der qualitativ besser und ticketlos wird, Städte und Gemeinden,  
971 in denen es Spaß macht Rad zu fahren und zu Fuß zu gehen. Wir wollen Transporte vermindern und  
972 möglichst auf die Schiene bringen, um Schwerlastverkehr zu reduzieren. Wir wollen eine ökologische  
973 Landwirtschaft und gesunde Lebensmittel, die sich alle leisten können.

974 Technologisch wäre ein sozialer und ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft längst  
975 möglich. Auch das Geld für die Investitionen ist da. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass der Wandel  
976 nicht an Profit- und Eigentumsinteressen scheitert. Ob wir das schaffen, daran entscheidet sich die  
977 Zukunft des Kontinents – und wahrscheinlich auch der Menschheit.

978 Hunderttausende Menschen kämpfen seit langem für diesen Umbau. In Umwelt-, Verbraucher- und  
979 Sozialverbänden, in alten und in neuen Bewegungen. Zehntausende Menschen protestierten gegen die  
980 Rodung des uralten Hambacher Forsts und haben vorerst verhindert, dass der Wald dem Kohleabbau  
981 weichen muss. Solche Klimabewegungen haben sich europaweit vernetzt. Wir LINKE stehen an ihrer  
982 Seite. Die Schonzeit der Konzerne muss vorbei sein. Wir stehen in diesem Kampf an der Seite von  
983 Gewerkschaften und Kommunen, wenn sie in Brüssel und Berlin Strukturwandelhilfen für den Umbau  
984 einfordern. Dieser Umbau muss mit und nicht gegen die Beschäftigten und Regionen erfolgen. Die

985 Beseitigung von Umweltschäden müssen von den Unternehmen bezahlt werden, die sie verursachen -  
986 dies gilt auch für die langfristige Nachsorge.

987 Die Energiewende wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie sozial gerecht ist. Wir kämpfen für eine  
988 Versorgung mit Strom, Wärme und Wasser – nicht in der Hand von Konzernen, sondern von Bürgerin-  
989 nen und Bürgern, von Kommunen und Genossenschaften. Wir wollen ihre Erzeugung und Verteilung so  
990 dezentral wie möglich und so zentral wie nötig organisieren. Wir werden dafür kämpfen, dass alle  
991 bezahlbaren Zugang zu Energie und Wasser haben.

992 Die vorübergehenden Mehrkosten der Energiewende wollen wir auf alle starken Schultern verteilen,  
993 auch die Industrie muss sich endlich daran beteiligen. Wir kämpfen gegen Energiearmut und Energie-  
994 sperren. DIE LINKE streitet dafür, dass die Vormachtstellung von Großkonzernen in der Energieversor-  
995 gung beendet und die Energieversorgung umfassend bürgernah organisiert wird: Wir wollen Stadtwer-  
996 ke und Energiegenossenschaften fördern statt Privatisierung und Spekulation.

997 Insgesamt muss die EU-Klimapolitik am Hauptziel des Pariser Klimaschutzabkommens ausgerichtet  
998 werden: die Erderwärmung auf mindestens 2 Grad, möglichst aber auf 1,5 Grad gegenüber vorindust-  
999 riellen Werten zu begrenzen. Die bestehenden Ziele, Regularien und Instrumente der EU sind weit  
1000 entfernt davon, diesem Ziel zu dienen. Darum brauchen wir einen europäischen Klimaschutzplan:

- 1001 – Energie: Der Kohleausstieg muss europaweit sofort beginnen und bis 2035 abgeschlossen sein.  
1002 Wir wollen keine neue fossile Infrastruktur. Erneuerbare Energien müssen ausgebaut werden -  
1003 bürgernah. Atomkraft und Fracking erteilen wir eine Absage.
- 1004 – Agrar: Wir setzen auf nachhaltige Landwirtschaft und regionale Kreisläufe statt langer Transport-  
1005 wege.
- 1006 – Verkehr: Wir verlagern einen Großteil des Güterverkehrs und innereuropäischen Flugverkehrs auf  
1007 die Schiene.
- 1008 – Mobilität: Autofreie Innenstädte fördern, in Bus und Bahn investieren. Im ticketlosen und flächen-  
1009 deckend gut ausgebauten ÖPNV fahren alle mit.
- 1010 – Die großen Energiekonzerne sind faktische Monopole. Die großen Energiekonzern wollen wir  
1011 vergesellschaften. Wir wollen Demokratie und öffentliches, genossenschaftliches Eigentum in der  
1012 Energieversorgung stärken: Stadtwerke und Energiegenossenschaften in Bürgerhand. Die bisheri-  
1013 gen rechtlichen europäischen Hürden (z. B. Vergabegesetz) sind entsprechend zu ändern.

1014 Bis zum Jahr 2040 muss die Energieerzeugung vollständig aus erneuerbaren Quellen und hauptsäch-  
1015 lich dezentral organisiert sein.

- 1016 – Die EU-Emissionen von klimaschädlichen Treibhausgasen müssen bis 2030 um mindestens  
1017 60 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden, bis zum Jahr 2050 um 95 Prozent.
- 1018 – Der Emissionshandel hat als zentrales Klimaschutzinstrument der EU komplett versagt. Auch nach  
1019 seiner Reform wird es noch ein Jahrzehnt dauern, bis er relevante Wirkungen im Sinne des Klima-  
1020 schutzes haben wird. Darum muss er ergänzt werden durch nationale Abschaltpläne für Kohle-  
1021 kraftwerke in Verbindung mit europäischen bzw. regionalen CO<sub>2</sub>-Mindestpreisen bzw. Begrenzun-  
1022 gen von Vollaststunden (Nutzungsgrad der Anlage) für jeweils verbliebene Meiler. Deutschland soll  
1023 hier seine europäische Verantwortung wahrnehmen, indem es zunächst die 20 ältesten Braunkoh-  
1024 lemeiler über 100 MW Leistung bis 2020 stilllegt und die verbleibenden Kohlekraftwerke drosselt.  
1025 Zwischen 2030 und 2035 muss der letzte deutsche Kohlemeiler vom Netz.
- 1026 – Es braucht in der EU eine öffentliche Emissionsbremse! Öffentliches Geld darf nicht mehr in  
1027 Konzerne investiert werden, die Geschäfte mit fossilen Energieträgern machen.
- 1028 – Der Einstieg in den Kohleausstieg muss europaweit mit Investitionshilfen und einer sozialen  
1029 Abfederung des Strukturwandels verbunden werden. Kohlekraftwerke dürfen nicht über sogenann-  
1030 te »Kapazitätsmärkte« subventioniert werden. Dies muss in der europäischen Verordnung zum  
1031 Strommarkt verboten werden. Dies ist ein Beitrag zur Klimagerechtigkeit. Dafür brauchen wir  
1032 entsprechende Regelungen im europäischen Beihilferecht. Der Kohleausstieg darf nicht auf dem  
1033 Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. In Deutschland wollen wir aus Bundesmitteln

- 1034 500 Millionen Euro bereitstellen, um den Strukturwandel in den Braunkohleregionen zu unterstüt-  
1035 zen und sozial abzusichern.
- 1036 – Der Anteil erneuerbarer Energien am Verbrauch in der EU muss bis 2030 auf mindestens  
1037 45 Prozent ansteigen, bis 2040 auf 100 Prozent. In Deutschland muss hier wieder Vorreiter werden  
1038 und alle Ausbaudeckel abschaffen.
- 1039 – Die Produktion von erneuerbaren Energien, insbesondere Agroenergien, muss nachhaltig sein. Bio-  
1040 Energien dürfen nicht die Nahrungsmittelversorgung oder Biodiversität gefährden. Landgrabbing  
1041 und Importe von Agrotreibstoffen aus dem globalen Süden lehnen wir ab.
- 1042 – Europaweit sollen Kommunen an den Erträgen aus Wind- und Solarkraft beteiligt werden, die  
1043 Investoren auf dem Gemeindegebiet erwirtschaften.
- 1044 – DIE LINKE kämpft für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Die europäische Vertragsge-  
1045 meinschaft Euratom muss gekündigt und aufgelöst werden. Die europäische Kommission darf in  
1046 Zukunft keine staatlichen Beihilfen mehr für den Bau von neuen Atomkraftwerken genehmigen.
- 1047 – Die Vorgaben für die Wirtschaft zu Energiesparen und die Energieeffizienzrichtlinie müssen  
1048 verschärft werden. Der Primärenergieverbrauch soll in der EU gegenüber dem Jahr 2000 um  
1049 40 Prozent bis 2030 und um 60 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts sinken.
- 1050 – Die energetische Sanierung des Gebäudebestandes wird europaweit eine Herausforderung, auch  
1051 für die Sozialpolitik. Wir wollen verhindern, dass die energetische Sanierung dazu genutzt wird, die  
1052 Mieten hochzutreiben: durch bessere öffentliche Förderung und mit einer wirksamen Mietpreis-  
1053 bremsen.
- 1054 – DIE LINKE wendet sich gegen Importe von »liquefied natural gas« (LNG) in die EU und gegen den  
1055 Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur für die Anlandung und Verteilung und gegen zusätzliche  
1056 Erdgaspipelines.
- 1057 – Wir lehnen die durch Verpressung von Chemikalien unterstützte Förderung von Erdöl und Erdgas  
1058 (Fracking) ab.
- 1059 – Wir wollen den Vorrang für öffentliche und genossenschaftliche Eigentumsformen in der Daseins-  
1060 vorsorge durchsetzen. Dienstleistungen sind für den Bedarf der Menschen da, nicht damit Unter-  
1061 nehmen Profite machen.
- 1062 – Wir werden die Energiearmut bekämpfen. Der Zugang zu Energie und Wasser sind soziale Grund-  
1063 rechte – dies muss in der europäischen Gesetzgebung verankert werden. Wir wollen keine Strom-  
1064 sperren in Europa und den Zugang zu Energie für alle. Energie darf für einkommensschwache  
1065 Haushalte nicht zum Luxusgut werden. Staatliche Strompreisaufsichten müssen in allen Mitglied-  
1066 staaten der EU die Entwicklung der Strompreise kontrollieren.

1067 Die Wettbewerbspolitik der EU will alle öffentlichen Dienstleistungen, auch die Versorgung mit  
1068 Energie, den europäischen Binnenmarktregeln unterwerfen. Europas Konzerne sollen mit Dienstlei-  
1069 stungen im öffentlichen Sektor (z. B. Energie, Wasser, Gesundheit, öffentlicher Verkehr) Profite machen  
1070 können. Wir lehnen das ab und wollen stattdessen ein Grundrecht auf Energie und Wasser.

## 1071 Mehr Mobilität mit weniger Verkehr

1072 Die Verkehrsverhältnisse sind ungerecht und machen krank. Mehr Autoverkehr bedeutet mehr  
1073 Belastung mit CO<sub>2</sub>, Stickoxiden und Feinstaub. Für gute Alternativen wie Bus, Bahn und den Ausbau  
1074 von Schienen und Radwegen wird zu wenig Geld ausgegeben. Die Bundesregierung muss sich an die  
1075 strengen europäischen Abgasvorschriften halten und darf nicht einseitig erhöhte Abgasemissionen  
1076 zulassen.

1077 Verkehr ist eine zentrale Ursache für Klimawandel und Umweltverschmutzung. Der Betrug der  
1078 Autoindustrie hat gezeigt: es wird höchste Zeit, dass verbindliche Regeln durchgesetzt werden. Die EU  
1079 hat mit der Lissabon-Strategie auch billige Flugverbindungen gefördert. Billig fliegen heißt: schlechte  
1080 Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, schlechte Sicherheitsstandards, hohe Umweltverschmut-  
1081 zung. DIE LINKE unterstützt die Beschäftigten von Ryanair, die sich europaweit für ihre Arbeitsrechte  
1082 und eine bessere Bezahlung einsetzen. Wir fordern verbindliche Sozialstandards für alle Beschäftigten  
1083 des europäischen Luftverkehrs.

1084 Wir wollen eine Verkehrswende: Wir fördern Öffentlichen Nahverkehr, bauen europaweit das Schie-  
1085 nennetz aus, machen Radverkehr attraktiver und schaffen die Förderung der EU für neue Straßen und  
1086 Flughäfen ab. Viele Kommunen sind mit guten Modellprojekten voran gegangen. Davon können wir  
1087 lernen. Flächendeckende bezahlbare Mobilität für alle durch den Ausbau des ÖPNV ist zu verbessern  
1088 anstatt ohne Verkehrsreduzierung Diesel- und Otto-Motoren gegen E-Motoren auszutauschen.  
1089 Letzteres nützt nur den Automobilkonzernen.

1090 Viele Menschen in Europa können sich keine Tickets leisten. Unser Ziel ist, europaweit den Öffentli-  
1091 chen Nahverkehr ticketfrei zu machen: Die alltäglichen Ziele erreichen, alle fahren mit. Schritte dahin  
1092 sind:

- 1093 – Ein Förderprogramm, bei dem der Nahverkehr verbessert und die Fahrpreise bis zum Nulltarif  
1094 gesenkt werden. Kinder und Jugendliche haben freie Fahrt. Wir wollen Modellprojekte mit kosten-  
1095 freiem Nahverkehr in den Städten mit der größten Luftbelastung.
- 1096 – Die Eisenbahn muss zur Flächenbahn mit schnellen Verbindungen entwickelt werden; reine  
1097 Highspeed-Bahnen nützen den meisten Fahrgästen nichts. Ein beträchtlicher Teil des innereuropäi-  
1098 schen Flugverkehrs muss auf die Schiene verlagert werden. Das europäische Nachtzug-Netz muss  
1099 dafür ausgebaut werden. Wir treten für die Einführung eines europaweiten integralen Taktfahrpla-  
1100 nes und eines gemeinsamen Ticketbuchungssystems ein, um grenzüberschreitendes Bahnfahren  
1101 gegenüber dem Fliegen attraktiver zu machen.
- 1102 – Die EU plant die Eisenbahninfrastruktur vom -betrieb zu trennen, wir lehnen das ab. Wir unterstüt-  
1103 zen die europäischen Bahngewerkschaften und die Europäische Transportarbeiterföderation (ETF)  
1104 in ihrem Einsatz gegen eine weitere Liberalisierung im Eisenbahnbereich und die Zerschlagung  
1105 bisheriger, überwiegend noch in öffentlicher Hand befindlicher Eisenbahngesellschaften. Öffentli-  
1106 che Bahnen und der ÖPNV dürfen nicht Wettbewerb und Kommerzialisierung geopfert werden.
- 1107 – Wir wollen Zugtickets bezahlbar machen und Verbraucherrechte stärken.
- 1108 – Geld für öffentlichen Verkehr statt Militär: Die EU plant, 6,5 Milliarden Euro auszugeben, um  
1109 Brücken, Häfen, Eisenbahnlinien und Straßen in Europa panzerfähig zu machen. In der Connecting  
1110 Europe Facility werden erstmals Gelder für militärische Mobilität bereitgestellt. Wir wollen dieses  
1111 Geld in den Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs investieren.
- 1112 – Die LKW-Maut soll in der ganzen EU für Lkw ab 3,5 Tonnen verbindlich werden, externe Kosten  
1113 durch Luftverschmutzung, Lärm und Klimabelastung müssen in voller Höhe angelastet werden. Wir  
1114 wollen die Lenkzeiten der LKW-Fahrerinnen und -Fahrer verkürzen und die Ruhezeiten verlängern.  
1115 Die Sozialvorschriften EU müssen eingehalten werden. Wir wollen, dass die Entsenderichtlinie auch  
1116 für den Transpostsektor gilt, so dass es keinen Wettbewerb nach unten bei den Arbeitsstandards  
1117 und den Löhnen der Fahrerinnen und Fahrer aus unterschiedlichen Ländern gibt.
- 1118 – Die Bundesregierung muss sich an die strengen europäischen Abgasvorschriften halten und darf  
1119 nicht einseitig erhöhte Abgasemissionen zulassen.

## 1120 Ressourcen schützen

1121 Wir wollen weniger Rohstoffe verbrauchen, natürliche Ressourcen schützen den Flächenverbrauch und  
1122 Abfall reduzieren. In der Zukunft brauchen wir dafür eine möglichst vollständige Kreislaufwirtschaft. In  
1123 Deutschland und der EU ist dafür notwendig:

- 1124 – Lang haltbare Produkte machen wir attraktiver, auf nicht erneuerbare Rohstoffe und Einwegverpa-  
1125 ckungen werden Abgaben erhoben. Wir wollen Produkte und Geräte, die von hoher Qualität sind,  
1126 eine lange Lebensdauer besitzen, reparierbar sind und deren Komponenten weitgehend wieder-  
1127 oder weiterverwendet werden können.

1128 Wir wollen verbindliche ökologische und soziale Standards für den Abbau von Rohstoffen. Die  
1129 Sorgfaltspflicht muss entlang der gesamten Lieferkette eingehalten werden – einschließlich von  
1130 Mineralien aus Konflikt- und Hochrisikogebieten und der Produkte, die solche Ressourcen enthalten.

- 1131 – Unternehmen müssen dazu verpflichtet werden, öffentlich über soziale und ökologische Standards
- 1132 der von ihnen verwendeten Ressourcen Bericht zu erstatten. Sie müssen für die Folgen ihrer Ge-
- 1133 schäfte international zur Verantwortung gezogen werden können.
- 1134 – Die Nutzung von Kunststoffen wollen wir drastisch reduzieren. Durch eine EU-Plastikstrategie
- 1135 wollen wir die Verwendung von Kunststoffen so weit wie möglich gegen Null führen und Mikroplas-
- 1136 tik verbieten.

## 1137 Für eine gerechte und ökologische Landwirtschaft

- 1138 Die Landwirtschaft wird in der EU und durch die EU liberalisiert und globalen Agrarmärkten ausgelie-
- 1139 fert. Industrielle Formen der Agrarerzeugung machen Druck. In ländlichen Regionen gehen Arbeits-
- 1140 plätze verloren. Gleichzeitig werden durch Subventionen europäische Landwirtschaftsprodukte bis auf
- 1141 die Märkte im globalen Süden verbreitet: Es ist das subventionierte Hühnerklein aus der EU, das in
- 1142 Afrika die Menschen um ihre Lebensgrundlage bringt.
- 1143 Wir setzen auf regionale Kreisläufe und eine sozial und ökologisch verträgliche, nachhaltige Landwirt-
- 1144 schaft, die den Lebensstandard der Menschen innerhalb und außerhalb der EU sichert. Wir wollen eine
- 1145 Landwirtschaft, die gesunde Nahrungsmittel produziert und die Umwelt und Landschaft schützt.
- 1146 Wir wollen die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) zu einer Politik weiterentwickeln, die zur Lösung der
- 1147 wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme beiträgt. Die Strukturfonds wollen wir so
- 1148 umbauen, dass soziale und ökologische Kriterien verpflichtend für eine Subventionszahlung sind.
- 1149 – Gute Arbeit in der Landwirtschaft mit flächendeckenden Mindestlöhnen sozialversicherungspflich-
- 1150 tiger Arbeitsplätze muss auch für mitarbeitende Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte Nor-
- 1151 malität sein. Ausbildung und Beschäftigung für Menschen mit Behinderungen sowie die Anrech-
- 1152 nung der Arbeitskosten bei Großbetrieben sollen überprüfbare Voraussetzungen für die Zahlung
- 1153 von Prämien aus dem Agrar-Etat der EU werden.
- 1154 – Mehr Bienen, mehr Käfer: Wir wollen den Einsatz von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln
- 1155 und chemischen Unkrautvernichtern drastisch reduzieren. Zulassungsbedingungen von Chemika-
- 1156 lien wollen wir rigoros verschärfen. Wir wollen Landwirtinnen und Landwirte darin unterstützen, die
- 1157 Arten- und Biotopvielfalt zu erhalten und wiederherzustellen. Insekten, Wirbellose, Klein- und
- 1158 Großsäuger, Vögel und verschiedene Pflanzenarten sind auf eine strukturierte Kulturlandschaft und
- 1159 auf schadstoffarme Bewirtschaftung angewiesen.
- 1160 – Wir unterstützen Weidetierhaltung durch eine gekoppelte Prämie und finanzieren Herdenschutz-
- 1161 maßnahmen.
- 1162 – Die EU muss ihre Orientierung auf Wettbewerb und Export aufgeben. Stattdessen sollen regionale
- 1163 Erzeugung, Verarbeitung und Wertschöpfung gefördert werden.
- 1164 – Statt mit Freihandelsabkommen wollen wir faire internationale Handelsbeziehungen für nachhaltig
- 1165 produzierte Agrarprodukte und Rohstoffe.
- 1166 – Futtermittelimporte in die EU wollen wir reduzieren.
- 1167 – In der Erzeugerkette muss es eine faire Gewinn- und Risikoverteilung geben. Produzierende, die
- 1168 das größte Risiko tragen, müssen auch den größten Gewinn erhalten. So bleiben Lebensmittel
- 1169 erschwinglich und können kostendeckend produziert werden.
- 1170 – Wir wollen Landgrabbing verbieten. Verkauf bzw. Überlassung großer Landflächen an wenige
- 1171 Konzerne zerstört die Lebensgrundlagen der einheimischen Bevölkerung und führt zu Hunger,
- 1172 Vertreibung und Flucht. Boden ist keine handelbare Ware. Die Bodenspekulation muss beendet
- 1173 werden und landwirtschaftliche Fläche vor Ort wirtschaftenden Landwirtinnen und Landwirten zur
- 1174 Verfügung stehen.
- 1175 – Wir wollen Massentierhaltung, die nicht tiergerecht und umweltgerecht ist, verbieten. Lebendtier-
- 1176 transporte müssen drastisch eingeschränkt werden.
- 1177 – Gentechnik in der Landwirtschaft und Patente auf Pflanzen, Tiere und anderes Leben lehnen wir ab.
- 1178 Das uneingeschränkte Recht auf freien Nachbau des Saatgutes muss wiederhergestellt, Konzerne
- 1179 wie Monsanto, entmachtet werden.

1180 – Die Wälder in der EU müssen nachhaltig bewirtschaftet werden. Der illegale Holzhandel muss  
1181 stärker bekämpft werden. In waldarmen europäischen Ländern soll verstärkt aufgeforstet werden.

1182 Gemeinsam mit dem Bündnis »Wir haben es satt« fordert DIE LINKE, dass die EU in Zukunft eine tier-,  
1183 klima- und umweltgerechte Landwirtschaft fördert und dass die Bäuerinnen und Bauern, die das schon  
1184 heute umsetzen, faire Preise bekommen.

## 1185 Die Meere schützen, Überfischung stoppen

1186 Die Meere sind an vielen Orten leergefischt – mit Unterstützung und Subventionen der EU und oft  
1187 illegal. Gerade vor der Küste in Westafrika zerstören die europäischen Trawler die Lebensgrundlagen  
1188 der Menschen vor Ort.

1189 Wir wollen, dass der Fischfang wirksam reguliert wird: So dass nicht mehr Fische gefischt werden, als  
1190 nachwachsen können. So dass die Lebensgrundlagen und die Arbeitsbedingungen der Menschen in  
1191 der der EU, auf den Schiffen und in den Fanggebieten gesichert werden.

1192 Die EU hat eine Rahmenrichtlinie der Meeresstrategie; sie muss konsequent umgesetzt werden. Dazu  
1193 müssen auch großflächige Meeresschutzgebiete eingerichtet werden.

1194 – Der kommerzielle Walfang muss gestoppt werden.

1195 – Die Belastung der Meere durch Müllentsorgung, Stoffe aus der Landwirtschaft und der Industrie  
1196 muss drastisch gemindert werden. Das Marpol-Übereinkommen ist eine Grundlage dafür. Verstöße  
1197 müssen effektiver geahndet werden.

1198 – Die EU muss durch verbindliche Standards und harte Sanktionen den Schutz der Meeresbiotope  
1199 durchsetzen. Kleinere Betriebe sollen dabei unterstützt werden. Die notwendigen Fangreduzierun-  
1200 gen dürfen nicht auf Kosten der Beschäftigten in der Fischerei gehen. Fischereisubventionen  
1201 müssen an nachhaltige und soziale Standards gekoppelt werden.

1202 – Die Immissionsschutzbestimmungen für Wasserfahrzeuge und Infrastrukturprojekte müssen  
1203 verschärft werden. Bei der technischen Umstellung ist eine Unterstützung der traditionellen Fami-  
1204 lienbetriebe der Fischerei erforderlich.

## 1205 Die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten

1206 Saubere, schadstofffreie Gewässer, Böden und Luft und die biologische Vielfalt sind unsere Lebens-  
1207 grundlagen. Wir wollen:

1208 – Die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie durchsetzen;

1209 – Einen EU-Naturschutzfonds für die Finanzierung von NATURA-2000 und Förderung von weiteren  
1210 Maßnahmen zum Erhalt der Biologischen Vielfalt einrichten;

1211 – Das LIFE-Programm auf ein Prozent des EU-Haushalts aufstocken, da es sich als effektiv für die  
1212 Verbesserung des Zustandes von Natur und Umwelt erwiesen hat;

1213 – Eine konsequente und vollständige Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, um einen guten  
1214 ökologischen Gewässerzustand zu erreichen. Die Wasserrahmenrichtlinie und ihre Tochtrichtli-  
1215 nien dürfen nicht aufgeweicht oder geöffnet werden;

1216 – Eine strikte Einhaltung des Vorsorgeprinzips bei der Regulierung von hormonschädlichen Stoffen  
1217 und eine Chemikalienpolitik, die die Gesundheit des Menschen in den Vordergrund stellt.

## 1218 Wirksamer Tierschutz

1219 Der Tierschutz in der EU hat große Mängel: Noch immer gibt es Tierversuche und nicht tiergerechte  
1220 Haltung. Produkte aus tierquälerischer Haltung oder von aus der Natur entnommenen Wildtieren  
1221 werden weiter importiert. Ausschlaggebend dafür sind wirtschaftliche Interessen: Hühner in Käfigbat-  
1222 terien sind billiger als Hühner in Freilandhaltung, wilde Graupapageien sind billiger als gezüchtete  
1223 Tiere, und Meeressäuger in Delfinarien versprechen kräftige Gewinne für die Betreiber. Die tatsächli-  
1224 chen Schäden an Natur und Umwelt sind in keiner Rechnung aufgelistet.

- 1225 – DIE LINKE setzt sich für verbindliche Tierschutzvorschriften auf EU-Ebene ein.
- 1226 – Wir fordern ein grundsätzliches Verbot von Tierversuchen. Stattdessen müssen Alternativen
- 1227 erforscht und gefördert werden. Wir fordern tiergerechte und ethisch vertretbare Haltungs- und
- 1228 Transportbedingungen für Nutztiere und die Stärkung regionaler Vermarktungskreisläufe. Die
- 1229 industrielle Tierhaltung muss durch umwelt- und ressourcenschonende Haltungsformen ersetzt
- 1230 werden.
- 1231 – DIE LINKE setzt sich für ein EU-weites Tierschutzsiegel sowie eine einheitliche Kennzeichnung von
- 1232 veganen und vegetarischen Lebensmitteln im Einzelhandel ein. Tierschutzverbände sollen in der EU
- 1233 ein Verbandsklagerecht erhalten.

## 1234 6. Für Frieden in Europa und der Welt

1235 Der Frieden in Europa und in der Welt ist so bedroht, wie seit dem Ende des Kalten Krieges nicht  
 1236 mehr. Aufrüstung und Wettrüsten bestimmt die Strategien der alten und neuen Großmächte, zu denen  
 1237 die EU gehört. Auch Deutschland treibt die Aufrüstung voran. Der NATO-Generalsekretär spricht wie  
 1238 im Kalten Krieg davon, dass ein »Gleichgewicht des Schreckens« hergestellt werden müsste. Die  
 1239 Arsenale der Atomwaffen werden modernisiert. Das erhöht die Gefahr eines Atomkrieges. Und es  
 1240 treibt die weltweiten Ausgaben für Rüstung in die Höhe. DIE LINKE weiß: Waffen schaffen keinen  
 1241 Frieden und ein Gleichgewicht des Schreckens verbreitet vor allem eins: Schrecken. Gegen die neuen  
 1242 Kriege ist es noch dazu wirkungslos: Sie lassen sich nicht mit militärischer Übermacht gewinnen, sie  
 1243 führen, wie etwa in Syrien, eher zu endlosen Bürgerkriegen. Die Anzahl militärischer Auseinandersetzungen  
 1244 nimmt zu: 2017 waren es weltweit 20 Kriege und 385 militärische Konflikte. Fast 70 Millionen  
 1245 Menschen sind auf der Flucht; 815 Millionen Menschen leiden an Hunger. Das sind die Herausforderungen,  
 1246 die im Mittelpunkt von globaler Politik stehen müssten.

1247 US Präsident Trump setzt auf militärische Aufrüstung und Abschreckung und auf einseitige Durchsetzung  
 1248 seiner Interessen. Institutionen der gegenseitigen Verhandlung, wie die UNO, werden systematisch  
 1249 geschwächt. In der EU wird Trumps Vorgehen genutzt, um selber die Aufrüstung voranzutreiben.  
 1250 Gerade die Bundesregierung aus Union und SPD ist hier eine treibende Kraft. Die Folgen sind:  
 1251 Stellvertreterkriege, die Aufkündigung internationaler Verträge und Abrüstungsvereinbarungen sowie  
 1252 Handelsauseinandersetzungen.

1253 Als Ziel für die EU wird als »strategische Autonomie« ausgegeben. Gemeint ist: ein eigener Militäretat,  
 1254 eigene Befehlsstrukturen und Einsätze, die von den nationalen Parlamenten unabhängig beschlossen  
 1255 werden können. Viele machen, wie Olaf Scholz von der SPD, »Eigenständigkeit« an einer »echten  
 1256 europäischen Armee« fest. Ziel dieser »Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit« (PESCO) ist ein  
 1257 gemeinsamer Rüstungsmarkt und dass die Rüstungsindustrie europäisiert wird. Der Binnenmarkt für  
 1258 Verteidigungsgüter soll gestärkt werden.

1259 Der Ausbau einer »Verteidigungsunion« oder »Militärunion« mit eigenständiger Militärpolitik, eine  
 1260 europäische Armee und andere Vorhaben der Militarisation führen nicht zu mehr Sicherheit für die  
 1261 Menschen in Europa, sondern sichern nur Konzerninteressen militärisch ab. Wir wollen die Militarisation  
 1262 der EU beenden. Sicherheit gibt es nur mit konsequenter Friedenspolitik und Förderung globaler  
 1263 Gerechtigkeit statt nationaler Standortkonkurrenz.

1264 2012 hat die EU den Friedensnobelpreis erhalten. Zu Unrecht. Seitdem wurden neoliberale Wirtschafts- und Handelsabkommen  
 1265 ausgeweitet, im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) wird Aufrüstung vorangetrieben,  
 1266 ein milliardenschwerer Europäischer Verteidigungsfonds (EVF) eingerichtet und Europa zur Festung ausgebaut,  
 1267 gestützt auf polizeiliche und militärische Maßnahmen von Frontex.  
 1268

1269 DIE LINKE stellt sich Militarisation und Aufrüstung entgegen. Wir wollen eine Union der Abrüstung  
 1270 und Entmilitarisierung. Wir wollen eine friedliche Außen-, Entwicklungs-, und Menschenrechtspolitik,  
 1271 die auf Solidarität, Kooperation und Entspannung setzt und eine starke parlamentarischen Kontrolle.

## 1272 Gegen die Militarisierung der EU: Abrüsten!

1273 Im Juni 2016 hat die EU eine Strategie verabschiedet, um Europa in Fragen der Sicherheits- und  
1274 Außenpolitik »unabhängiger« zu machen. Die Rolle der NATO wird nicht in Frage gestellt. Ihr soll eine  
1275 bewaffnete EU an die Seite gestellt werden. Geplant ist eine große Umschichtung von finanziellen  
1276 Mitteln zugunsten von Aufrüstung und Militarisierung: Der Europäische Verteidigungsfonds (EVF) soll  
1277 jährlich ca. 585 Mio. Euro aus EU-Haushaltsmitteln für Forschungsprogramme im Verteidigungsbe-  
1278 reich sowie ca. 1,27 Milliarden Euro im Jahr für die Entwicklung und Beschaffung neuer Waffen-,  
1279 Kommunikations- und Transportsysteme und weiterer Rüstungsgüter und -technologien bereitstellen.  
1280 Diese Mittel sollen durch Beiträge der Mitgliedstaaten in Höhe von bis zu 5 Milliarden Euro ergänzt  
1281 werden. Insgesamt sollen jährlich rund 7 Milliarden Euro zusätzlich investiert werden. Nicht für den  
1282 gesellschaftlichen Bedarf, sondern für die Stärkung des Militärs. Das entspricht der Hälfte dessen,  
1283 was weltweit zur Beendigung des akuten Hungers benötigt würde. Da wäre das Geld besser aufgehoben  
1284 – und das wäre ein besserer Beitrag für die weltweite Sicherheit.

1285 Insgesamt sind im mehrjährigen Finanzrahmen (2021 - 2027) der EU bis zu 46 Milliarden Euro  
1286 öffentliche Investitionen für Verteidigung, Rüstung und militärisch relevante Forschungsprojekte  
1287 vorgesehen. Die Ausgaben der Mitgliedstaaten kommen noch hinzu. Und die müssen ständig steigen,  
1288 so besagen es die Verträge der EU: »Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkei-  
1289 ten schrittweise zu verbessern.« »Verbessern« meint: erhöhen. Neben der »Verbesserung« der  
1290 militärischen Kapazitäten durch neue Technologien und die Förderung von Standardisierung bei  
1291 Rüstungsgütern geht es ausdrücklich darum, die europäische Rüstungsindustrie zu stärken.

1292 Im Rahmen der »Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit« (PESCO) verpflichten sich die beteiligten  
1293 Mitgliedstaaten zur Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben und schaffen eigene Entscheidungsstruktu-  
1294 ren und Projekte. Mit dem Europäischen Verteidigungsfond (EVF) soll ein Militärhaushalt ins Leben  
1295 gerufen werden, über den bevorzugt PESCO-Rüstungsprojekte finanziert werden sollen. Durch PESCO  
1296 wird das Konsensprinzip in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ausgehebelt. Ein Projekt  
1297 von PESCO ist die sogenannte »Military Mobility«: Infrastruktur soll geschaffen werden, um die  
1298 schnellere Verlegung von Kriegsgerät zu ermöglichen. 6,5 Milliarden Euro sollen investiert werden, um  
1299 Straßen und Brücken panzerfest zu machen. Es zeigt sich: Wenn es um Militarisierung geht, bricht die  
1300 EU ihre eigenen Regeln, aber nicht, wenn es um den Bedarf der Bevölkerung geht!

1301 Schon 2017 erreichten die weltweiten Militärausgaben mit 1,739 Billionen US-Dollar den höchsten  
1302 Stand seit Ende des Kalten Krieges. Mit 630 Milliarden US-Dollar machen die Ausgaben der USA ein  
1303 gutes Drittel davon aus. Die Europäischen NATO-Mitgliedstaaten geben alleine, ohne die USA, dreimal  
1304 so viel für Rüstung aus wie Russland, die NATO insgesamt vierzehnmal so viel. Bei Erreichen ihres  
1305 Aufrüstungszieles von zwei Prozent des Haushaltes hätte Deutschland alleine höhere Rüstungsausga-  
1306 ben als die Atommacht Russland. Das zeigt: Die angebliche Bedrohung durch Russland ist nur ein  
1307 Vorwand für die Aufrüstungsprogramme von NATO und EU.

1308 Die EU will mit diesen Schritten zur Aufrüstung auch handlungsfähiger gegen terroristische Bedrohun-  
1309 gen werden. Über die Europäische Friedensfazilität (EFF) sollen im nächsten EU-Haushalt EU-  
1310 Militäreinsätze sowie die Aufrüstung und Ausbildung von Verbündeten in Höhe von bis zu 10,5  
1311 Milliarden Euro finanziert werden. Aber Terror kann nicht militärisch besiegt werden! Die Bilanz des  
1312 »Kriegs gegen Terror«, der seit 2001 gegen Afghanistan, Irak, Libyen, Jemen und Pakistan geführt wird,  
1313 ist desaströs: viele Hunderttausende Tote – und der Terrorismus wächst. DIE LINKE wirbt dafür, aus  
1314 der Gewaltspirale auszusteigen und das Problem des Terrorismus an seiner Wurzel zu packen:  
1315 gleichberechtigte Entwicklungszusammenarbeit, Armutsbekämpfung und Verzicht auf präventive  
1316 Kriegsführung sind dafür zentral.

1317 Das Ziel der EU-Maßnahmen ist dagegen, eine »Verteidigungsunion« zu gründen. bedeutet im Klartext:  
1318 die EU zu militarisieren. Die Bundesregierung treibt diese Entwicklung voran. DIE LINKE lehnt eine  
1319 militarisierte EU ab. Abrüstung, nicht Aufrüstung schafft Frieden!

- 1320 – Wir fordern die Auflösung der EU-Battlegroups.
- 1321 – Die Verteidigungsagentur der EU wollen wir auflösen.

- 1322 – Die »Ständige Strukturierte Zusammenarbeit« (PESCO), die eigenständige militärische Strukturen  
1323 der EU bildet und Voraussetzungen für eine eigene europäische Armee schafft, wollen wir beenden.  
1324 Die geplanten Rüstungshaushalte EVF, EFF und die Ausgaben für Militärische Mobilität müssen  
1325 gestrichen werden.
- 1326 – Die Verträge der EU müssen geändert werden: Die Aufrüstungsverpflichtung für die Mitgliedstaaten  
1327 schreibt die Militarisierung in die Grundlagen der EU und muss abgeschafft werden.
- 1328 – Stattdessen muss die EU sich auf zivilen Konfliktlösungskapazitäten beschränken und diese  
1329 stärken.
- 1330 – Wir wollen konventionelle Streitkräfte abrüsten. Als ersten Schritt wollen wir eine konventionelle  
1331 Rüstungskontrolle in Europa nach dem Vorbild des A-KSE-Vertrags (Angepasster Vertrag über  
1332 Konventionelle Streitkräfte in Europa).
- 1333 – DIE LINKE fordert, dass die Bundesregierung den Atomwaffenverbotsvertrag der UN unterzeichnet  
1334 und sich dafür in der gesamten EU stark macht, mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Zone.

### 1335 Rüstungsexporte verbieten

1336 Waffen aus der EU kommen in vielen Konflikten und Kriegen zum Einsatz. Frankreich und Deutschland  
1337 sind nach den USA und Russland die größten Rüstungsexporteure. Zu den Empfängerländern gehören  
1338 kriegführende Länder wie Saudi-Arabien und Länder, in denen Menschenrechte missachtet und die  
1339 eigene Bevölkerung mit Waffengewalt unterdrückt wird. Die EU hat sich auf verbindliche Regeln mit  
1340 festen Kriterien zum Umgang mit Rüstungsexporten festgelegt, diese werden jedoch ständig übergan-  
1341 gen. Strengere Ausfuhrgenehmigungen oder Kontrollen blieben wirkungslos. Neben Panzern, Raketen  
1342 oder Kleinwaffen werden auch militärische Dienstleistungen exportiert, die keiner Kontrolle unterlie-  
1343 gen. Private Sicherheitsfirmen arbeiten als Söldner in Konfliktgebieten. Die mangelnden Vorschriften  
1344 und Kontrollen bei der Auslieferung von sogenannten Dual-Use-Gütern haben dazu geführt, dass u.a.  
1345 deutsche Firmen die Chemikalien für das in Syrien eingesetzte Giftgas lieferten. Rüstungsexporte  
1346 bringen keinen Frieden, sondern verschärfen Konflikte!

1347 Daher fordert DIE LINKE:

- 1348 – Stopp aller Rüstungsexporte! Exporte von Waffen, Rüstung und Waffenteilen in Krisen- und  
1349 Kriegsgebiete müssen sofort ausgesetzt werden.
- 1350 – EU-Mitgliedstaaten, die die EU-Vorschriften für Waffenexporte nicht einhalten, müssen mit  
1351 Sanktionen bestraft werden.
- 1352 – Rüstungsindustrie darf durch die EU nicht weiter gefördert werden.
- 1353 – Dual-Use-Gütern, die für zivile und militärische Zwecke eingesetzt werden (können), müssen  
1354 gekennzeichnet werden.
- 1355 – Dual-Use-Güter, die zur Waffenproduktion genutzt werden können, dürfen nicht an Staaten  
1356 geliefert werden, die keine internationalen Abrüstungsverträge unterzeichnet haben.
- 1357 – Entwicklung, Produktion und Verwendung von vollautonomen Waffen müssen verboten werden und  
1358 vollautonome Waffensysteme international geächtet werden.
- 1359 – Der Handel mit militärischen oder militär-relevanten Dienstleistungen muss kontrolliert werden.
- 1360 – Wir wollen die EU-Rüstungsagentur abschaffen.
- 1361 – Unser Investitionsprogramm umfasst auch Mittel für den zivilen Umbau der Rüstungsindustrie. Die  
1362 Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie müssen in ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Ar-  
1363beitsplätze überführt werden. Die bestehenden Rüstungskapazitäten müssen umgebaut werden  
1364 (Rüstungskonversion).

### 1365 Konflikte friedlich lösen

1366 DIE LINKE steht für Frieden, für Demokratisierung der internationalen Beziehungen, für eine gerechte  
1367 und solidarische Weltwirtschaftsordnung, für die Achtung des Völkerrechts und eine nachhaltige  
1368 globale Entwicklung. Langfristig wollen wir ein Deutschland, eine EU und eine Welt ohne Armeen und  
1369 ohne Kriege.

1370 Was die EU und ihre Mitgliedstaaten – besonders die deutsche Regierung – in der Sicherheitspolitik  
1371 vorantreibt, schafft keinen Frieden und keine Entspannung, sondern befeuert die Konflikte weiter. Die  
1372 EU muss sich der Sicherung des Friedens in der Region verschreiben.

- 1373 – Die OSZE sollte mehr als ein Instrument zur Bearbeitung und Lösung regionaler Konflikte sein. Sie  
1374 muss das zentrale Forum für eine gesamteuropäische, gemeinsame Sicherheitsarchitektur werden,  
1375 die auf Abrüstung und politische Veränderung in Richtung kollektiver und strukturell nicht angriffs-  
1376 fähiger Verteidigungssysteme zielt.
- 1377 – Wir wollen, dass die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird und die Bundesre-  
1378 publik aus den militärischen Strukturen des Bündnisses austritt. Perspektivisch wollen wir die  
1379 NATO auflösen und durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung von Russland  
1380 ersetzen, das auf Abrüstung zielt.
- 1381 – Wir wollen eine neue, auf Entspannung orientierte Ostpolitik. Sicherheit in Europa kann nur  
1382 Sicherheit mit und nicht gegen Russland sein. Das muss die sicherheitspolitische Orientierung von  
1383 europäischem und deutschem Handel werden. Militärmanöver oder Pläne zur Stationierung von  
1384 Waffensystemen entlang der russischen Westgrenze heizen Konflikte an. Wir lehnen sie ab. Die EU-  
1385 Sanktionen gegen Russland müssen beendet werden.
- 1386 – Über die UNO muss eine globale Abrüstungsinitiative angestoßen werden, in der für alle Mitglieds-  
1387 staaten verbindliche Abrüstungsziele festgelegt werden.
- 1388 – Wir wollen die UNO und das Völkerrecht stärken.
- 1389 – Zivile Konfliktprävention und -bearbeitung wollen wir stärken. Wir wollen einen europäischen  
1390 Zivilen Friedensdienst ins Leben rufen und die Länder Afrikas bei der Einrichtung eines afrikani-  
1391 schen Zivilen Friedensdienstes unterstützen. Das kann aus einem Teil der Gelder finanziert werden,  
1392 die bisher für Militärausbildungsmissionen ausgegeben werden.

### 1393 Eine gerechte Handelspolitik als Motor für eine friedliche Entwicklung

1394 Hundertausende Menschen sind aus Protest gegen TTIP, TISA und ähnliche Freihandelsabkommen auf  
1395 die Straße gegangen, auch DIE LINKE. Sie unterwerfen zentrale Bereiche des Lebens Markt und  
1396 Wettbewerb und schränken demokratische Entscheidungsmöglichkeiten ein.

1397 Über Handelsabkommen der Europäischen Union mit anderen Regionen oder Ländern entscheiden  
1398 inzwischen nur noch das Europäische Parlament und der Rat der Regierungen der Mitgliedstaaten. Wir  
1399 werden den Widerstand gegen Abkommen, wie TTIP, und gegen Sondergerichte für Investoren ins  
1400 Europaparlament tragen und uns für gerechte und nachhaltige Handelsbeziehungen einsetzen.

- 1401 – DIE LINKE will mit Abkommen über Partnerschaft und fairen Handel die globalen Wirtschaftsbezie-  
1402 hungen der Europäischen Union neu ausrichten und die bestehenden Handelsabkommen ersetzen.
- 1403 – Wir unterstützen die Entwicklung des »UN Treaty«-Abkommens. Bei transnationalen Unternehmen  
1404 kommt es weltweit zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen. Bislang gibt es nur Richtli-  
1405 nien, die auf freiwillige, unverbindliche Initiativen transnationaler Konzerne setzen. Sie sind nur  
1406 schwer einklagbar und haben kaum rechtliche Folgen. Wir wollen, dass die menschenrechtliche  
1407 Verantwortung transnationaler Konzerne und anderer Wirtschaftsunternehmen international fest-  
1408 geschrieben wird. Die EU muss ihrer internationalen Verantwortung gerecht werden und sich aktiv  
1409 für den Schutz von Menschenrechten weltweit einsetzen.
- 1410 – Wir wollen die Handelspolitik in Einklang bringen mit Entwicklungszusammenarbeit, Klimaschutz  
1411 und Frieden sichernder Politik. Dazu gehört die Überwindung der Armut, auch innerhalb Europas. In  
1412 den Handelsbeziehungen, in den globalen Produktionswegen und Wertschöpfungsketten müssen  
1413 anständige Arbeitsbedingungen und umweltgerechte Produktionsmethoden als Norm durchgesetzt  
1414 werden.
- 1415 – Wir wollen eine gesetzliche Sorgfaltspflicht für Unternehmen durchsetzen, auf die Einhaltung dieser  
1416 Norm bei ihren Bestellungen zu achten. In der letzten Legislaturperiode haben wir das im Europa-  
1417 parlament für die sogenannten Konfliktrohstoffe bereits geschafft und wollen es nun auf die Textil-  
1418 branche und weitere Branchen ausdehnen. Wir konnten auch bereits durchsetzen, dass die EU-

1419 Kommission künftig Fälle von Umweltdumping und Sozialdumping bei der Berechnung von Strafzö-  
1420 len sanktionieren kann.

1421 Zu den UNO-Zielen gehört die Abschaffung des Hungers. DIE LINKE will das zu einer Priorität der  
1422 Europäischen Kommission machen. Weltweit ist die Zahl der Hungernden im letzten Jahr auf 821  
1423 Millionen Menschen gestiegen. Eine strukturelle Ursache sind benachteiligende Handelsbeziehungen  
1424 und Billigexporte von Agrarüberschüssen, zum Beispiel Hühnerteile aus Europa. Dadurch werden  
1425 Kleinbauern um ihre Existenz gebracht. Landwirtschaft muss vor Ort Ernährung sichern, statt  
1426 zunehmend in Großbetrieben für den Weltmarkt zu produzieren. Auch in der EU soll Landwirtschaft  
1427 gesund, umweltgerecht und regional orientiert produzieren können, statt in einen globalen Preiskrieg  
1428 gezwungen zu werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Europäische Union für eine Reform der  
1429 Welthandelsorganisation (WTO) eintritt, damit Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität nicht  
1430 länger durch das Dogma des Freihandels verhindert werden.

1431 – Schulden zurückzahlen! Auf UN-Ebene wollen wir einen Kompensationsfonds für die Folgen von  
1432 Klimawandel und Kolonialismus einrichten, der von den Industriestaaten finanziert wird. In diesen  
1433 Fonds sollten ehemalige Kolonialmächte als Form der Reparation mehr einzahlen als andere Staa-  
1434 ten. Außerdem fordern wir einen solidarischen Wissens- und Technologietransfer für eine Energie-  
1435 wende in den Ländern des Südens. Die entsprechenden Klimafinanztransfers wollen wir jährlich  
1436 erhöhen und zusätzlich zur Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen.

1437 DIE LINKE setzt sich für Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ein, die zu Zusammenarbeit und  
1438 friedlicher Koexistenz beitragen. Dazu gehört der Schutz der Menschenrechte, demokratische  
1439 Teilhabe, Umweltschutz und gewerkschaftliche Organisierung.

#### 1440 LINKE Entwicklungspolitik – so geht gerecht

1441 Die europäische Entwicklungspolitik ist – ebenso wie die deutsche – durch Eigeninteressen der  
1442 Mitgliedsländer geleitet. Entwicklungszusammenarbeit wird fast nur noch zur Abwehr von Migration  
1443 instrumentalisiert. Mit dem Europäischen Treuhandfonds für Afrika (EUTF), der sich aus Entwicklungsg-  
1444 geldern speist, werden hauptsächlich Abschottungsmaßnahmen finanziert. Entwicklungspolitik wird  
1445 zunehmend mit Sicherheitspolitik verzahnt. Diesen sogenannten »vernetzte Ansatz«, drückt die EU vor  
1446 allem in Afrika durch.

1447 – DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von Entwicklungsgeldern und anderer Fördermittel mit Maß-  
1448 nahmen des Grenzschutzes und der Migrationskontrolle ab.

1449 Die EU setzt Entwicklung immer mehr mit Wirtschaftsförderung gleich – und denkt dabei vor allem an  
1450 die Förderung europäischer Unternehmen. Entwicklungsgelder sollen nach diesem Verständnis in  
1451 Form von Risikoabsicherungen, Bürgschaften, als »Hebel« für Privatinvestitionen dienen. DIE LINKE  
1452 lehnt eine Privatisierung von Entwicklungszusammenarbeit ab.

1453 – Wir setzen uns für eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit ein. Sie muss auf die  
1454 Interessen und Bedürfnisse der unterstützten Länder ausgerichtet sein und sich am Gedanken von  
1455 Gerechtigkeit, Solidarität und der nachhaltigen Entwicklung orientieren. Sie muss ein Instrument  
1456 globaler Umverteilung im Sinne sozialer Gerechtigkeit sein und darf nicht als Instrument der Einmi-  
1457 schung sowie als ein Druckmittel zugunsten der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Inte-  
1458 ressen der Geberländer und internationaler Konzerne missbraucht werden.

1459 – DIE LINKE will eine bessere Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen  
1460 Union und der einzelnen Mitgliedstaaten.

1461 – In der Zusammenarbeit mit afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP) müssen  
1462 koloniale Beziehungen überwunden werden. Dies bedeutet, diesen Ländern keine Abkommen zu  
1463 diktieren: Die Freihandelsabkommen (EPAs) müssen gestoppt werden.

## 1464 Für eine solidarische Nachbarschaftspolitik

1465 Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) ist auf die östlichen und südlichen Nachbarn der EU  
1466 ausgerichtet. Sie zielt mittels ihrer Assoziationsabkommen und den darin enthaltenen »umfassenden  
1467 und tiefen Freihandelsabkommen« auf den neoliberalen Umbau der Nachbarschaft und setzt die  
1468 dortigen Länder einem unfairen Wettbewerb mit europäischen Konzernen aus. Stattdessen sollte die  
1469 Nachbarschaftspolitik Armutsbekämpfung und soziale Entwicklung in den Mittelpunkt rücken und zu  
1470 Modernisierung und Stabilisierung sowie Reformen zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie beitragen.  
1471 Jeder Staat muss das Recht haben, sich selbstständig und ohne Druck und Erpressung von außen in  
1472 das System internationaler Beziehungen einzuordnen.

1473 Durch die bestehenden Assoziierungsabkommen werden die Nachbarstaaten verpflichtet, den  
1474 heutigen und zukünftigen EU-Rechtsbestand zu übernehmen, ohne selbst EU-Mitglied zu werden. Das  
1475 souveräne Recht der Bürgerinnen und Bürger in den Partnerländern, ihre Zukunft ohne Einmischung  
1476 von außen zu gestalten, muss gesichert werden.

1477 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die folgenden Themen in den Mittelpunkt der Nachbarschaftspoli-  
1478 tik gestellt werden:

- 1479 – Frieden,
- 1480 – internationale Sicherheit und Stabilität,
- 1481 – die Beseitigung von Armut und Unterentwicklung,
- 1482 – die Gewährleistung grundlegender demokratischer, sozialer und Menschenrechte,
- 1483 – die langfristige und ökologisch nachhaltige Sicherung der Energieversorgung und
- 1484 – der Kampf gegen den Klimawandel.

## 1485 7. Das Sterben beenden – Kontinent der Solidarität statt Festung 1486 Europa!

1487 Einwanderung ist kein Krisenfall. Sie hat zu Wohlstand, Demokratie und kultureller Entwicklung  
1488 wesentlich beigetragen. Wir in Europa haben ihr viel zu verdanken: Europa ist längst ein Kontinent der  
1489 Einwanderung. Der Wohlstand der Industriestaaten beruht auf grenzübergreifendem Handel. Es wäre  
1490 nur konsequent, wenn auch Menschen sich frei bewegen könnten. Statt gleiche Rechte und grenz-  
1491 übergreifende Solidarität zu stärken, wird von den mächtigen Regierungen dieser Welt weiter eine  
1492 Politik von Abschottung, Ausbeutung, Krieg und Ausgrenzung betrieben.

1493 Weltweit sind so viele Menschen auf der Flucht wie noch nie. Aber die EU macht die Grenzen dicht  
1494 und bekämpft die Geflüchteten – nicht die Fluchtursachen. An den Grenzen der EU entstehen  
1495 Massengräber. 2017 sind allein im Mittelmeer über 3 000 Geflüchtete ums Leben gekommen. Das  
1496 massenhafte Sterben ist ein Ergebnis der Abschottung Europas und der Kriminalisierung der Seenot-  
1497 rettung. Das verhöhnt die europäischen Werte von Menschenrechten und Demokratie. Es setzt die  
1498 Menschenrechtskonvention und das internationale Seerecht außer Kraft. Dabei sind EU-Kommission,  
1499 Bundesregierung und europäische Konzerne wesentlich dafür verantwortlich, dass Menschen ihr  
1500 »Recht zu bleiben« nicht wahrnehmen können und ihre Heimat verlassen müssen. Fluchtursachen  
1501 hängen mit den Kriegen und Bürgerkriegen zusammen, die durch Aufrüstung und Militarisierung  
1502 vorangetrieben werden. Und sie sind ein Ergebnis der weltweiten Ungleichheit zwischen Arm und  
1503 Reich. Sie ist Resultat von Jahrhunderten des Kolonialismus und wächst durch Ausbeutung in unfairen  
1504 Handelsbeziehungen, durch das Erstarken der großen Agrarfirmen und rücksichtslos agierende  
1505 Konzerne. Zwar behaupten auch die regierenden Parteien in der EU inzwischen, dass sie Fluchtursa-  
1506 chen bekämpfen wollen. Ihren Worten folgen aber keine Taten. Waffenexporte, Kriegseinsätze von EU-  
1507 Staaten, die Kollaboration mit Diktatoren und der durch die Industrieländer in erster Linie zu verant-  
1508 wortende Klimawandel schaffen immer neue Fluchtursachen. »Freihandelsabkommen« mit afrikani-  
1509 schen Staaten, auch wenn sie – wie der »Compact for Africa« – den Anstrich von »Entwicklungspolitik«  
1510 haben, vertiefen Armut und Instabilität. Menschen, die vor den daraus folgenden Lebensumständen

1511 fliehen, sind keine »Wirtschaftsflüchtlinge«. Die Probleme dieser Weltwirtschaft sind das Ergebnis  
1512 politischer Entscheidungen – und sie können verändert werden.

1513 Rechte und Rassisten hetzen gegen diejenigen, die in Europa – oft unter Lebensgefahr – Zuflucht  
1514 suchen und propagieren ausgerechnet das Treten nach Unten als »Alternative«. Die liberalen Parteien  
1515 lassen sich in der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik von den Rechten treiben: Der Streit um das  
1516 Gemeinsame europäische Asylsystem (GEAS) zeigt, dass Einigkeit unter den Regierenden in der EU  
1517 vor allem bei Abschottung, Abschiebung und der Aufrüstung der Grenzen besteht.

1518 Gutes Zusammenleben braucht eine soziale Infrastruktur, die dem öffentlichen Bedarf verpflichtet ist  
1519 und die Ärmsten schützt, egal woher sie kommen. Doch weder EU-Kommission noch Bundesregierung  
1520 haben die sozialen Grundlagen für eine gute Integration geschaffen. Im Gegenteil: Durch die Kürzungs-  
1521 und Privatisierungspolitik der letzten Jahre haben sie den sozialen Zusammenhalt systematisch  
1522 geschwächt.

1523 Schutzsuchende Menschen aus Nicht-EU-Staaten werden diskriminiert; teilweise dürfen sie nicht  
1524 arbeiten, ihren Wohnsitz nicht frei wählen, werden im Rahmen des gescheiterten Dublin-Systems  
1525 zwischen EU-Staaten hin und her geschoben. Die Flüchtlingsabwehr nach außen »funktioniert« auf  
1526 zwei Ebenen: Mit der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (»Frontex«) direkt an den  
1527 Außengrenzen der EU, sowie durch die Vorverlagerung der Grenzabwehr, in Kooperation mit Warlords  
1528 wie in Libyen oder Diktatoren wie Erdogan in der Türkei. Diese Politik tötet Menschen, schafft selbst  
1529 neue Fluchtursachen – und sie zerstört die Demokratie in Europa, denn sie spaltet und militarisiert  
1530 unsere Gesellschaft.

1531 Nach dem Willen von Konservativen und Sozialdemokraten geht es so weiter: Frontex soll eine  
1532 ständige Einsatzeinheit von bis zu 10 000 Grenzern erhalten und erweiterte Befugnisse für Abschie-  
1533 bungen bekommen. Die Vorverlagerung von Grenzkontrollen nach Afrika in Kooperation mit autoritä-  
1534 ren Regimen führt dazu, dass noch mehr Flüchtlinge in von EU finanzierten Lagern und Gefängnissen  
1535 unter unmenschlichen Verhältnissen gefangen gehalten werden. Der rechtliche Schutzanspruch von  
1536 Menschen, die es nach Europa geschafft haben, wird durch zahlreiche europäische Regierungen außer  
1537 Kraft gesetzt, indem »sichere Fluchtalternativen« erfunden werden. Die ehrenamtliche Seenotrettung  
1538 durch Nichtregierungsorganisationen und Zivilgesellschaft wird durch einige Regierungen in der EU  
1539 sogar direkt kriminalisiert.

1540 Die Flucht- und Migrationsbewegungen fordern dagegen die Abschottungspolitik der EU wie ihre  
1541 ungerechte Außen- und Wirtschaftspolitik heraus. Sie zeigen, dass die Grenzen überwindbar sind und  
1542 wir längst in einer Einwanderungsgesellschaft leben. Wir stehen mit Geflüchteten und Migrantinnen  
1543 und Migranten gegen die Achse der Abschottung von Kurz über Orban bis Seehofer. Wir stehen auf  
1544 der Seite der Vielen, die Solidarität grenzübergreifend praktisch werden lassen; die gegen Abschie-  
1545 bungen und für Seenotrettung, gleiche Rechte, Bewegungsfreiheit und offene Grenzen auf die Straße  
1546 gehen. Wir machen die falsche Unterscheidung von »richtigen und falschen Geflüchteten«, politischen  
1547 und wirtschaftlichen Flüchtlingen nicht mit. Niemand flieht freiwillig.

1548 Rassistischer Hetze treten wir entschieden entgegen – die Armut muss bekämpft werden, nicht die  
1549 Armen. Wir wollen einen Politikwechsel in der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik der EU und  
1550 fordern daher einen Dreiklang:

1551 1. Menschen retten, menschenrechtliche Standards an den Grenzen durchsetzen und sichere und  
1552 legale Flucht- und Einreisewege schaffen,  
1553 2. Grundrechte europaweit durchsetzen und soziale Voraussetzung für Integration verbessern,  
1554 3. die Fluchtursachen endlich tatsächlich bekämpfen.

1555 **Die Menschlichkeit retten: Investitionen in Seenotrettung statt Frontex!**

1556 – Seebrücken und Fähren statt Frontex! Frontex muss aufgelöst und durch ein ziviles europäisches  
1557 Seenotrettungsprogramm ersetzt werden. Bestehende Instrumente zur Überwachung des Mittel-  
1558 meers und der Außengrenzen wollen wir in den Dienst der Seenotrettung stellen. Die Kriminalisie-  
1559 rung der zivilgesellschaftlichen Seenotrettung wollen wir beenden.

- 1560 – Fluchtwege nicht versperren! Wir wollen legale und sichere Einreisemöglichkeiten in die EU. Das  
1561 entzieht den Schleppern die Geschäftsgrundlage. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die UN-  
1562 Kinderkonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention müssen eingehalten werden.  
1563 Der Grundsatz der Nicht-Zurückweisung an den EU-Außengrenzen und auf hoher See muss befolgt  
1564 werden.
- 1565 – Flucht ist kein Verbrechen! Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss für  
1566 Asylsuchende an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden. Frauen, Kinder, sexuelle, religiöse  
1567 und ethnische Minderheiten und Menschen mit Behinderung müssen vor Gewalt und Ausbeutung  
1568 geschützt werden. Schnellverfahren und Inhaftierungen von Schutzsuchenden (egal ob in so-  
1569 genannten »Rückkehr-«, »Transit-«, »kontrollierten Zentren« oder »Hotspots«) wollen wir abschaffen.
- 1570 – Asylrecht wiederherstellen und durchsetzen! Wir wollen in der EU einheitliche Schutzstandards auf  
1571 hohem Niveau; die Abschiebung der Verantwortung auf andere Staaten mithilfe von Drittstaaten-  
1572 oder Herkunftsländerregelungen wollen wir beenden. Auch das Dublin-System muss ein Ende  
1573 haben. Alle Schutzsuchenden sollen sich selbst entscheiden können, in welchem Land sie Asyl  
1574 beantragen wollen. Der Negativ-Wettbewerb durch abgesenkte Standards bei Unterbringung,  
1575 Versorgung und Rechten muss abgeschafft werden!
- 1576 – Niemand flieht freiwillig! Wir fordern die Ausweitung verbindlicher Flüchtlingsrechte auf Armuts-,  
1577 Umwelt- und Klimaflüchtlinge und eine entsprechende humanitäre Visa-Vergabe. Es braucht um-  
1578 fassende Aufnahmekontingente über das Resettlement-Programm des UNHCR.
- 1579 – Kein Mensch ist illegal! Wir wollen gerechte Lebensverhältnisse und offene Grenzen für alle  
1580 Menschen. Das Recht auf Bewegungsfreiheit darf nicht vom Zufall der Geburt oder der ökonomi-  
1581 schen Verwertbarkeit abhängig sein. DIE LINKE setzt sich daher für eine umfassende Visa-  
1582 Liberalisierung ein.

## 1583 Eine soziale Offensive und gleiche Rechte für alle

- 1584 Integration erfordert gleiche Rechte für alle Menschen! Alle Menschen müssen im Rahmen einer  
1585 europäischen Teilhabe-Agenda rechtlich, politisch und sozial gleichgestellt werden.
- 1586 – Wer dauerhaft in der EU lebt, muss auch das Wahlrecht zum Europäischen Parlament und auf  
1587 kommunaler Ebene bekommen. Den Einschränkungen sozialer Sicherheiten oder der Freizügigkeit  
1588 in der EU stellen wir uns entgegen: Ausnahmen von Mindestlohn und Tarifverträgen darf es nicht  
1589 geben!
- 1590 – »Legalize them!« Wir fordern eine Legalisierungsinitiative und effektive Bleiberechtsregelungen für  
1591 alle Menschen, die in einem unsicheren Aufenthaltsstatus leben. Für sie wollen wir einen sicheren  
1592 Zugang zu Bildung, Gesundheit und arbeitsrechtlichem Schutz vor Ausbeutung schaffen.
- 1593 – Abschiebungen stoppen! Ausweisungen und Abschiebungen aus der EU, insbesondere in Krieg,  
1594 Armut und Elend oder als Form der Doppelbestrafung, lehnen wir – im Gegensatz zu allen anderen  
1595 im Bundestag vertretenen Parteien – ab. Wir haben hierbei immer geschlossen dagegen gestimmt  
1596 und werden das auch in Zukunft tun.
- 1597 – Familien vereinen! Wir fordern ein verbindliches Recht auf Familiennachzug – auch für »subsidiär«  
1598 Schutzberechtigte und schon während des Asylverfahrens – und die effektive Umsetzung des  
1599 Nachzugsrechts für Flüchtlinge. Es braucht eine Ausweitung der Familiendefinition auf Verwandte  
1600 zweiten Grades; insbesondere für unbegleitete Minderjährige.
- 1601 – Raus aus den Lagern! Geflüchtete wollen wir dezentral und in Wohnungen unterbringen und ihnen  
1602 flächendeckend kostenlose Sprachkurse anbieten. Statt diskriminierender Sach- wollen wir regulä-  
1603 re Geldleistungen. Es braucht Investitionen in Integration statt in Aufrüstung, Ausgrenzung und  
1604 Abschottung!
- 1605 – Menschenrechte durchsetzen! Statt nationalen Alleingängen wollen wir eine Flüchtlingspolitik, die  
1606 der Verantwortung der EU gerecht wird. Die EU-Kommission muss endlich gegen die Länder vorge-  
1607 hen, die ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen systematisch missachten. Für eine faire Vertei-  
1608 lung von Geflüchteten in der EU wollen wir eine europäische Fluchtumlage: Alle Mitgliedsstaaten  
1609 sollten entsprechend ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit Geflüchtete aufnehmen. Die Mitglied-

- 1610 staaten, die überproportional viele Flüchtende bei sich aufnehmen, sollen entsprechend große  
1611 Ausgleichsummen erhalten.
- 1612 – Kommunen der Solidarität fördern! Die Kommunen dürfen mit den Kosten von Flucht und Integrati-  
1613 on nicht allein gelassen werden. Wir wollen einen »europäischen Fonds für Willkommenskommun-  
1614 nen«, der Geflüchteten Bewegungsfreiheit sichert und zugleich aufnahmebereiten Kommunen und  
1615 solidarischen Städten direkt hilft. Kommunen, die die Bedingungen für Willkommenskultur verbese-  
1616 ern wollen, können damit Mittel für die Versorgung und Integration von Geflüchteten beantragen.  
1617 Wenn sich Geflüchtete in einer Kommune niederlassen, kann die Gemeinde andererseits auf der  
1618 Grundlage der Neumeldungen noch Investitionsmittel aus einem Fond beantragen. Diese Investiti-  
1619 onsmittel können dann allgemein für die öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden.
- 1620 – Staatenlosigkeit beenden! Es gibt 600 000 Staatenlose in Europa, die Hälfte davon Kinder.  
1621 Staatenlosigkeit macht rechtlos, verhindert die Teilhabe und schafft einen Teufelskreis der Diskri-  
1622 minierung für nachfolgende Generationen. Wir fordern, dass die EU mit ihren Mitgliedsländern die  
1623 Hürden für einen Nachweis über die Staatsangehörigkeit abbaut und insbesondere für staatenlos  
1624 geborenen Kindern die Möglichkeit schafft, die Staatsangehörigkeit ihres Geburtslandes zu erwerben.  
1625
- 1626 – Bildung anerkennen und Diskriminierung bekämpfen! Es braucht eine bessere Anerkennung der  
1627 Qualifikationen und Abschlüsse von Nicht-EU-Bürgern, damit diese ihre Berufe weiter ausüben  
1628 können. Rassistische und sexistische Diskriminierung muss in der EU aktiv bekämpft werden, dafür  
1629 wollen wir die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte stärken und mit mehr Kompeten-  
1630 zen ausstatten.
- 1631 – Selbstorganisation stärken! Zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich gegen Rassismus, Antisemitis-  
1632 mus, Antiziganismus und für mehr Demokratie engagieren, Flüchtlingsräte, migrantische Verbände,  
1633 selbstverwaltete Beratungsangebote und die Selbstorganisation von Flüchtlingen wollen wir in der  
1634 EU stärker fördern.

## 1635 Gerechtigkeit globalisieren! Unser europäischer Plan zur Bekämpfung von 1636 Fluchtursachen

- 1637 – Hilfe vor Ort ausreichend unterstützen! 85 Prozent aller Geflüchteten weltweit halten sich in Länder  
1638 des globalen Südens auf. Ihre Versorgung ist oft katastrophal. Die EU muss mit gutem Beispiel  
1639 voran gehen und endlich die Finanzierungslücke des UNO-Hilfswerks (UNHCR), des Welternäh-  
1640 rungsprogramms und der Weltgesundheitsorganisation schließen. Im Fall des UNHCR geht es um  
1641 knapp 4 Milliarden Euro, also nur einen Bruchteil der Rüstungsausgaben.
- 1642 – Effektiver Klimaschutz statt Symbolpolitik! Wir wollen, dass die EU mit einem europäischen  
1643 Klimaschutzplan ihrer Verantwortung dafür gerecht wird, die Erderwärmung deutlich unter 2 Grad,  
1644 möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. Der Kohleausstieg muss europaweit sofort beginnen und bis  
1645 2035 abgeschlossen sein. Die 20 schmutzigsten Braunkohlekraftwerke wollen wir bis 2020 ab-  
1646 schalten! Es braucht in der EU eine öffentliche Emissionsbremse (vgl. Kapitel »Klimaschutz kennt  
1647 keine Grenzen«).
- 1648 – Waffenexporten in Europa verbieten! Wir fordern einen sofortigen Stopp der Exporte von Rüstungs-  
1649 gütern, Waffenteilen und der Lieferungen von Rüstungsfabriken. Europäische Rüstungskonzerne,  
1650 wie Rheinmetall, müssen gezwungen werden, ihre Rüstungsproduktion in Diktaturen einzustellen.  
1651 Gleiches muss für digitale Technik gelten, die Überwachung und Kontrolle des Internetzugangs  
1652 ermöglichen oder in Konflikten als Waffen eingesetzt werden kann (vgl. Kapitel »Für Frieden in  
1653 Europa und der Welt«).
- 1654 – In Entwicklung investieren! Wir wollen die Mittel für militärische Interventionen umwidmen und in  
1655 ein ziviles Aufbau- und Friedenssicherungsprogramm der EU investieren. Die Gelder für Entwick-  
1656 lungszusammenarbeit wollen wir endlich auf die zugesagten 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduk-  
1657 tes anheben. Dieses Geld soll den Ländern des globalen Südens zur Verfügung gestellt werden, um  
1658 eine eigenständige Entwicklung zu ermöglichen.
- 1659 – Nicht nur mehr, sondern anders! Entwicklungsfinanzierung muss öffentlich sein und darf nicht zu  
1660 einer caritativen Einrichtung werden. Wir wollen, dass sich Entwicklungszusammenarbeit an den

- 1661      Bedürfnissen der ärmeren Länder orientiert – anstatt weiter vor allem den Interessen europäischer  
1662      Unternehmen zu dienen! Die Verzahnung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik, im Sinne des so  
1663      genannten Grenzschatzes und der Migrationskontrolle, lehnen wir ab. Wir fordern eine Kündigung  
1664      der EU-Deals mit Erdogan und Libyen und einen Stopp entsprechender Vertragsverhandlungen!
- 1665      – Nachhaltige Wirtschaftspolitik statt nationaler Standortkonkurrenz! Es braucht einen internationa-  
1666      len Ausgleichsmechanismus, der die EU-Staaten mit Exportüberschüssen auf ausgeglichene Han-  
1667      delsbilanzen verpflichtet. So wird die Wirtschaft stärker auf Nachfrage im Inneren ausgerichtet.  
1668      Dafür braucht es ein Ende der Kürzungspolitik, die den Niedriglohnsektor befördert und Löhne in  
1669      Europa künstlich niedrig hält. Das exportiert weltweit Armut und ist volkswirtschaftlich schädlich.  
1670      (vgl. Kapitel »Gute Arbeit: gerecht in Europa«)
  - 1671      – Recht auf Nahrung durchsetzen! Wir wollen Landraub (»land grabbing«) und die Spekulation mit  
1672      Nahrungsmitteln verbieten. Zudem wollen wir grenzübergreifend Ernährungssouveränität und eine  
1673      nachhaltige Landwirtschaft fördern, statt die Agrarindustrie weiter zu päppeln. Dafür wollen wir die  
1674      bisherigen EU-Flächenprämien umwidmen und in den Umbau zu einer klimaverträglichen Landwirt-  
1675      schaft investieren (vgl. Kapitel »Menschen vor Profite«)
  - 1676      – Fair handeln! Wir wollen europäische Handelsabkommen mit sozialen, demokratischen und  
1677      ökologischen Mindeststandards! Nein zu den »Europäischen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen«  
1678      (EPA) mit den Afrikanischen Staaten, die nur Märkte öffnen und Privatisierungen zementieren. Die  
1679      Länder des Südens müssen ihre Märkte schützen können (vgl. Kapitel »Wirkliche Demokratie statt  
1680      Lobby der Konzerne«).
  - 1681      – Zivilgesellschaft fördern statt Deals mit Diktatoren schließen! Wir wollen einen europäischen Fonds  
1682      zur Förderung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich für Demokratie, Gleichberechtigung  
1683      und soziale Gerechtigkeit weltweit einsetzen, ihn wollen wir mit substantiellen finanziellen Mitteln  
1684      ausstatten. Die EU muss sich aktiv für die Freilassung politischer Gefangenen in autoritären Regi-  
1685      men einsetzen und aufhören, Autokraten unter die Arme zu greifen. Die willkürliche Kriminalisie-  
1686      rung fortschrittlicher Bewegungen, auch durch Behörden hierzulande, wollen wir beenden. Die PKK  
1687      muss von der Terror-Liste des EU-Ministerrates gestrichen werden.
  - 1688      – Verbindliche Regeln für Konzerne! Wir wollen europäische Konzerne verpflichten, weltweit die  
1689      sozialen und ökologischen Standards einzuhalten. Die Einfuhr von Produkten aus Kinderarbeit  
1690      wollen wir verbieten. Wir wollen, dass europäische Firmen ihre Zulieferer und deren Arbeitsbedin-  
1691      gungen offenlegen müssen. Sie haben eine – auch menschenrechtliche – Sorgfaltspflicht entlang  
1692      der gesamten Lieferkette. Wir wollen, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten die Konvention zum  
1693      Schutz der Rechte von Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter ratifizieren.
  - 1694      – Arbeitsrechte globalisieren! Wir setzen uns für verbindliche Regeln für multinationale Unternehmen  
1695      ein. Deshalb unterstützen wir den sogenannten »Treaty-Prozess« der Vereinten Nationen, der die  
1696      Sorgfaltspflichten von Unternehmen gesetzlich verankern will und von den EU-Staaten bisher  
1697      blockiert wird. Beschäftigte sollen gegen Menschenrechtsverletzungen durch Konzerne auch an ihren  
1698      Heimatstandorten klagen können. Die Zuständigkeit europäischer Gerichte wollen wir entspre-  
1699      chend erweitern!
  - 1700      – Die Reichen sollen für ihre Krisen zahlen! Reiche und Superreiche müssen über eine europäische  
1701      Fluchtursachensteuer an den globalen Kosten der Krisen beteiligt werden. Außerdem braucht es  
1702      ein gerechtes internationales Steuersystem, eine Finanztransaktionssteuer und die Trockenlegung  
1703      von Steueroasen, um transnationale Konzerne stärker an der Entwicklung der Länder zu beteiligen,  
1704      von deren Ausbeutung und Ressourcen sie massiv profitieren (vgl. Kapitel »Mit Steuern steuern«).
  - 1705      – Nachhaltigkeit braucht Verbindlichkeit! Wir wollen mehr als schöne Absichtsbekundungen: Die EU  
1706      und ihre Mitgliedstaaten müssen sich auf die verbindliche Umsetzung der Nachhaltigen Entwick-  
1707      lungsziele der »2030 Agenda« der UN verpflichten.

## 1708      8. Wirkliche Demokratie statt Lobby der Konzerne

1709      Die Krise der EU heute ist vor allem eine soziale Krise. Ganze Regionen, Industrien und Wirtschaftssek-  
1710      toren wurden in den Ruin getrieben. Nationalistische Motive in öffentlichen Debatten nehmen zu.  
1711      Neben der linken, sozialen Kritik am neoliberalen Projekt EU nimmt auch eine von dumpfem Nationa-

1712 lismus und irrationalen Ängsten gespeiste Kritik von rechts zu. Wahlerfolge rechter, rechtsextremer  
1713 und faschistischer Parteien in zahlreichen Ländern sind ein Ausdruck dieser politischen Krise.  
1714 Spätestens mit dem »Brexit«-Referendum in Großbritannien ist offenbar geworden, dass die Gefahr  
1715 eines Auseinanderbrechens der EU ganz real ist. Es sind diese unsoziale und undemokratische EU und  
1716 die Politik ihrer Mitgliedsstaaten, die autoritären Kräften, Rassismus und Nationalismus Auftrieb  
1717 geben. Europa kann durch Demokratie und soziale Gerechtigkeit verändert werden – andernfalls  
1718 besteht die Gefahr, dass rechte Parteien und Populisten Europa nach ihrem Bild verändern.

1719 Die Krise der EU ist auch eine Krise der marktkonformen Demokratie: Freier Kapitalverkehr, freier  
1720 Fluss von Gütern und Dienstleistungen sind die privilegierten Freiheiten, sie sind das Primärrecht der  
1721 EU. Kommt es zum Konflikt mit sozialen, ökologischen und demokratischen Rechten, sind diese nur  
1722 Sekundärrecht. Die Macht der Lobbyisten der Konzerne ist nicht nur eine Folge ihrer ökonomischen  
1723 Macht oder gar Zufall. Marktkonforme Demokratie und Lobbymacht der Konzerne bedingen einander  
1724 gegenseitig.

1725 DIE LINKE will einen Neustart der Europäischen Union. Wir wollen die linke europäische Idee von  
1726 sozialer Gerechtigkeit, Humanismus und internationaler Solidarität vor ihrer Zerstörung durch die  
1727 neoliberale Politik der EU bewahren. Nur so kann Europa und die EU eine wirkliche und dauerhafte  
1728 Antwort auf die jahrhundertelange Geschichte von Kriegen und Gewaltherrschaft, insbesondere dem  
1729 Zweiten Weltkrieg und dem Nationalsozialismus sein.

1730 Eine Verbesserung demokratischer und sozialer Standards wird es im 21. Jahrhundert in Europa nur  
1731 auf der Grundlage des solidarischen Miteinanders geben. Wir wollen den Neustart der Europäischen  
1732 Union durch eine Initiative für ein Europa von unten.

1733 Die EU kann durch Bewegung von unten für eine unteilbare Demokratie und soziale Gerechtigkeit  
1734 verändert werden. Bereits früher konnten durch den Druck von Gewerkschaften und sozialen  
1735 Bewegungen neoliberale Vorstöße zur Privatisierung der Wasserversorgung (2014) und die sogenann-  
1736 te Bolkestein-Richtlinie (2006) zur Liberalisierung von Dienstleistungen im EU-Binnenmarkt verhindert  
1737 bzw. abgeschwächt werden.

1738 Nach den Protesten gegen TTIP, CETA und TiSA wurde 2018 das Sonderklagerecht für Konzerne aus  
1739 dem neuen NAFTA-Vertrag zwischen Mexiko, Kanada und der USA gestrichen. Das muss jetzt auch für  
1740 die weiteren Handelsverträge der EU erreicht werden.

1741 DIE LINKE steht an der Seite der Gewerkschaften und ist Teil der sozialen Bewegungen. Wir werden in  
1742 Deutschland und in Europa gemeinsam mit unserer Fraktion im EU-Parlament sowie unseren  
1743 Schwesterparteien in der Europäischen Linken (EL) weiter dafür kämpfen, dass die Interessen der  
1744 Menschen Vorrang vor Profit und Wettbewerb haben, dass das Recht auf Asyl und der Schutz vor  
1745 Diskriminierung, Verfolgung und auf der Flucht verteidigt wird. DIE LINKE ist solidarisch mit den  
1746 fortschrittlichen Kräften in Europa, die ein soziales und solidarisches Europa anstreben. Veränderun-  
1747 gen sind nur möglich, wenn die Mehrheiten andere sind. Deshalb brauchen wir soziale Bewegungen  
1748 und eine starke LINKE.

## 1749 Die Macht von Kommission und Räten brechen – Das europäische Parlament 1750 stärken

1751 Das Parlament der EU ist die am stärksten demokratisch legitimierte Institution der EU, weil sie durch  
1752 das Verhältniswahlrecht zusammengesetzt ist. Entscheidungen dagegen werden vom EU-Rat und der  
1753 EU-Kommission getroffen. Die Mitglieder des EU-Rats werden von den jeweiligen nationalen Regierun-  
1754 gen delegiert. Auch in der EU-Kommission finden sich in aller Regel nur die Vertreter (und selten:  
1755 Vertreterinnen) der Regierungen der Länder. Nur die EU-Kommission hat Initiativrecht für EU-Recht.  
1756 Auch hier hat das EU-Parlament keine Rechte. Die Oppositionsparteien aus den europäischen Ländern  
1757 im EU-Parlament können keine Gesetzesinitiativen anstoßen, weil sie im EU-Rat und der EU-  
1758 Kommission nicht vertreten sind. Die demokratische Pluralität des Parlaments als ein Ergebnis der  
1759 Wahlen zum Parlament wird so systematisch verzerrt. Sie muss gestärkt werden gegen die Macht der

- 1760 Kommission und Räte der EU. DIE LINKE kämpft für ein Europäisches Parlament, in dem es wirklich  
1761 etwas zu entscheiden gibt:
- 1762 – Das Europäische Parlament muss das Initiativrecht bekommen, damit es selbst Gesetzesprozesse  
1763 anstoßen und so Politik entwickeln kann.
  - 1764 – Im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion soll das EP gleichberechtigt zu Rat und Eurogruppe  
1765 entscheiden können.
  - 1766 – Die Abgeordneten sollen die Kommission und ihren Präsidenten wählen und abwählen können.
  - 1767 – Das Europäische Parlament soll für seine Zuständigkeiten ein alleiniges Haushaltsrecht bekommen.
  - 1768 – Die EZB muss unter demokratische Entscheidungen und Kontrolle des Europäischen Parlaments  
1769 gestellt werden.

1770 Wir wollen die Institutionen der EU grundlegend demokratisieren. Dabei muss der Grundsatz der  
1771 Subsidiarität gelten: Politische Entscheidungen in der EU sollen so bürgernah wie möglich getroffen  
1772 werden. Entscheidungen sollen auf den Ebenen getroffen werden, die am stärksten davon betroffen  
1773 sind: kommunale Angelegenheiten in den Kommunen und bundesweite Angelegenheiten in den  
1774 nationalen Parlamenten. Grundlegende Entscheidungen in der EU müssen vom Europaparlament und  
1775 den nationalen Parlamenten getroffen werden.

## 1776 Mehr direkte Demokratie, Volksabstimmungen und Referenden

1777 Die EU-Bürgerinitiative für ein Verbot von Glyphosat und verbindliche Reduktionsziele von Pestiziden  
1778 sammelte über 1 Million Unterschriften in 28 Ländern für ihr Anliegen. Die EU-Kommission entschied  
1779 dagegen mit den Stimmen von 18 Regierungen, einschließlich Deutschlands, die Zulassung von  
1780 Glyphosat um fünf Jahre zu verlängern, ohne über die Bürgerinitiative im Rat oder Parlament der EU  
1781 überhaupt zu beraten.

1782 Die Bürgerinnen und Bürger müssen mit Volksbegehren und Volksentscheiden Themen auf der EU-  
1783 Ebene verbindlich setzen können. Sie müssen sie zur Abstimmung bringen können, wenn sie im  
1784 Institutionengefüge der EU nicht durchdringen. Demokratie ist mehr, als alle vier oder fünf Jahre seine  
1785 Stimme abgeben zu dürfen!

1786 Die Menschen in der EU wollen Volksentscheide, aber es fehlen die rechtlichen Voraussetzungen. Seit  
1787 2013 hat es außer der Glyphosat-Initiative keine EU-Bürgerinitiative mehr geschafft, die hohen  
1788 bürokratischen Hürden zu nehmen. Die Menschen wollen Initiativen anstoßen und bei Gesetzgebungs-  
1789 verfahren das letzte Worte haben, aber das geht in dieser EU bisher nicht. Auch die vor der Europa-  
1790 wahl geplante Reform der EU-Bürgerinitiative plant keine Änderungen an der mangelnden Verbindlich-  
1791 keit. DIE LINKE fordert dagegen:

- 1792 – Die Europäische Bürgerinitiative muss zu einer vollgültigen EU-Bürgergesetzgebung ausgebaut  
1793 werden, die den Initiatoren das Recht gibt, ein EU-Bürgerbegehren durchzuführen und eine EU-  
1794 weite Volksabstimmung anzustreben, wenn das Parlament ihre Initiative abgelehnt hat.
- 1795 – Bürgerinnen und Bürger in der EU sollen das Recht erhalten, über Volksentscheide und Volksbe-  
1796 gehren konkrete EU-Politik mitzugestalten und Gesetze zu initiieren.
- 1797 – Bürgerinnen und Bürger wollen wir in der EU das Recht geben, mit einem Referendum ein von der  
1798 EU beschlossenes Gesetz ändern bzw. verhindern zu lassen.

## 1799 Eine Verfassung für Europa

1800 Nicht nur diese Demokratiedefizite machen deutlich, dass die EU eine andere vertragliche Grundlage  
1801 benötigt: DIE LINKE will einen Neustart der Europäischen Union. Die Verträge von Maastricht und  
1802 Lissabon haben den Neoliberalismus in die Grundlagen der EU eingeschrieben. Wir brauchen eine  
1803 grundsätzliche soziale, demokratische und europäische Alternative zu dieser neoliberalen EU: mit  
1804 neuen Verträgen, neuen Strukturen, neuen Hoffnungen.

- 1805 – Eine neue Verfassung kann nur von und mit den Menschen in Europa entwickelt werden. Deswegen  
1806 treten wir für einen Verfassungskonvent ein, in dem Vertreterinnen und Vertreter der Länder  
1807 der EU gleichberechtigt und gemeinsam die Grundlagen der EU diskutieren, einen Entwurf für eine  
1808 Verfassung erarbeiten und diesen zur Beratung und Abstimmung durch die Menschen in der EU  
1809 vorlegen können.

## 1810 Grundrechte verteidigen und weiterentwickeln

1811 Ein Teil des Gründungsmythos der EU ist, dass sie ein Leuchtturm der Bürger- und Menschenrechte  
1812 sei. Doch: In Polen wurden unabhängige Richter abgesetzt, in Österreich unterscheiden Ministerien  
1813 zwischen freundlichen und kritischen Journalisten, in Italien und Ungarn werden Menschen kriminali-  
1814 siert, die sich für Geflüchtete einsetzen.

1815 Wir brauchen Initiativen zum Schutz der Bürger- und Menschenrechte in der EU. Besonders die  
1816 sozialen Menschenrechte müssen im Sinne der UN Menschenrechtserklärung gestärkt werden.

1817 – Seit 2010 ist die EU verpflichtet, der Europäischen Menschenrechtskonvention beizutreten. Das  
1818 Beitrittsverfahren ist aber zum Stillstand gekommen, weil der Europäische Gerichtshof den bereits  
1819 ausverhandelten Beitritt mit einer politisch motivierten und juristisch willkürlichen Stellungnahme  
1820 blockiert hat. Die Mitgliedstaaten müssen diese Blockade überwinden, um soziale Rechte wie das  
1821 Streikrecht zu garantieren und eine menschenrechtliche Kontrolle von Frontex, Europol und der  
1822 Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu erreichen.

1823 – Die Menschenrechtskonvention muss um das Recht auf Asyl und Schutz auf der Flucht ergänzt und  
1824 für jeden Mitgliedsstaat der EU verbindlich geregelt werden.

1825 – Soziale Grundrechte – entsprechend der revidierten Europäischen Sozialcharta des Europarates –  
1826 müssen von einzelnen Personen auch beim Europäischen Gerichtshof einklagbar sein.

1827 – Wir wollen die Grundrechte in Europa stärken: Keine verdachtsunabhängige Datenspeicherung und  
1828 kein Profiling.

1829 – Wir wollen, dass die Lage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten in der EU  
1830 regelmäßig länderspezifisch evaluiert und Verstöße sanktioniert werden.

## 1831 Den Sumpf trockenlegen: Lobbyisten der Großunternehmen zurückdrängen

1832 Ein freiwilliges EU-Lobbyregister gibt es seit 2008. Ein verbindliches Lobbyregister scheiterte aber  
1833 bislang am Widerstand von EU-Parlament und -Rat und der Mehrheit der Christ- und Sozialdemokraten  
1834 darin. Ebenso fehlt ein verbindliches Transparenzregister, das den Umfang der Lobbyinterventionen  
1835 deutlich machen könnte. Lobby- und Transparenzregister stärken die demokratische Kontrolle.  
1836 Korruption und Bestechung, Vorteilsgewährung, Vorteilsnahme, Intransparenz und Parteiensponsoring  
1837 dürfen nicht die Politik bestimmen.

1838 – DIE LINKE fordert für die EU wie auch für die Bundesrepublik verbindliche, digital lesbare Lobby-  
1839 und Transparenzregister. Mit ihnen soll öffentlich gemacht werden, mit welchem Budget, in wessen  
1840 Auftrag und zu welchem Thema die Lobbyisten Einfluss auf die Politik nehmen.

1841 – Wir wollen die europäische Anti-Korruptionsbehörde, das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung  
1842 »OLAF«, ausbauen und stärken.

1843 José Manuel Durão Barroso war von 2004 bis 2014 Präsident der Europäischen Kommission und  
1844 damit quasi Regierungschef der EU mit Richtlinienkompetenz. In dieser Funktion hatte er während der  
1845 Finanzkrise u. a. eine eng mit der Finanzlobby verbundene Gruppe gebildet, die die Finanzmärkte und  
1846 Finanzdienstleister beaufsichtigen sollte. 2016 wurde er von Goldman Sachs angestellt. Derartige  
1847 Verflechtungen, Abhängigkeiten, Drehtüreffekte zwischen Wirtschaft und Politik sind auch in der EU  
1848 alltäglich – und sie beschädigen die Demokratie nachhaltig. Gesetze dürfen nicht von denen geschrie-  
1849 ben werden, die von ihnen profitieren.

1850 – Wir brauchen eine Abkühlphase für Politiker und Politikerinnen von mindestens drei Jahren vor  
1851 einem Wechsel in die Privatwirtschaft sowie harte Sanktionen bei Verstößen gegen den Verhal-  
1852 tenskodex.

- 1853 – Wir wollen Abgeordnetenbestechung wirksam unter Strafe stellen. Wer Gegenleistungen für
- 1854 Handlungen oder Unterlassungen im Zusammenhang mit der Ausübung des Abgeordnetenmandats
- 1855 annimmt, soll bestraft werden.
- 1856 – Die Nebenverdienste von Abgeordneten sind auf Euro und Cent zeitnah zu veröffentlichen.
- 1857 – Spenden von Unternehmen und Lobbyisten an Parteien sowie Parteiensponsoring, wie Unterneh-
- 1858 mensstände auf Parteitag, wollen wir verbieten und Spenden von Privatpersonen auf 25.000
- 1859 Euro im Jahr begrenzen.

## 1860 Keine Sonderklagerechte für Konzerne – Neoliberale Freihandelsabkommen 1861 stoppen

- 1862 Beim neuen NAFTA-Freihandelsabkommen verzichten Kanada, Mexiko und die USA auf die einseitigen
- 1863 Konzernklagerechte, gegen die wir uns seit Anfang an gewehrt und gegen die wir im Europäischen
- 1864 Parlament gestimmt haben. Auch der Europäische Gerichtshof hat kürzlich Abkommen über Konzern-
- 1865 klagerechte zwischen EU-Staaten als rechtswidrig erklärt. Die EU Kommission hat auf die Kritik an
- 1866 Schiedsgerichten reagiert und eine Reformagenda angeschoben. Wenn Kanada mit den USA auf
- 1867 Schiedsgerichte verzichtet, dann müssen sie auf dieses umstrittene Instrument auch beim Handelsab-
- 1868 kommen CETA, zwischen Kanada und der EU, TTIP, zwischen der USA und der EU, JEFTA, mit Japan,
- 1869 und TiSA, zwischen 23 Staaten und der EU, verzichten.
- 1870 – Wir fordern, dass alle einseitigen Konzernklagerechte bei den Handelsverträgen CETA, TTIP, JEFTA
- 1871 und TiSA sofort abgeschafft werden.
- 1872 – Wir lehnen die neoliberalen Freihandels- und Konzernschutzabkommen ab: sie sind demokratie-
- 1873 feindlich und schränken die Entwicklungsmöglichkeiten schwächerer Länder ein. Deutschland
- 1874 muss ihnen die Zustimmung verweigern.

## 1875 Bürgerrechte 4.0 – Datenschutz garantieren

- 1876 Die Europäische Kommission hat Deutschland beim Gerichtshof der Europäischen Union verklagt, weil
- 1877 Deutschland es an einigen deutschen Flughäfen versäumt hat, alle Maßnahmen der Luftsicherheit
- 1878 regelmäßig zu überprüfen. Statt Straftaten oder Terroranschlägen durch regelmäßige Kontrollen
- 1879 vorzubeugen, werden bei Flügen nach wie vor anlasslos und grundrechtswidrig Fluggastdaten
- 1880 gespeichert und die Überwachungstechnik ausgebaut. So werden Freiheitsrechte ausgehöhlt, die zu
- 1881 verteidigen vorgegeben wird.
- 1882 Wir brauchen einen starken europäischen Datenschutz, damit der Datenschutz in Deutschland besser
- 1883 funktioniert. Die Datenschutzgrundverordnung leistet dies nur sehr begrenzt. Sie will die Grundlagen
- 1884 für einen europäischen Datenbinnenmarkt legen. Verstöße gegen den Datenschutz wollen wir schärfer
- 1885 bestrafen und Datenschutzbeauftragte stärken.
- 1886 Neue Technologien führen mit dramatischer Geschwindigkeit zu einer Veränderung unserer Wirtschaft
- 1887 und unserer Handelsbeziehungen. Die reichsten Konzerne der Welt handeln nicht mehr mit Öl,
- 1888 sondern mit Daten – und zwar mit unseren.
- 1889 – Wir wollen, dass die Europäische Union ein Regelwerk durchsetzt, das Beschäftigte und Konsumie-
- 1890 rende in einer digitalisierten Weltwirtschaft in ihren Persönlichkeitsrechten stärkt und vor Manipu-
- 1891 lation, Ausbeutung und Betrug schützt.
- 1892 – Private elektronische Kommunikation (»ePrivacy-Verordnung«) muss stärker reguliert werden.
- 1893 – Das »privacy shield« erlaubt es US-amerikanischen Firmen, wie Facebook oder Amazon, persönl-
- 1894 iche Daten aus Europa in die USA zu übertragen, wo kein nennenswerter Datenschutz besteht. Wir
- 1895 wollen verhindern, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr und mehr zu Objekten von Datenhandel,
- 1896 datengestützten Analysen ihres Verhaltens und Ausbeutung ihrer persönlichen Daten zu Profit-
- 1897 bzw. Machtzwecken werden.
- 1898 – Die EU muss sich zum Prinzip der Gewaltenteilung und der Trennung von Polizei, Geheimdiensten
- 1899 und Militär bekennen und dieses verteidigen. Datenaustausch zwischen Strafverfolgungsbehörden

- 1900 muss auf eine rechtsstaatliche Basis gestellt und die Rechte der Betroffenen gestärkt werden. Die  
 1901 Menschen dürfen nicht Objekt staatlicher Datenausspähung werden.
- 1902 – Hasskriminalität und illegale Onlineinhalte müssen verhindert werden. Das Netzwerkdurchset-  
 1903 zungsgesetz lehnen wir genauso ab, wie ähnliche Pläne in der EU. Der Rechtsschutz für Betroffene  
 1904 muss gewahrt werden und darf nicht privaten Anbietern von Plattformen und sozialen Netzwerken  
 1905 das Recht übertragen werden, über entsprechende Inhalte zu entscheiden.
- 1906 – Das Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung gilt auch für Beschäftigte.  
 1907 Arbeitgeber dürfen nur Daten abspeichern, die für die Erfüllung des Arbeitsvertrages erforderlich  
 1908 sind. Einer Überwachung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch Video, Detektive oder des E-  
 1909 Mail-Verkehrs stellen wir uns entgegen.
- 1910 – Die Vorratsdatenspeicherung und die anlasslose Speicherung von Fluggastdaten müssen beendet  
 1911 werden.
- 1912 – Wir wollen Personen und Strukturen schützen, die kritische Öffentlichkeit möglich machen:  
 1913 sogenannte »Whistleblower«. Das betrifft die Informanten über Missstände in Unternehmen und  
 1914 Behörden und Plattformen im Internet, auf denen kritische Informationen veröffentlicht werden  
 1915 können.

## 1916 9. Unteilbar: Gegen Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung – 1917 gleiche Rechte für alle

1918 Es findet eine dramatische politische Verschiebung statt: Rassismus, Antisemitismus und Menschen-  
 1919 verachtung werden gesellschaftsfähig. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, ist  
 1920 kurz darauf Realität. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und Rechtsstaat werden offen  
 1921 angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt.

1922 Die Politik von sozialer Verunsicherung und nationaler Abschottung hat den Nährboden bereitet, auf  
 1923 dem Rassismus und Ideologien der Ausgrenzung gedeihen. Eine wirksame Politik dagegen muss in der  
 1924 EU die Ursachen bekämpfen und aufklären: Prekarisierung zurückdrängen, die Demokratisierung der  
 1925 Gesellschaft vorantreiben und soziale Sicherheit schaffen. Erst damit kann es wirksam und langfristig  
 1926 verhindert werden, dass Menschen wegen ihres sozialen Status, Aussehens, Herkunft, ihrer sexuellen  
 1927 Orientierung oder Religion ausgegrenzt oder gegeneinander ausgespielt werden.

1928 Wir treten für eine offene und solidarische Gesellschaft ein, in der Menschenrechte unteilbar, in der  
 1929 vielfältige und selbstbestimmte Lebensentwürfe selbstverständlich sind. Wir stellen uns gegen jegliche  
 1930 Form von Diskriminierung und Hetze. Gemeinsam treten wir antimuslimischem Rassismus, Antisemi-  
 1931 tismus, Antiziganismus, Antifeminismus und LSBTTIQ\*-Feindlichkeit entschieden entgegen.

1932 Es gibt keinen Gegensatz zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und denen des Feminismus,  
 1933 Antirassismus, der LSBTTIQ\*-Bewegung und der Ökologie. Eine linke Partei kann diese Themen nur  
 1934 gemeinsam angehen. Menschenrechte sind unteilbar, weil das eine Menschenrecht nicht vom  
 1935 anderen zu trennen ist, weil jedes Menschenrecht die anderen benötigt, weil es Rechte für jeden  
 1936 Menschen sind.

## 1937 Dem Rassismus entgegentreten: gegen Rechtspopulismus und Neofaschismus 1938 in Europa

1939 Die extreme Rechte ist in Europa auf dem Vormarsch. In Österreich und Italien regieren diese Parteien  
 1940 mit. In Polen und Ungarn sind sie die stärksten Parteien. In weiteren Ländern sind sie an der Regie-  
 1941 rung beteiligt oder dulden sie. In den Niederlanden und Schweden finden sich erfolgreiche Rechtspar-  
 1942 teien. In Deutschland ist die AfD in allen Landtagen vertreten, und im Bundestag ist sie nominell  
 1943 stärkste Oppositionspartei. Die AfD hat in uns ihre entschiedenste Gegnerin. DIE LINKE bietet den  
 1944 alten und neuen Hetzern Paroli – in den Parlamenten und auf den Straßen – ob in der Stadt oder auf  
 1945 dem Land: DIE LINKE mobilisiert breit gegen rechte Aufmärsche und Aktivitäten.

- 1946 – DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Empfehlungen der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) und der der Agentur für Grundrechte der EU in den Mitgliedstaaten der Union
- 1947 tatsächlich umgesetzt bzw. sanktioniert werden.
- 1948
- 1949 – DIE LINKE fordert weiterhin die finanzielle Stärkung europaweiter Programme, die sowohl Mittel für
- 1950 Initiativen und Projekte gegen Rassismus und andere Formen der Diskriminierung. Diese sollen
- 1951 Bestandteil einer zu schaffenden europäischen Präventionsarchitektur gegen alle Formen des
- 1952 Rassismus und Neofaschismus sein.

### 1953 Antimuslimischem Rassismus entgegentreten – gleiche Rechte für Muslime

1954 Antimuslimischer Rassismus ist zentraler Bestandteil von Hetze und Mobilisierung extrem rechter  
 1955 Parteien in ganz Europa geworden. Auch der Grundrechte-Bericht der Agentur der Europäischen Union  
 1956 für Grundrechte 2018 kritisiert die Diskriminierung auch im staatlichen Handeln. DIE LINKE verteidigt  
 1957 die Freiheit der Gedanken, des Gewissens und des Glaubens. Wir stellen uns dem antimuslimischen  
 1958 Rassismus entgegen. Gegen einen vermeintlichen »Kampf der Kulturen« (Samuel Huntington) oder  
 1959 eine »feindliche Übernahme« (Thilo Sarrazin) unterstützen wir den Einsatz von Menschen unterschied-  
 1960 licher Herkunft, Weltanschauungen und Religionen für globale soziale Gerechtigkeit, Demokratie und  
 1961 Frieden. Gegen Islamfeinde und Rassisten sagen wir: Der Islam gehört zu Europa. Wir wollen die  
 1962 Selbstorganisation der Muslime fördern.

- 1963 – Wir brauchen kostenlose und diskriminierungsfreie Bildungs- und Ausbildungsangebote, die über
- 1964 die antimuslimische Hetze der Rechten und Religionen in ihrer Vielfalt aufklären.
- 1965 – Wir unterstützen gemeinsam mit unseren Bündnispartnern Proteste auf der Straße gegen antimus-
- 1966 limischen Rassismus und rechte Angriffe auf Moscheen.
- 1967 – Wir lehnen jegliche Form von Diskriminierung von Muslimen ab, auch Verbote bestimmter
- 1968 Kleidungsstücke.
- 1969 – Wir werden im europäischen Parlament Vorschläge einbringen, um gleiche Rechte für Muslime
- 1970 durchzusetzen und die Diskriminierung europaweit zu unterbinden.

### 1971 Antisemitismus entgegentreten

1972 Europaweit nehmen antisemitische Gewalt- und Hassverbrechen zu. Antisemitismus ist keineswegs  
 1973 ein importiertes Problem: Er ist in allen Gesellschaftsschichten und politischen Richtungen vertreten,  
 1974 aber in einem Lager deutlich am stärksten: unter Rechtsradikalen. Wir stellen uns daher auch gegen  
 1975 rechtspopulistische Versuche, Musliminnen und Muslime gegen Jüdinnen und Juden auszuspielen.

1976 Um Antisemitismus zurückzudrängen, brauchen wir Bildung über die Verbrechen des Faschismus als  
 1977 auch über antisemitische Bilder in der heutigen Gesellschaft. Wir treten für die Förderung interreligiö-  
 1978 ser Vernetzung und Bildung ein.

1979 DIE LINKE steht konsequent gegen Antisemitismus und damit gegen »eine bestimmte Wahrnehmung  
 1980 von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in  
 1981 Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie  
 1982 gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.«

### 1983 Gleiche Rechte für Sinti und Roma

1984 Sinti und Roma sind die größte ethnische Minderheit in Europa. Sie sind in einem höheren Maße von  
 1985 Diskriminierung und Verfolgung, Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen, werden infolge der  
 1986 neoliberalen Anpassungsprogramme immer weiter ins Elend gedrängt. Pogrome gegen einheimische  
 1987 und zugewanderte Roma, wie in Italien 2007, Frankreich 2010 und zuletzt in der Ukraine 2018, sind  
 1988 Ergebnis von Hetze und Sündenbockpolitik. EU-Regierungen führen davon unbeeindruckt Massenab-  
 1989 schiebungen durch, anstatt sich für die Sicherheit und Gleichberechtigung der Roma in ganz Europa  
 1990 einzusetzen. Gegen die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn wurden seit 2014 EU-  
 1991 Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil sie Kinder in Sonderschulen abschieben. Die Lage der  
 1992 Sinti und Roma in der EU hat sich in den letzten Jahren weiter verschlechtert, weil die EU-Instrumente

- 1993 unzureichend adressiert sind, weil viel zu wenig Geld dafür zur Verfügung gestellt wird und weil die EU-Mitgliedsstaaten nicht verpflichtet werden, die Richtlinien und Gesetze umzusetzen.
- 1994
- 1995 – Wir wollen die Selbstorganisation und die öffentliche Unterstützung der Sinti und Roma fördern.
- 1996 – Die Programme zur Verbesserung der Lage der Roma sollen auf Dauer gestellt und finanziell abgesichert werden. Die gezielte Förderung benachteiligter Roma nach dem Prinzip »explizit aber nicht exklusiv« soll in allen Mitgliedsländern als Förderansatz verbindlich und verpflichtend erklärt werden.
- 1997
- 1998
- 1999
- 2000 – Über die Teilhabe von Roma an der Geschichte und Kultur Europas und über Antiziganismus soll in allen EU-Ländern in Schulen, Ausbildungseinrichtungen und Universitäten informiert, geforscht und gelehrt werden.
- 2001
- 2002
- 2003 – Sinti und Roma haben das Recht, die Freizügigkeitsregelungen in der EU wie in Deutschland in Anspruch zu nehmen. Diskriminierende Sonderregelungen sind abzuschaffen.
- 2004
- 2005 – Sinti und Roma darf nicht das Recht auf Asyl entzogen werden, indem potenziellen Beitrittskandidaten der EU Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden.
- 2006
- 2007
- 2008 – Keine Abschiebungen von Sinti und Roma in Staaten, in denen sie diskriminiert und verfolgt werden.
- 2009
- 2010 – Symbolische Erklärungen des EU-Parlaments reichen nicht! Nötig sind Sanktionen gegen Länder, in denen Roma diskriminiert werden.
- 2011

## 2012 »Wenn wir streiken, steht die Welt still«: LINKER Feminismus

- 2013 Die Rechten greifen weltweit Rechte von Frauen, Migrantinnen, Homosexuellen und Trans\* Menschen an. Sie wollen gesellschaftlichen Rückschritt und die erkämpften Rechte von Frauen beschneiden – in einigen europäischen Ländern geschieht das bereits. DIE LINKE steht für das Gegenteil ein: Wir unterstützen den Kampf für gleiche Rechte, sexuelle Selbstbestimmung, gegen Sexismus – und für soziale Gleichheit. Wir stehen für einen »Feminismus der 99 Prozent«, der Gleichheit und Emanzipation für alle Frauen erkämpfen, die Lebensbedingungen aller Frauen verbessern, und die Gesellschaft demokratischer gestalten will. Das geht nur im Konflikt mit den Reichen und Mächtigen und dem Anti-Feminismus von rechts.
- 2014
- 2015
- 2016
- 2017
- 2018
- 2019
- 2020
- 2021 Frauen werden immer noch schlechter bezahlt als Männer, sie sind stärker von Altersarmut und prekärer Arbeit, aber auch von Sexismus und sexualisierter Gewalt betroffen. Die neoliberale Politik in der EU hat Millionen Frauen in die Armut gestürzt, sie hat zu Erwerbslosigkeit, mangelnder Gesundheitsversorgung und zunehmender Gewalt gegen Frauen und Migrantinnen geführt.
- 2022
- 2023
- 2024
- 2025 Gleichzeitig ist auch die feministische Bewegung stärker geworden. In Spanien waren am 8. März 2018 fünf Millionen Frauen auf der Straße, in Polen haben sie gegen die Verschärfung der Abtreibungsgesetze gestreikt, in Irland das Abtreibungsverbot gekippt, auch in Deutschland werden feministische Proteste, wie am 8. März, stärker. Europaweit vernetzen sich Frauen für einen internationalen Frauenstreik. Wir unterstützen diese grenzenlosen feministische Kämpfe!
- 2026
- 2027
- 2028
- 2029
- 2030 – Wir setzen uns dafür ein, dass alle Frauen in der EU sozial abgesichert werden. Nur so ist ein selbstbestimmteres Leben möglich.
- 2031
- 2032 – Wir wollen europaweit die Lohndiskriminierung von Frauen überwinden. Europaweit muss gelten: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.
- 2033
- 2034 – Wir streiten für eine Aufwertung von Berufen etwa in der Pflege, Erziehung und im Einzelhandel, in denen vor allem von Frauen arbeiten und die häufig schlecht bezahlt werden.
- 2035
- 2036 – Die Gesundheitsversorgung muss insbesondere für Frauen verbessert werden. Alle Frauen müssen Anspruch auf die notwendige ambulante und stationäre medizinische Versorgung bei Krankheit und Schwangerschaft sowie auf die jeweilig notwendigen Vor- und Nachsorgemaßnahmen haben. Dafür wollen wir verbindliche Mindeststandards und stärkere Förderung unabhängiger Frauengesundheitseinrichtungen und –initiativen durch die EU.
- 2037
- 2038
- 2039
- 2040

- 2041 – Von Flucht und Vertreibung sind weltweit in besonderem Maße Frauen betroffen. Geschlechtsspe-
- 2042 zifische Verfolgung und Gewalt, auch Verfolgung aufgrund von sexueller Identität müssen als
- 2043 Asylgrund anerkannt werden.
- 2044 – Traumatisierte, geschundene, vergewaltigte Frauen aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten müssen
- 2045 in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union aufgenommen und betreut werden.
- 2046 – Wir wollen eine bedürfnisorientierte Unterbringung und ausreichend Schutzräume für geflüchtete
- 2047 Frauen und ihre Kinder sowie für Lesben, Schwule und Trans\* Menschen. Das Personal in den
- 2048 Unterkünften muss entsprechend besser geschult werden. Initiativen geflüchteter Frauen, Lesben,
- 2049 Schwulen, Trans\* und intergeschlechtlichen wollen wir stärken.
- 2050 – Reproduktive Rechte stärken: In Irland und Polen gab es erfolgreiche Bewegungen gegen die
- 2051 Einschränkung des Abtreibungsrechts. Der Kampf um reproduktive Rechte muss in ganz Europa
- 2052 geführt werden. Auch in Deutschland ist noch viel zu tun, wie etwa der Prozess gegen die Ärztin
- 2053 Kristina Hänel gezeigt hat. Wir fordern die Streichung der Paragraphen 218 und 219 aus dem
- 2054 Strafgesetzbuch.
- 2055 – Hygieneartikel sind kein Luxus: Für Tampons und Binden gilt in Deutschland eine Mehrwertsteuer
- 2056 von 19 Prozent. Damit werden sie nicht als Dinge des täglichen Bedarfs behandelt, für die die
- 2057 vergünstigte Steuer von 7 Prozent gilt. Dabei ist die Periode kein Luxus. Wir fordern die Absenkung
- 2058 auf 7 Prozent. In Frankreich, Großbritannien und Spanien wurde die Steuer bereits gesenkt. Per-
- 2059 spektivisch soll die Steuer europaweit an den niedrigsten Satz angeglichen werden.
- 2060 – Sexismus überwinden: »#metoo« hat gezeigt, wie viel noch getan werden muss. Um Sexismus im
- 2061 Alltag zurückzudrängen, wollen wir die Rechte von Frauen am Arbeitsplatz stärken. Unbefristete
- 2062 Arbeitsverträge und verbindliche Anti-Diskriminierungsregelungen müssen in allen EU-Staaten zur
- 2063 Regel werden. Wir fordern ein EU-weites Förderprogramm für Bildungsarbeit gegen Sexismus,
- 2064 Homo- und Transfeindlichkeit, das Initiativen von Betroffenen stärkt und schulische wie außerschu-
- 2065 lische Bildungsarbeit fördert.
- 2066 – Wir wollen die Rechte von Sexarbeiterinnen und -arbeitern stärken.
- 2067 – DIE LINKE will Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution besser schützen. Solange die
- 2068 Betroffenen keinen sicheren und eigenständigen Aufenthaltsstatus erhalten, sind die Täter durch
- 2069 die Angst der Opfer geschützt. Aufenthaltstitel, Schutz und Entschädigung müssen unabhängig von
- 2070 der Bereitschaft der Opfer, als Zeugin oder Zeuge in einem Strafverfahren auszusagen, gewährt
- 2071 werden. Für die Betroffenen fordern wir Therapiemittel, medizinische sowie psychologische Be-
- 2072 treuung, Rechtsbeistand und Rechtshilfe, Zugang zu sozialen Leistungen und Bildungsangebote.

## 2073 Sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung

- 2074 Vielfalt ist für uns kein Lippenbekenntnis, sondern eine Selbstverständlichkeit. Der Kampf für die
- 2075 Menschenrechte und gegen Diskriminierung von homosexuellen, trans\* und intergeschlechtlichen
- 2076 Menschen ist gerade angesichts des Aufschwungs rechter Kräfte zentral. Wir wollen, dass vielfältige
- 2077 Lebensweisen rechtlich gleichgestellt werden und setzen uns für ihre gesellschaftliche Akzeptanz und
- 2078 für soziale Gleichheit in den Lebensbedingungen ein. Dazu gehört, die Ungleichbehandlung von
- 2079 eingetragenen Lebenspartnerschaften in Europa zu überwinden.
- 2080 – Wir unterstützen Trans\* Menschen in ihrem Kampf für das Recht auf selbstbestimmte Geschlechts-
- 2081 identität. Das beginnt damit, Trans\* Identitäten nicht mehr als Krankheit zu betrachten, die geheilt
- 2082 werden muss. Das Transsexuellengesetz muss als Sondergesetz aufgehoben und in bestehendes
- 2083 Recht integriert werden.
- 2084 – Wir fordern Beratungs- und Aufklärungszentren für Betroffene und deren Angehörige sowie einen
- 2085 Entschädigungsfond für Intersexuelle, denen durch geschlechtsangleichende Operationen erhebliches
- 2086 Leid widerfahren ist.
- 2087 – Wir wollen den Schutz vor Diskriminierungen aufgrund der geschlechtlichen Identität, sexuellen
- 2088 Orientierung und Lebensweise in Artikel 3 des Grundgesetzes und in das Antidiskriminierungsge-
- 2089 setz aufnehmen. Um dieses erweiterte Grundrecht zu garantieren, braucht es Antidiskriminie-
- 2090 rungsstellen, ein echtes Klagerecht für Verbände im Allgemeinen Gleichstellungsgesetz sowie
- 2091 dessen EU-rechtskonforme Ausgestaltung.

- 2092 – Die Unrechtsurteile der nach §175 StGB in der BRD und DDR verfolgten Homosexuellen und  
2093 Trans\* Menschen müssen aufgehoben werden! Die Betroffenen müssen vollständig rehabilitiert  
2094 und entschädigt werden.  
2095 – Schutz- und Hilfseinrichtungen sollen einzelfallunabhängig, pauschal und verlässlich finanziert  
2096 sowie barrierefrei werden.

## 2097 Für ein inklusives Europa

2098 DIE LINKE tritt für eine volle und wirksame Teilhabe aller Menschen mit Behinderungen ein. Wir wollen  
2099 Barrieren abbauen – bauliche, kommunikative und strukturelle – und Menschen mit Behinderungen  
2100 eine unabhängige Lebensführung erleichtern.

2101 Doch Inklusion geht weit darüber hinaus. Inklusion ist Menschenrecht: Sie eröffnet allen Menschen  
2102 die Möglichkeit, überall im politischen, sozialen und kulturellen Leben nicht nur dabei zu sein, sondern  
2103 es auch selbstbestimmt aktiv gestalten zu können. Doppelstrukturen in Bildung, Wohnen und Arbeit  
2104 wollen wir europaweit auflösen. Für Menschen mit Behinderungen gibt es besonders viele Diskriminie-  
2105 rungen und strukturelle Zugangsbeschränkungen: auf dem Arbeitsmarkt, im Sozialraum, im Verkehr, in  
2106 der Bildung und in der ehrenamtlichen und politischen Betätigung. Das wollen wir ändern.

2107 – Die Behindertenrechtskonvention der UNO wurde bislang von der Bundesrepublik und fünf  
2108 weiteren europäischen Staaten nicht vollständig ratifiziert. Das muss umgehend nachgeholt und  
2109 die Konvention umgesetzt werden.

2110 – Die Bestimmungen zum Wahlrecht, Volksentscheide und Volksbegehren müssen für alle gelten, die  
2111 ihren Lebensmittelpunkt in einem EU-Mitgliedstaat haben. Das gilt auch für Menschen mit Behin-  
2112 derung, die unter Betreuung stehen.

2113 – Wir setzen uns dafür ein, dass alle rechtlichen Diskriminierungen von Menschen mit Behinderun-  
2114 gen aufgehoben werden, insbesondere psychiatrische Sondergesetze und ärztliche oder betreu-  
2115 ungsrechtliche Zwangsbefugnisse.

2116 – Menschen mit Behinderungen und ihre Selbstvertretungsorganisationen benötigen Unterstützung.  
2117 Das beinhaltet vor allem die Förderung unabhängiger Beratung durch Expertinnen und Experten in  
2118 eigener Sache, von Initiativen und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen.

## 2119 10. Information, Bildung und Kultur: demokratisch!

2120 Die Privatisierung und Kommerzialisierung von immer mehr privaten TV- und Radio-Sendern und  
2121 Online-Angeboten folgt den Relevanzkriterien der Werbewirtschaft oder den Vermarktungsstrategien  
2122 der Medienkonzerne. Sie zerstört die Vielfalt der Informationen. In einigen Ländern der Europäischen  
2123 Union entscheiden rechtsextreme Parteien über Wissenschaft und Bildung und produzieren Fake-  
2124 News, wie über den UN-Migrationspakt. In Ungarn sind die staatlichen Medien bereits seit Jahren  
2125 unter Kontrolle der Regierung.

2126 In Deutschland versucht die AfD die demokratische Öffentlichkeit mundtot zu machen. Sie klagt  
2127 gegen Bildungsvereine, wie Miteinander e. V. in Magdeburg, richtet Internetpranger ein, um kritische  
2128 Lehrer und Lehrerinnen einzuschüchtern. Der Bundeszentrale für Politische Bildung und dem  
2129 öffentlich-rechtlichen Rundfunk sollen die Gelder gestrichen werden. Politische Recherche, Bildung  
2130 und Medien will sie privatisieren, damit nur noch die reichsten Unternehmen und Menschen die  
2131 Debatte bestimmen. DIE LINKE setzt sich dagegen für eine vielfältige und reiche, streitfähige und  
2132 streitbare demokratische Öffentlichkeit ein, die die bundesdeutsche Gesellschaft und Europa  
2133 zusammenführt.

## 2134 Freier Zugang zu Wissen und Informationen

2135 Die EU-Urheberrechtsreform, die 2014 mit dem Anspruch gestartet ist, ein zeitgemäßes und einheitli-  
2136 ches europäisches Urheberrecht zu schaffen, ist gescheitert. Die Verpflichtung zu Upload-Filtern und  
2137 die Beschränkung von Verlinkungen durch das Leistungsschutzrecht für Presseverlage bedrohen die  
2138 Meinungsfreiheit im Internet.

- 2139 – DIE LINKE fordert einen Neustart für ein modernes und gerechtes Urheberrecht, das Nutzungen
- 2140 grenzüberschreitend regelt.
- 2141 – DIE LINKE setzt sich für den freien Zugang zu Wissen ein, das durch die öffentliche Hand oder mit
- 2142 öffentlichen Mitteln geschaffen wird.
- 2143 – Wir wollen die Position der Kreativen gegenüber den Verwertern ihrer Leistungen deutlich
- 2144 stärken, ihre gerechte Vergütung und gute Arbeitsbedingungen absichern.
- 2145 – Unser Ziel ist eine Kultur des Teilens und den freien Zugang zu und Umgang mit Wissen und Kultur
- 2146 absichern – dazu gehören eine weitgehende Fair-Use-Regelung, eine Verkürzung der Schutzfristen
- 2147 und Schrankenregelungen für Wissenschaft und Bildung.

2148 2015 wurde eine europäische Verordnung zur Netzneutralität verabschiedet. Internetunternehmen  
 2149 europaweit unterlaufen sie weitgehend straffrei.

- 2150 – Wir kämpfen für eine tatsächlich wirksame gesetzliche Absicherung der Netzneutralität. Um diese
- 2151 abzusichern, sollen die Infrastruktur und Netze der Telekommunikation in öffentliches und ge-
- 2152 meinwirtschaftliches Eigentum überführt werden.

## 2153 Cybersicherheit

2154 Cybersicherheit betrifft das Grundrecht auf Sicherheit online, Vertraulichkeit und Verfügbarkeit  
 2155 informationstechnischer Systeme. Sie sind ein schützenswertes Gut. Wir wollen Sicherheitszertifikate  
 2156 verbindlich vorschreiben, die unabhängig von der Industrie entwickelt werden und deren Einhaltung  
 2157 Voraussetzung für den Zugang zum EU-Markt sind. Zugleich müssen die Gewährleistungspflichten der  
 2158 Unternehmen für ihre Produkte ausgebaut werden. Die Entwicklung eigener, offensiver Fähigkeiten für  
 2159 den »cyberwar« lehnen wir ab.

- 2160 – Statt über Forschungsförderungsprogramme und EU-NATO-Strukturen Milliarden Euro in digitale
- 2161 Waffen zu stecken, sollen diese Mittel für die Förderung von Open-Source-Software aufgewendet
- 2162 werden.
- 2163 – Wir fordern demokratiekonforme Verfahren zur Sicherung personenbezogener Daten, statt
- 2164 marktconformer Verfahren zur Aushöhlung dieses Grundrechts.
- 2165 – Ohne unabhängige Sicherheitszertifikate und Gewährleistungsverpflichtungen für die Unternehmen
- 2166 kein Zugang zum EU-Markt.

## 2167 Bildung für ein anderes Europa

2168 Gerne rufen Regierungsvertreter nach qualifiziertem Personal oder malen die Gefahr eines Fachkräf-

2169 temangels an die Wand. Im Dezember 2017 hat die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren,  
 2170 u. a. gegen Deutschland, eingeleitet, weil Berufsqualifikationen von Fachkräften aus anderen EU-

2171 Mitgliedstaaten nicht anerkannt werden, obwohl das zugleich Verbraucher wie die Bürgerinnen und  
 2172 Bürger besser schützen würde.

2173 Gute Bildung ist ein Menschenrecht – für alle Menschen, unabhängig von ihren individuellen Voraus-

2174 setzungen und ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft. Wir wehren uns dagegen, Bildung auf ihre

2175 Verwertbarkeit für den ökonomischen Profit zu reduzieren. Die EU hat in den vergangenen Jahren die

2176 »Beschäftigungsfähigkeit« der Absolventinnen und Absolventen in den Mittelpunkt ihrer Bildungspolitik

2177 gestellt. Mit »lebenslangem Lernen« wurde vor allem die Aufforderung verknüpft, dass die Beschäftig-

2178 ten ihre Kenntnisse und Fähigkeiten möglichst flexibel dem sich wandelnden europäischen Arbeits-

2179 markt anpassen sollen. Damit muss Schluss sein. Die frühe Zuteilung von Bildungschancen muss

2180 überwunden werden. Es müssen ausreichend gute Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden –

2181 das gilt auch für alle Menschen mit Behinderung. In diesem Sinne ist eine inklusive Bildung in allen

2182 Mitgliedstaaten durchzusetzen.

2183 Im neuen mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 sollen zwar Programmflaggschiffe wie das Pro-

2184 gramm Erasmus+ verdreifacht werden, die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen und die

2185 Unterstützung von KMU im Rahmen des Programms COSME, die auch Weiterbildungsanteile enthal-

2186 ten, werden verdoppelt. Doch diese Planungen verändern nicht die Fehlsteuerungen im bildungspoliti-  
2187 schen Ansatz der EU. Denn letztlich geht es immer nur um eines: »Vorteile(n) durch mehr Wettbe-  
2188 werbsfähigkeit in und durch den EU-Binnenmarkt«. Diese Orientierung untergräbt humanistische und  
2189 inklusive Bildungskonzepte. Damit einher geht auch eine völlige politische Verantwortungslosigkeit  
2190 gegenüber demokratischen Reformen in Bildungseinrichtungen, die Mitsprache von Studierenden und  
2191 Auszubildenden sichert sowie geschlechtergerechte Bildungs- und Lehrangebote jenseits von  
2192 Absichtserklärungen realisiert.

2193 Ein demokratisches Europa braucht gute und demokratische Bildungssysteme. Die Abschaffung der  
2194 seit 2005 eingeführten Studiengebühren durch die Studierendenbewegung, in einigen Bundesländern  
2195 auch auf Druck unserer Landtagsfraktionen, war ein Erfolg. DIE LINKE tritt für ein Umsteuern in der  
2196 europäischen Bildungspolitik ein. Die Privatisierung von Bildungseinrichtungen muss gestoppt werden.  
2197 Es darf nicht nur darum gehen, eine kleine europäische Bildungselite herauszubilden. Alle Programme  
2198 müssen stärker für Interessenten mit Behinderungen und andere benachteiligte Gruppen ausgelegt  
2199 werden.

2200 – DIE LINKE tritt gegen Privatisierungen im Bildungsbereich ein. »Public Private Partnerships« in  
2201 Schulen und Hochschulen öffnen Profitinteressen Tür und Tor und gefährden demokratische Mit-  
2202 bestimmung in den Bildungseinrichtungen.

2203 – Die Dienstleistungsrichtlinie der EU hat den Privatisierungsdruck auf die sogenannten Bildungs-  
2204 dienstleistungen erhöht. Wir haben sie deshalb abgelehnt. Bildung ist ein öffentliches Gut und  
2205 muss in öffentlicher Verantwortung gestaltet und solidarisch finanziert werden.

2206 Die Einführung der Bachelor- und Master-Abschlüsse im Zuge der Bologna-Reform hat die Studiengän-  
2207 ge zusätzlich verschult: Studieren wird von Zeitdruck und Prüfungsstress bestimmt.

2208 – Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen zu Hochschulen müssen überwunden werden. Die  
2209 Zugangsmöglichkeiten für Menschen ohne Abitur müssen EU-weit verbessert werden. Auch der  
2210 Zugang zum Master muss zulassungsfrei sein.

2211 – Wir fordern die Reform des Bologna-Systems. Hochschulen sind mehr als Einrichtungen zur  
2212 Arbeitsmarktbefähigung, wie sie im Bologna-Prozess verstanden wurden. Hochschulen müssen  
2213 europaweit als offene, soziale und demokratische Einrichtungen gestaltet und verstanden werden,  
2214 an denen Lehre und Forschung sich frei und unabhängig von Markt und Profit, aber in gesellschaft-  
2215 licher Verantwortung, entwickeln können. Das bedeutet: weg von repressiven Studienordnungen  
2216 hin zu einem selbstbestimmten, interdisziplinären und kritischen Studieren. Die Promotion sehen  
2217 wir nicht als Studienphase, sondern als erste Etappe wissenschaftlicher Berufsausübung.

2218 – Die EU darf nicht länger für Studiengebühren werben, sondern muss sich für die Umsetzung des  
2219 UN-Sozialpakts stark machen: Dort steht das Recht auf Bildung im Mittelpunkt, und alle Unter-  
2220 zeichnerstaaten haben sich verpflichtet, Studiengebühren abzuschaffen. Das bedeutet auch ein  
2221 Ende der Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Ländern.

2222 – Wir wollen, dass Lehrende und Lernende sich über die Landesgrenzen hinweg austauschen. Damit  
2223 sich nicht nur Jugendliche aus finanzstarken Elternhäusern während der Ausbildung einen Aus-  
2224 landsaufenthalt leisten können, müssen die Förderprogramme der EU ausgebaut und gerade für  
2225 finanziell Schwächere attraktiver gemacht werden.

2226 – Berufsbildung: Humanisierung der Arbeit, Demokratisierung und Partizipation sowie Emanzipation  
2227 müssen Leitziele der allgemeinen und beruflichen Bildung sein. Die EU-Bildungspolitik darf nicht  
2228 nur auf ihre Passgenauigkeit für Arbeitsmärkte orientieren.

## 2229 Wissenschaft und Innovation für den sozial-ökologischen Umbau Europas

2230 Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen können und sollen eine kritische Perspektive auf die  
2231 europäische Gesellschaft einnehmen und zur Überwindung der ökonomischen und sozialen Krise  
2232 beitragen.

2233 – Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften will DIE LINKE verstärkt fördern.

- 2234 – Wir fordern eine europäische Open-Access-Initiative. Das europäische Urheberrecht soll wissen-  
2235 schaftsfreundlich gestaltet werden. Der Wissenstransfer in ärmere Regionen innerhalb und außer-  
2236 halb Europas soll ausgebaut werden – etwa durch offene Publikationsformen und Datenbestände,  
2237 aber auch eine sozial verantwortliche Lizenzierungspolitik. Um der Monopolstellung und dem  
2238 Profitstreben einiger Wissenschaftsverlage entgegenzuwirken, wollen wir auf europäischer Ebene  
2239 eine öffentliche geförderte Open-Access-Plattform schaffen, damit öffentliche Publikationen unab-  
2240 hängig von Verlags- und Lizenzstrukturen gelingen können.
- 2241 – Die Gleichstellung der Geschlechter in Europas Wissenschaftseinrichtungen wollen wir durch klare  
2242 Förderkriterien und geschlechtergerechte Arbeitsbedingungen voranbringen.
- 2243 – Wir wollen den Europäischen Forschungsraum (EFR) stärken und den Austausch von Wissenschaft-  
2244 lerinnen und Wissenschaftlern fördern. Die Rahmenbedingungen, wie etwa Sozial- und Altersver-  
2245 sorgungssysteme, müssen auf diese Mobilität besser eingestellt werden. DIE LINKE fordert, die  
2246 Europäische Charta für Forscher endlich verbindlich auszugestalten und gute Arbeit in der Wissen-  
2247 schaft zu fördern.
- 2248 – Die Europäische Forschungsförderung muss mehr an den Herausforderungen der Gesellschaft statt  
2249 an den Interessen der Industrie ausgerichtet werden: sozial-ökologischer Umbau, die Umstellung  
2250 der Energie auf zukunftsfähige Energieträger, Ausstieg aus der Atomenergieforschung und dem  
2251 Fusionsprojekt ITER. Große Unternehmen und ihre Verbände haben zu viel Einfluss auf die Ausrich-  
2252 tung der Forschungs- und Innovationsförderung.
- 2253 – Wir wollen, dass soziale Innovationen und Dienstleistungen stärker verankert werden. Die  
2254 Förderung von Rüstungs- und Überwachungstechnologien wollen wir ausschließen.
- 2255 – Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses will DIE LINKE im Rahmen geeigneter  
2256 Instrumente wie der Marie-Curie-Programme und des Europäischen Forschungsrates ausweiten.  
2257 Dabei wollen wir sozialversicherungspflichtige Stellen statt Stipendien zur Grundregel machen. Wir  
2258 wollen ein europäisches Förder- und Stipendienprogramm, das geflüchteten Wissenschaftlerinnen  
2259 und Wissenschaftlern, zum Beispiel aus der Türkei, die Möglichkeit gibt, an Hochschulen in der EU  
2260 ihre Lehr- und Forschungstätigkeit fortzusetzen.

## 2261 Kulturelle Vielfalt in Europa

- 2262 Wir wollen die Bedingungen dafür verbessern, dass alle Menschen am kulturellen Leben teilhaben  
2263 können. Ohne Kultur verliert Europa an Bedeutung! DIE LINKE will eine demokratische, soziale und  
2264 vielfältige Kulturpolitik auf europäischer Ebene mit einer starken Finanzierungsbasis. Kürzungen der  
2265 Kulturförderung, Schließungen oder Privatisierungen von öffentlichen Einrichtungen und ein massiver  
2266 Personalabbau haben den öffentlichen Kultursektor in ganz Europa geschwächt.
- 2267 Kultur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Insbesondere seit der Finanz- und Wirtschaftskrise  
2268 steht aber vor allem die wirtschaftliche Wettbewerbsförderung im Vordergrund.
- 2269 Die Kultur- und Kreativindustrie wächst, aber die Löhne und Honorare sind schlecht. Wir fordern ein  
2270 »fair work«-Siegel für Kulturprodukte, damit für Selbstständige wie Angestellte in der Kultur- und  
2271 Kreativindustrie Mindeststandards einer fairen Arbeitswelt nachgewiesen werden müssen.
- 2272 – Kultur ist mehr als eine Ware und kann nicht allein nach marktwirtschaftlichen Kriterien bewertet  
2273 werden. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, den Doppelcharakter von Kulturgütern anzuerkennen,  
2274 so wie er in der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt festgeschrieben ist. Wir lehnen die  
2275 Liberalisierung kultureller Dienstleistungen ab; sie folgt allein Profitinteressen.
- 2276 Der Ausbau öffentlicher europäischer Kulturinstitutionen, Filmarchive, Möglichkeiten der Fernleihe von  
2277 Büchern und Medien, die digitale Ausstattung und die Zugänge zu Gedächtnisinstitutionen sind noch  
2278 unzureichend. Die EU soll mit ihren eigenen Förderprogrammen Impulse für eine gute Kultur-  
2279 Infrastruktur liefern, statt einseitig die Kultur- und Kreativindustrie zu fördern.

## 2280 11. Europa nicht den Rechten und den Neoliberalen überlassen

2281 Entweder Europa wird sozial, entweder es gibt einen neuen, gerechten Anlauf oder es geht nach  
2282 rechts, in Richtung eines autoritären Kapitalismus. Wir wissen: Europa geht anders, geht gerecht,  
2283 sozial, menschlich, umweltfreundlich, demokratisch, friedlich, ohne Aufrüstung und Interventionsar-  
2284 mee. Wir wissen, wir sind nicht allein. Es gibt das andere Europa nicht nur als ferne Vision, es gibt  
2285 schon heute das Europa von unten. In diesem Europa organisieren sich Beschäftigte der transnationa-  
2286 len Konzerne und kämpfen gemeinsam für ein besseres Leben. In diesem Europa reichen die  
2287 Menschen den Geflüchteten die Hände und helfen ihnen in Sicherheit. In diesem Europa stehen  
2288 Frauen auf und sagen: Ohne uns steht Europa still. Dafür kämpfen wir in Deutschland und in Europa  
2289 gemeinsam mit unserer Fraktion im EU-Parlament sowie unseren Schwesterparteien in der Europäi-  
2290 schen Linken (EL).

2291 DIE LINKE tritt an für ein Europa, in dem die Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht die Profite der  
2292 Wenigen.

2293 DIE LINKE tritt an für ein Europa der Solidarität, der Menschenwürde und des Friedens.

2294 Wir kämpfen in den Parlamenten und auf der Straße, in Regierungen und in den Betrieben, in Europa,  
2295 im Bund, den Ländern und den Kommunen. Außerparlamentarische Bewegungen sind ein wichtiger  
2296 Motor linker Politik. Wir werden es nicht allein schaffen, Politik und Gesellschaft eine neue Richtung  
2297 zu geben. Wir wissen um die Notwendigkeit von Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Sozialverbänden  
2298 und engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Stimmen wir nicht nur ab, erheben wir unsere Stimme! Es  
2299 gibt viel Wut und Empörung in der EU – zu Recht. Vieles läuft falsch. Die gute Nachricht: Es muss nicht  
2300 so bleiben.

2301 Für ein solidarisches Europa der Millionen, gegen eine Europäische Union der Millionäre.



# **Materialien**

für die Vertreterinnen- und  
Vertreterversammlung der  
Partei DIE LINKE



# Einberufung der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung (Bundesvertreterversammlung) der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2019

*Beschluss des Parteivorstandes am 11.11.2018*

1. Der Parteivorstand beruft die Vertreterinnen- und Vertreterversammlung der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2019 für den 23./24. Februar 2019 nach Bonn ein. Tagungsort ist:

World Conference Center Bonn (WCCB), Platz der Vereinten Nationen 2, 53113 Bonn

Die Vertreter\_innenversammlung beginnt am 23. Februar nach Abschluss der 2. Tagung des 6. Parteitags (gegen Mittag) und endet am 24. Februar um 17 Uhr.

2. Der Parteivorstand schlägt für die Vertreterinnen- und Vertreterversammlung der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2019 folgende Tagesordnung vor:
  1. Eröffnung und Konstituierung der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2019,
  2. Einbringung des Personalvorschlages des Bundesausschusses zur Aufstellung der Bundesliste der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2019,
  3. Wahl der Bundesliste der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2019,
  4. Schlusswort.
3. Die Wahlen auf der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung erfolgen auf der Grundlage des Europawahlgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (EuWG), der Bundessatzung und der Wahlordnung der Partei DIE LINKE. Überdies hat der Bundesausschuss am 23./24. Juni 2018 einen Beschluss gefasst über »Kriterien und Zeitplan zur Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2019«, der ebenfalls Anwendung findet.
4. Die Bewerber\_innen für die Europaliste können **bis zum 7. Januar 2019** für das Antragsheft 2 einen Text (max. 2 000 Zeichen, einschließlich Leerzeichen) und ein Foto einreichen an:

DIE LINKE – Bundesgeschäftsstelle  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Telefax: 030-24009-310/ E-Mail: kandidaturen@die-linke.de
5. Die Veröffentlichung erfolgt im Internet unter [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de), im Newsletter des Parteivorstandes und in den Delegiertenunterlagen zum Parteitag, die allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, Gästen und Pressevertretern übergeben werden. Während des Parteitages werden Kandidaturen durch Aushang im Foyer des Tagungsgebäudes öffentlich gemacht.
6. Entsprechend der Bundessatzung der Partei können Kandidaturen auch später angemeldet werden, in diesem Fall kann eine Veröffentlichung in den Delegiertenunterlagen nicht gewährleistet werden.
7. Laut Bundessatzung der Partei DIE LINKE unterbreitet der Bundesausschuss der Partei der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung einen Personalvorschlag zur Aufstellung der Bundesliste für die Wahlen zum Europäischen Parlament. Das Präsidium des Bundesausschusses hat dazu eine Tagung für den 17./18. November 2018 nach Berlin einberufen.
8. Der Delegiertenschlüssel für die Vertreterinnen- und Vertreterversammlung wurde am 7. April 2018 vom Parteivorstand beschlossen. Der Beschluss des Parteivorstandes zur Einberufung der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2019 wird den Vertreterinnen und Vertretern schriftlich übermittelt. Soweit diese noch nicht gewählt oder noch nicht gegenüber dem Parteivorstand gemeldet sind, geht die Nachricht an die delegierenden Gebietsverbände, die sie sofort nach den entsprechenden Wahlen weiterleiten sollen.

## **Terminplanung** zum Europaparteitag und zur Vertreterinnen- und Vertreterversammlung

Der Parteivorstand bestätigt die nachfolgende Planung als Grundlage für die organisatorische Vorbereitung des Parteitages.

Alle Veranstaltungen finden im World Conference Center Bonn (WCCB) in Bonn statt.

### **Donnerstag, 21. Februar 2019**

15 bis 17.30 Uhr	Sitzung des Parteivorstandes
18 bis 20.30 Uhr	Beratung des Tagungspräsidiums für den Europaparteitag mit Antragskommission (bis 19.30 Uhr) und des Tagungspräsidiums für die Vertreterinnen- und Vertreterversammlung (ab 19.30 bis 20.30 Uhr)
20 Uhr	Beratung der Antragskommission

### **Freitag, 22. Februar 2019**

vormittags/mittags	Strömungstreffen, Pressebrunch
15 Uhr	Beginn des Europaparteitages
18 bis 20 Uhr	Frauenplenum
22 Uhr	Ende der 1. Beratungstages des Europaparteitages

### **Samstag, 23. Februar 2019**

9 Uhr	Fortsetzung des Europaparteitages
15 Uhr	Beginn der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung
23 Uhr	Ende des 1. Beratungstages der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung

### **Sonntag, 24. Februar 2019**

9 Uhr	Fortsetzung der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung
17 Uhr	Ende der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung

# Kriterien und Zeitplan zur Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2019

*Beschluss des Bundesausschusses vom 17./18. November 2018 (BA 2018/025)*

Der Bundesausschuss beschließt:

## I. Grundlagen für den Beschluss

Gemäß §21 Abs. 5 der Bundessatzung der Partei DIE LINKE ist es Aufgabe des Bundesausschusses, der Bundesvertreter/innenversammlung einen Personalvorschlag zur Aufstellung der Bundesliste für die Wahlen zum Europäischen Parlament zu unterbreiten.

Der Bundesausschuss hat im Rahmen seiner Terminplanung verabredet, einen solchen Personalvorschlag auf seiner Sitzung am 17. und 18. November 2018 in Berlin zu erarbeiten. Der Beschlussantrag sichert die ordnungsgemäße Vorbereitung dieser Beratung.

## II. Kriterien für Kandidaturen zu den Wahlen zum Europäischen Parlament

DIE LINKE tritt 2019 mit einer offenen Liste zu den Wahlen an und orientiert darauf, Kandidatinnen und Kandidaten zu nominieren, die für die Politik der Partei DIE LINKE in der Öffentlichkeit eintreten, die in der Partei durch ihre politische Arbeit oder ihr öffentliches Wirken im Sinne der Ziele der LINKEN verwurzelt sind. Kandidatinnen und Kandidaten auf der Liste der Partei sind als Mitglieder dem Erfurter Programm sowie dem Europawahlprogramm verpflichtet; als Nichtmitglieder stehen sie den dort formulierten Grundsätzen nahe.

### **Wir erwarten von den Kandidatinnen und Kandidaten:**

- eine ausgeprägte Basisverbundenheit, Nähe zu den Bürgerinnen und Bürger;
- politische und fachliche Kompetenz, politische und rhetorische Kommunikationsfähigkeiten, sowie moralische Integrität;
- dass sie die Programmatik der Partei DIE LINKE aktiv vertreten und sich im Wahlkampf von der Wahlstrategie der Partei leiten lassen;
- den Wahlkampf in enger Zusammenarbeit mit dem Bundeswahlbüro und der Bundeswahlkampfleitung der Partei zu führen;
- die Bereitschaft, die eigene politische Biographie offen zu legen;
- Fragen der Bürgerinnen und Bürger zu beantworten, sich am gemeinsamen Internet-Auftritt zu beteiligen und eine aktive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten;
- Beratungs- und Trainingsangebote wahrzunehmen.

### **Wir erwarten von unseren Abgeordneten:**

- eine ausgeprägte Basisverbundenheit;
- Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern;
- sich in der GUE/NGL für ein solidarisches Miteinander einzubringen;

- die Bereitschaft, sich bei der Einrichtung von Wahlkreisbüros mit dem jeweiligen Landesvorstand sowie dem Parteivorstand abzustimmen und sich an den vom Parteivorstand zu entwickelnden Qualitätskriterien für Wahlkreisbüros zu orientieren, dazu gehören u.a. offene, weitgehend barrierefreie und dem Anspruch der Kümmererpartei folgende Büros;
- eine existenzsichernde Bezahlung ihrer Beschäftigten, mindestens in Anlehnung an den Öffentlichen Dienst;
- Parteitagsbeschlüsse zu beachten und bei der Umsetzung mitzuwirken;
- sich an inhaltlichen Diskussionsprozessen der Partei zu beteiligen und diese zu befördern;
- regelmäßig an Plenar-, Fraktions-, Ausschuss- und Arbeitskreissitzungen sowie an bundesweiten Treffen der Sprecherinnen und Sprecher für ihre Fachgebiete teilzunehmen;
- sich bei der Erarbeitung von Anträgen etc. mit den Bundesarbeitsgemeinschaften des jeweiligen Fachgebietes zu beraten;
- ihre Nebentätigkeiten und Einkünfte vollständig transparent zu machen;
- gemeinsam mit den anderen Mitgliedern der Fraktion die betriebliche Mitbestimmung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktion und die persönlich beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umfassend zu fördern.
- Wir erwarten von den Abgeordneten, dass sie dauerhaft derjenigen Fraktion des Europäischen Parlaments angehören, für die der Parteivorstand die Zugehörigkeit beschließt. Wir erwarten von den Gewählten, die sich aus Gewissens- oder anderen Gründen nicht für die Zugehörigkeit in dieser Fraktion entscheiden können, die Rückgabe des Mandats.

Mit den Bewerberinnen und Bewerben für Kandidaturen auf der Liste der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2019 werden **schriftliche Vereinbarungen** über ihre Bereitschaft getroffen, die genannten Kriterien anzuerkennen und zu erfüllen, die Mitgliedsbeiträge entsprechend der gültigen Beitragstabelle der Partei zu entrichten und jährlich bei entsprechenden Erhöhungen der Abgeordnetenentschädigungen anzupassen sowie Mandatsträgerbeiträge gemäß Bundessatzung sowie den zwischen dem Parteivorstand und der Gruppe im Europäischen Parlament zu treffenden Vereinbarungen zu entrichten.

Folgende **Höhe des Mandatsträgerbeitrages** der Abgeordneten der Partei DIE LINKE im Europäischen Parlament wird vereinbart:

- Der gemäß Bundessatzung und Bundesfinanzordnung zu entrichtende Mandatsträgerbeitrag der Abgeordneten der Partei DIE LINKE im Europäischen Parlament wird ab der kommenden Legislaturperiode auf monatlich 1.428 Euro festgelegt. Das entspricht 15 Prozent des derzeitigen monatlichen Grundgehalts der Abgeordneten im Europäischen Parlament.
- Der monatliche Mandatsträgerbeitrag wird um 100 Euro für jede Person, für die die/der Abgeordnete unterhaltsverpflichtet ist, vermindert.
- In Abstimmung mit den Sprecher/innen der Gruppe im Europäischen Parlament schließt der Parteivorstand mit den gewählten Abgeordneten jeweils Vereinbarungen über die Höhe des zu entrichtenden Mandatsträgerbeitrages ab.

### III. Erarbeitung des Listenvorschlages

- Für den Vorschlag der ersten zehn Kandidatinnen und Kandidaten müssen sowohl die Interessen einer guten Gesamtvertretung in Europa als auch die Interessen der Landesverbände berücksichtigt werden.
- Für den Vorschlag der ersten zehn Kandidatinnen und Kandidaten soll ein Kandidat/eine Kandidatin unter 35 Jahren benannt werden.

- Der Listenvorschlag soll möglichst Kandidatinnen und Kandidaten aus jedem Bundesland enthalten
- Der Bundesausschuss bittet die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zum Europäischen Parlament, ihre Bewerbungen bis spätestens zum 30. September 2018 anzuzeigen.
- Der Bundesausschuss bittet die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen zum Europäischen Parlament, ihre biografischen Daten und inhaltlichen Vorstellungen bis spätestens zum 31. Oktober 2018 schriftlich vorzulegen.
- Die Bundesausschussmitglieder erhalten spätestens am 2. November 2018 ein Heft mit den vorliegenden Vorstellungen der Kandidatinnen und Kandidaten.
- Der Bundesausschuss wählt am 17. und 18. November 2018 die Kandidatinnen und Kandidaten bis zum Listenplatz 10 des Personalvorschlages in Einzelwahl. Für die danach folgenden Listenplätze ist eine Gruppenwahl möglich. Diesem Verfahren soll nicht durch andere Vorschläge hinsichtlich der Reihung von Kandidatinnen und Kandidaten vorgegriffen werden.
- Der Listenvorschlag des Bundesausschusses ist die Empfehlung für die Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten auf der Bundesvertreter/innenversammlung.



## **Listenvorschlag** für die Vertreter\_innenversammlung zur Aufstellung der Europaliste

*Beschluss des Bundesausschusses vom 17./18. November 2018 (BA 2018/036)*

Der Bundesausschuss empfiehlt folgenden Listenvorschlag:

1. Martin Schirdewan (Thüringen)
2. Özlem Alev Demirel (Nordrhein-Westfalen)
3. Cornelia Ernst (Sachsen)
4. Helmut Scholz (Brandenburg)
5. Martina Michels (Berlin)
6. Ali Al-Dailami (Hessen)
7. Claudia Haydt (Baden-Württemberg)
8. Malte Fiedler (Jugendverband)
9. Judith Benda (Berlin)
10. Jens Neumann (Berlin)
11. Susanne Steffgen (Niedersachsen)
12. Hannes Nehls (Mecklenburg-Vorpommern)
13. Johanna Scheringer-Wright (Thüringen)
14. David Schwarzendahl (Rheinland-Pfalz)



# **Anträge**

an die Vertreterinnen- und  
Vertreterversammlung der  
Partei DIE LINKE



# Anträge zu den Regularien der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung

**Antrag:** RV. 1.

Antragsteller/innen: Parteivorstand

**Der Parteitag möge beschließen:**

1 **Geschäftsordnung** der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung  
2 am 23./24. Februar 2019

3

4 I. Leitung / Arbeitsgremien / Aufgaben und Befugnisse

5 1) Die Vertreterinnen- und Vertreterversammlung wählt als Arbeitsgremien im Block und, sofern  
6 nicht auf Befragen ein Widerspruch dagegen erhoben wird, in offener Abstimmung:

- 7 – das Tagungspräsidium,  
8 – die Mandatsprüfungskommission,  
9 – die Wahlkommission.

10 2) Die Arbeit der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung wird vom Tagungspräsidium geleitet.  
11 Das Tagungspräsidium bestimmt aus seiner Mitte die Tagungsleitung.

12 3) Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn der Vertreterinnen- und  
13 Vertreterversammlung in dieser Reihenfolge beschlossen.

14 II. Beschlussfassung allgemein

15 4) Die Vertreterinnen- und Vertreterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte  
16 der gewählten Vertreterinnen und Vertreter anwesend ist.

17 5) Vertreterinnen und Vertreter mit beschließender Stimme haben Stimm- und Rederecht. Teilneh-  
18 merinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme haben die gleichen Rechte wie Vertreterinnen  
19 und Vertreter mit beschließender Stimme, ausgenommen das aktive Stimmrecht bei Wahlen und  
20 Abstimmungen.

21 Gästen der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung kann das Wort durch die Tagungsleitung  
22 erteilt werden. Entsprechende Anträge sind an das Tagungspräsidium zu richten.

23 6) Beschlüsse der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung werden grundsätzlich mit einfacher  
24 Mehrheit der abgegebenen Stimmen (im Weiteren nur Mehrheit genannt) gefasst, sofern die Bun-  
25 dessatzung oder diese Geschäftsordnung nicht anderes vorschreiben.

26 Stimmenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Ab-  
27 stimmungen erfolgen durch Erheben der Stimmkarten.

28 Das Tagungspräsidium setzt zur Auszählung der Stimmen Zählerinnen und Zähler ein, die tätig  
29 werden, wenn kein eindeutiges Ergebnis von der Tagungsleitung ermittelt werden kann.

### 30 III. Regeln in der Debatte und bei der Kandidat\_innenvorstellung

- 31 7) Die Tagungsleitung ruft die Tagesordnungspunkte und die dazugehörigen Anträge auf, leitet die  
32 Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann Rednerinnen und Redner zur Sache rufen, muss ihnen  
33 das Redezeitende einmal vorankündigen und das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit über-  
34 schreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen. Über die Redezeiten beschließt die Vertreter-  
35 rinnen- und Vertreterversammlung am Beginn jedes Tagesordnungspunktes auf Vorschlag des  
36 Tagungspräsidiums.
- 37 8) Die Tagungsleitung weist im Vorstellungsprozess jeder Bewerberin und jedem Bewerber ein  
38 Saalmikrofon zu, hinter dem sich diejenigen versammeln, die der- oder demjenigen Fragen stellen  
39 oder Wahlempfehlungen abgeben wollen. Wortmeldungen zu den Bewerberinnen und Bewerbern  
40 von den Saalmikrofonen werden abwechselnd und unter Beachtung des vereinbarten Zeitvolu-  
41 mens zugelassen. Ansonsten werden Anfragen in der Reihenfolge der Wortmeldungen unter Be-  
42 achtung der Geschlechterquotierung und des vereinbarten Zeitvolumens zugelassen.  
43 Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme  
44 von Wortmeldungen zugunsten anderer Rednerinnen oder Redner ist nicht möglich.
- 45 9) Zu Redebeiträgen in der Aussprache kann die Tagungsleitung bis maximal drei Nachfragen von  
46 Delegierten und Teilnehmer\_innen mit beratender Stimme zulassen. Die Nachfragen an die Red-  
47 nerin/den Redner sowie die Antworten sind kurz zu formulieren (max. je 1 Minute).
- 48 10) Vertreterinnen und Vertreter können nach Abschluss von Debatten und Abstimmungen persönli-  
49 che Erklärungen abgeben. Sie sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit hierfür be-  
50 trägt eine Minute.

### 51 IV. Anträge

- 52 11) Geschäftsordnungsanträge
- 53 a) Geschäftsordnungsanträge betreffen den Ablauf der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung.  
54 Dazu gehören insbesondere Anträge zur Tagesordnung und zum Zeitplan, zum Antrags- und Bera-  
55 tungsverfahren, zur Gewährung von Rederechten, zur Vertagung oder Streichung eines Tagesord-  
56 nungspunktes, zur Beendigung oder zur Wiederaufnahme der Debatte bzw. zum Schließen oder  
57 zur Wiedereröffnung der Redeliste.
- 58 b) Anträge zur Geschäftsordnung sind mündlich zu stellen und werden außerhalb der Liste der  
59 Rednerinnen und Redner sofort behandelt, soweit keine Abstimmung läuft.
- 60 c) Anträge zur Geschäftsordnung können nur von der Vertreterinnen- und Vertretern, von Delegier-  
61 ten und Teilnehmer\_innen mit beratender Stimme (§ 16 Abs. 12 Bundessatzung) und Mitgliedern  
62 von Arbeitsgremien der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung gestellt werden.
- 63 d) Anträge zur Beendigung der Debatte bzw. zum Schließen der Redeliste können nur von antrags-  
64 berechtigten Personen gestellt werden, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gespro-  
65 chen haben.
- 66 e) Vor der Abstimmung sind jeweils eine Gegen- und eine Fürrede zuzulassen.

### 67 V. Abstimmungen und Dokumentation

- 68 12) Die Abstimmung wird durch die Tagungsleitung geleitet, wobei zunächst die Stimmen "für" den  
69 Antrag, dann »gegen« den Antrag und abschließend die Stimmenthaltungen abzurufen sind.
- 70 13) Für die Dokumentation wird von der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung ein Tonbandmit-  
71 schnitt erstellt und archiviert. Das Beschluss- und das Wahlprotokoll der Vertreterinnen- und  
72 Vertreterversammlung ist schriftlich auszufertigen. Die Beschlüsse der Vertreterinnen- und Ver-  
73 treterversammlung sind innerhalb von vier Wochen zu veröffentlichen.

**Antrag:**

**RV.2.**

Antragsteller/innen:

Parteivorstand

**Der Parteitag möge beschließen:**

## **Tagesordnung**

für die Vertreterinnen- und vertreterversammlung, 23./24. Februar 2019 in Bonn

1. Eröffnung und Konstituierung der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2019,
2. Einbringung des Personalvorschlages des Bundesausschusses zur Aufstellung der Bundesliste der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2019,
3. Wahl der Bundesliste der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2019,
4. Schlusswort.

**Antrag:**

**RV.3.**

Antragsteller/innen:

Parteivorstand

**Der Parteitag möge beschließen:**

## **Zeitplan**

für die Vertreterinnen- und vertreterversammlung der Partei DIE LINKE am 23./24. Februar 2019 in Bonn

Der Parteivorstand schlägt der Vertreter\_innenversammlung zur Wahl der Europaliste den unten stehenden Zeitplan vor und reicht diesen Vorschlag als Antrag an die Vertreter\_innenversammlung ein.

### **Samstag, 23. Februar 2019**

17 Uhr	TOP 1 Eröffnung und Konstituierung der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2019
17.20 Uhr	TOP 2 Einbringung des Personalvorschlages des Bundesausschusses zur Aufstellung der Bundesliste der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2019
17.30 Uhr	TOP 3 Wahl der Bundesliste der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2019
22 Uhr	Ende des Beratungstages

### **Sonntag, 24. Februar 2019**

9 Uhr	Fortsetzung TOP 3 Wahl der Bundesliste der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2019
12 Uhr	Pause
12.30 Uhr	Fortsetzung TOP 3 TOP 3 Wahl der Bundesliste der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2019
15.40 Uhr	Schlussabstimmung
15.55 Uhr	TOP 4 Schlusswort
16 Uhr	Ende des Parteitages

**Antrag:**

**RV.4.**

Antragsteller/innen:

Parteivorstand

**Der Parteitag möge beschließen:**

## **Gremien** der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung

Der Parteivorstand schlägt der Vertreter\_innenversammlung die Besetzung der Gremien wie folgt vor:

### Tagungspräsidium:

1. Doris Achelwilm (Bremen)
2. Gunhild Böth (BAG Bildung)
3. Barbara Borchardt (BAG Betrieb & Gewerkschaft)
4. Birke Bull-Bischoff (Sachsen-Anhalt)
5. Özlem Alev Demirel (NRW)
6. Tim Fürup (AKL)
7. Rico Gebhardt (Sachsen)
8. Ates Gürpınar (Bayern)
9. Matthias Höhn (Sachsen-Anhalt)
10. Benjamin-Immanuel Hoff (fds)
11. Torsten Koplın (Mecklenburg-Vorpommern)
12. Knut Korschewsky (Thüringen)
13. Caren Lay (Sachsen)
14. Anja Mayer (Brandenburg)
15. Friedrich Rabe (KPF)
16. Heidi Scharf (Baden-Württemberg)
17. Jörg Schindler (Parteivorstand)
18. Katina Schubert (Berlin)
19. Barbara Spaniol (Saarland)
20. David Stoop (Hamburg)
21. Felicitas Weck (Niedersachsen)
22. Ursula Weisser-Roelle (Niedersachsen)
23. Katrin Werner (Rheinland-Pfalz)
24. Janine Wissler (Hessen)

### Wahlkommission:

1. Malte Fuchs (Mecklenburg-Vorpommern)
2. Frauke Grieger (Niedersachsen)
3. Paul Grimm (Jugendverband)
4. Margot Hein (Schleswig-Holstein)
5. Andreas Hein-Foge (Bremen)
6. Maximilian Hentschel (Mecklenburg-Vorpommern)
7. Doreen Hildebrandt (Sachsen-Anhalt)
8. Monika Huschenbett (Brandenburg)
9. Sophia Kramer (Rheinland-Pfalz)
10. Anna Mayer (Bayern)
11. Christopher Neumann (Brandenburg)
12. Stine Rummel-Strebelow (Niedersachsen)
13. Kersten Steinke (Thüringen)
14. Colin Turner (Bayern)
15. Tobi Warkentin (Jugendverband)

16. Martin Wittmaack (Hamburg)

**Mandatsprüfungskommission:**

1. Oliver Franke (Sachsen-Anhalt)
2. Ulrike Glanz (Brandenburg)
3. Heike Kretschmer (NRW)
4. Sylvia Müller (Berlin)
5. Tim Ruland (Bremen)
6. Hermann Ruttmann (Bayern)
7. Anne Urschll (BAG Gesundheit & Soziales)

**Antrag:**

**RV.5.**

Antragsteller/innen:

Parteivorstand

**Der Parteitag möge beschließen:**

### **Stärke der Europaliste**

Der Parteivorstand schlägt der Vertreter\_innenversammlung 2019 vor, eine 20-köpfige Europaliste zu wählen.









